GWR 363
November 2011

www.graswurzel.net

40. Jahrgang Preis: 3,- € (D)
4,- € (A); 4,80 CHF (Schweiz)
D 4025 E ISSN 0344/2683
GWR-Vertrieb: Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
GWR-Koordinationsredaktion:
Breul 43, D-48143 Münster

graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

Pathologisierung von Militärkritik

Der ägyptische Blogger Maikel Nabil Sanad wurde nach 57 Tagen Hungerstreik vom Gefängnis in die Psychiatrie verlegt

Kairo. Da der inhaftierte ägyptische Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad die Neuverhandlung am 18. Oktober boykottiert hat, und auch seine Anwälte beauftragt hat, nicht mit dem Militärgericht zu kooperieren, ist auch zwei Tage später das Ergebnis der Neuverhandlung nicht klar, und die spärlichen Berichte sind konfus. Es scheint sich aber zu bestätigen, dass das Gericht eine Einweisung des antimilitaristischen Bloggers in die Psychiatrie angeordnet hat, um ihn dort zu beobachten und seine Schuldfähigkeit zu beurteilen. Andreas Speck berichtet (GWR-Red.).

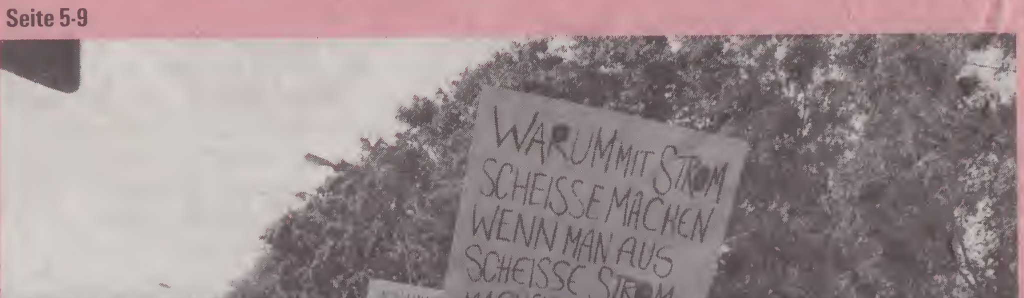
Der Fall von Maikel Nabil Sanad ist symptomatisch für den Zustand der ägyptischen Revo- fristig inhaftiert, als er seine Einberufung zum Militärdienst verweigerte, dann aber „aus ge- Repression des Militärs nach der Abdankung Mubaraks, und veröffentlichte dies in seinem Blog Anfang März 2011 unter dem Titel „*Die Armee und das Volk haben nie an einem Strang gezogen*" [1].

Dieser Blogeintrag und andere Einträge auf seiner Facebook-Seite führten schließlich zu seiner Festnahme Ende März 2011. In einem alle rechtsstaatlichen Standards ignorieren-

Castoren stoppen! Alle AKWs sofort stilllegen!

Castor 2011 ; gorleben365 ; Geburt einer neuen Anti-AKW-Bewegung in Britannien ; Repression gegen AtomkraftgegnerInnen in Österreich und Deutschland ; Störfall am ältesten AKW Pakistans ; Offener Brief an Greenpeace ; Deutsche Bürgschaft für AKW Angra 3

Seite 5-9



Breul 43, D-48143 Münster

revolution

herrschaftslose gesellschaft

Pathologisierung von Militärkritik

Der ägyptische Blogger Maikel Nabil Sanad wurde nach 57 Tagen Hungerstreik vom Gefängnis in die Psychiatrie verlegt

Kairo. Da der inhaftierte ägyptische Kriegsdienstverweigerer Maikel Nabil Sanad die Neuverhandlung am 18. Oktober boykottiert hat, und auch seine Anwälte beauftragt hat, nicht mit dem Militärgericht zu kooperieren, ist auch zwei Tage später das Ergebnis der Neuverhandlung nicht klar, und die spärlichen Berichte sind konfus. Es scheint sich aber zu bestätigen, dass das Gericht eine Einweisung des antimilitaristischen Bloggers in die Psychiatrie angeordnet hat, um ihn dort zu beobachten und seine Schuldfähigkeit zu beurteilen. Andreas Speck berichtet (GWR-Red.).

Der Fall von Maikel Nabil Sanad ist symptomatisch für den Zustand der ägyptischen Revolution. Es stellt sich die Frage: ist das Leben von Maikel Nabil Sanad, nach mehr als 57 Tagen im Hungerstreik, noch zu retten? Ist die Revolution noch zu retten?

Rückblick: der Fall Maikel Nabil Sanad

Maikel Nabil Sanad ist Pazifist und Atheist. Er erkennt das Existenzrecht des Staates Israel an, was ihn in Ägypten als „Pro-Israel" klassifiziert.
Mit diesen Positionen hat er sich schon vor der Revolution weder beim Militär, noch in der Opposition beliebt gemacht. Im fristig inhaftiert, als er seine Einberufung zum Militärdienst verweigerte, dann aber „aus gesundheitlichen Gründen" vom Militärdienst befreit.
Im Januar und Februar beteiligte sich Maikel Nabil Sanad von Beginn an enthusiastisch an der Revolution. Im Gegensatz zu vielen hatte er aber nie Illusionen über die Rolle des Militärs. Und so nahm er an den Demonstrationen oft mit seinem eigenen Plakat teil, mit dem er ein Ende der Militärherrschaft forderte. Dies führte im Februar erneut zu seiner Verhaftung durch die Militärpolizei, zum Glück nur für 27 Stunden.
Maikel Nabil Sanad dokumentierte die Unterstützung des Militärs für das alte Regime während der Revolution und die Repression des Militärs nach der Abdankung Mubaraks, und veröffentlichte dies in seinem Blog Anfang März 2011 unter dem Titel *„Die Armee und das Volk haben nie an einem Strang gezogen"*. [1].
Dieser Blogeintrag und andere Einträge auf seiner Facebook-Seite führten schließlich zu seiner Festnahme Ende März 2011. In einem alle rechtsstaatlichen Standards ignorierenden Verfahren vor dem Militärgericht wurde er schließlich am 10. April – in Abwesenheit seiner Familie und seiner Anwälte – zu drei Jahren Haft wegen „Beleidigung des Militärs" und „Verbreitung falscher Informationen" verurteilt. Dies war die erste Verurteilung eines Bloggers nach der Abdankung Mubaraks.

Hungerstreik

Am 23.08.2011 trat Maikel Nabil Sanad in Protest gegen seine fortgesetzte Inhaftierung in den Hungerstreik.

Castoren stoppen! Alle AKWs sofort stilllegen!

Castor 2011 ; gorleben365 ; Geburt einer neuen Anti-AKW-Bewegung in Britannien ; Repression gegen AtomkraftgegnerInnen in Österreich und Deutschland ; Störfall am ältesten AKW Pakistans ; Offener Brief an Greenpeace ; Deutsche Bürgschaft für AKW Angra 3

Seite 5-9



50.000 AtomkraftgegnerInnen demonstrierten im September 2010 in Berlin Foto: GWR-Archiv

und Atheist. Er erkennt das Existenzrecht des Staates Israel an, was ihn in Ägypten als „Pro-Israel“ klassifiziert.
Mit diesen Positionen hat er sich schon vor der Revolution weder beim Militär, noch in der Opposition beliebt gemacht. Im November 2010 wurde er kurz- er ein Ende der Militärherrschaft forderte. Dies führte im Februar erneut zu seiner Verhaftung durch die Militärpolizei, zum Glück nur für 27 Stunden. Maikel Nabil Sanad dokumentierte die Unterstützung des Militärs für das alte Regime während der Revolution, und die

Hungerstreik

Am 23.08.2011 trat Maikel Nabil Sanad in Protest gegen seine fortgesetzte Inhaftierung in den Hungerstreik.

Fortsetzung auf Seite 2

50.000 AtomkraftgegnerInnen demonstrierten im September 2010 in Berlin Foto: GWR-Archiv

Anarchie und Kunst

Anarchismus ohne Adjektive. Die Arbeiten des Konzeptkünstlers Christopher D´Arcangelo ; Street Art zwischen Revolte, Repression und Kommerz ; Harmonischer Farbauftrag, Punk und Diskurs



2009, Oaxaca, Mexiko, Stencil Excusado Lapiztola Foto: Jens Kastner

Occupy Wall Street

Gegen die Okkupation der neuen Bewegung durch Parteien!

Kommentar

Was für ein Jahr! Erst die Demokratiebewegungen in den Arabischen Ländern, dann der Aufstand der Empörten in Spanien und nun „Occupy Wallstreet“ gegen Bankenmacht und für soziale und politische Rechte.

In vielen hundert Städten weltweit fand diese Bewegung ihren Widerhall. Politisch bisher nie in Erscheinung getretene Teile der Bevölkerung besetzten den öffentlichen Raum in unmittelbarer Nähe von ökonomischen Machtzentren. Am 15. Oktober 2011 demonstrierten in Deutschland über 40.000 Menschen dafür, dass die Kosten der von Konzernen und Banken verursachten Krise nicht auf den Rücken der einfachen Leute abgewälzt werden.

Diese wunderbar unkonventionell agierende Bewegung bewirkte auch in der BRD eine nicht geringe Verwunderung bei denjenigen, die bisher nur den altbekannten Aufmarsch der braven Parteisoldaten als Maßstab des Fortschritts kannten: „Etwas Neues bahnt sich ameisengleich den Weg. (...) Es kommt in chaotischer Formation und ohne einheitliches Kommando. Und es kommt mit dem Zelt“ (1).

Die bunt zusammengewürfelten Menschen haben keine Hierarchien aufgebaut. Sie agieren in horizontalen Strukturen. Gängelnde und sich selbst in den Vordergrund rückende ParteivertreterInnen sind unerwünscht.

Damit die Libertären nicht allzu sehr über die Stränge schlagen, tritt die ehemals alternative taz auf den Plan.

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt



Fortsetzung von Seite 1

Pathologisierung von Militärkritik



Maikel Nabil Sanad Foto: Connection e.V.

Er protestierte damit gegen die schleppende Behandlung seiner Berufung, aber auch gegen die Ungleichbehandlung gegenüber anderen AktivistInnen, deren ähnlich lautende Anklagen fallen gelassen wurden. Mit seinem Hungerstreik forderte Maikel Nabil Sanad nicht weniger als eine Beendigung des Unrechtes, dass seine Verurteilung und Inhaftierung darstellte.
Die politischen Ausgangsbedingungen für den Hungerstreik waren denkbar schlecht. Maikel Nabil Sanad verfügte über sehr wenig politische Unterstützung in Ägypten, und auch international war es teilweise schwer, Unterstützung zu organisieren. Trotz allem gelang es durch den Hungerstreik, Druck auf die ägyptische Regierung und auf das Militär aufzubauen, so dass schließlich die Berufungsverhandlung zunächst für Anfang November, dann aber sogar für den

Der Libyenkrieg – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Dokumente der Verrohung: Gaddafis Tod und die Reaktionen in Deutschland

Kommentar

Nachdem der islamistische (unbewaffnete) Terrorist Osama Bin Laden und einige seiner Angehörigen und UnterstützerInnen am 2. Mai 2011 von einem US-amerikanischen Spezialkommando in Pakistan ermordet worden waren, habe ich abends mit meinem Jüngsten die „Logo"-Kindernachrichten (Kika/Kinderkanal) geguckt, wo die Tötung dieses „bösen Menschen" (Logo) gut geheißen wurde.

Der Jubel über diese Hinrichtungen (ohne Prozess) wird sogar schon den Kleinsten medial eingetrichtert. Es ist unglaublich! Das Menschenrecht auf Leben gilt für Terroristen und ihre Angehörigen offenbar nicht mehr. Und Kanzlerin Merkel outete sich am Tag dieser Hinrichtung als Fan der Todesstrafe: „Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, bin Laden zu töten".[1]
Ein kritisch-humanistischer Tagesschau-Kommentar war an diesem Tag die große Ausnahme in der deutschen Medienlandschaft.
Die Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit auf die Ermordung des libyschen Exdiktators am 20. Oktober 2011 sind ähnlich.
In einem auf youtube dokumentierten Video kann man sehen, wie der schwer verletzte, hilflos und benommen wirkende Gaddafi kurz vor seinem gewaltsam herbeigeführten Tod von einem johlenden Mob bewaffneter Männer durch die Straßen von Syrte gezerrt und misshandelt wurde.
Dieser Mensch wurde bestialisch ermordet.
Wer da kein Mitleid empfindet, dem haben 10 Jahre „Krieg gegen den Terror" und die mediale haben. Das Recht auf Menschenwürde ist universell.
Wenn ich nun PolitikerInnen wie Merkel, Sarkozy, Berlusconi und Co. von einem großen Tag für Libyen reden höre, wird mir übel. Ausgerechnet diejenigen, die bis vor einigen Monaten den libyschen Despoten noch hofiert haben, die ihm Waffen (u.a. von Heckler & Koch) geliefert und seine Arbeit als de facto Anti-Flüchtlingskommissar der EU geschätzt haben, reißen jetzt den Mund auf.
Die Geheimdienste der USA und Großbritanniens haben jahrelang mit dem Gaddafi-Geheimdienst kooperiert und Gefangene zum Folterverhör an die libyschen Kollegen übergeben.
Und Cameron, Sarkozy und Obama lassen sich jetzt in Libyen feiern. Dabei ist es gar nicht lange her, da hat Sarkozy den Diktator noch mit allen militärischen Ehren empfangen, um Waffen- und Atomgeschäfte zu machen. Im Herbst 2010 einigten sich beide auf eine strategische Partnerschaft zum Bau eines AKWs und der Lieferung von Kampfflugzeugen an Libyen.
„Solange mit der Akzeptanz eines Systems wirtschaftliche oder strategische Vorteile verbunden sind und solange wir unsere Waffen verkaufen und unsere Gier nach Rohstoffen befriedigen können, solange sehen wir großzügig über Menschenrechtsverletzungen, über diktatorische Unrechtsregimes und über Mord, Folter und Verfolgung hinweg. So haben wir Gaddafi über Jahre und Jahrzehnte mit Waffen beliefert, weil er uns im Gegenzug mit Öl versorgt und uns die Flüchtlingsströme aus Afrika vom Hals gehalten hat", so Jacob Jung am 20.11.2011 auf www.freitag.de

unzählige wurden traumatisiert.
Die Gründe, warum die NATO eine Bürgerkriegspartei in Libyen massiv unterstützt hat, sind offensichtlich. Es geht nicht um die Unterstützung der arabischen Demokratiebewegungen.
Der Grund für das Engagement ist das große Geschäft, das beim Wiederaufbau des zerstörten Landes lockt und der direkte Zugriff auf die enormen Ressourcen Libyens.
Nach Angaben französischer Medien wurden Sarkozy in Geheimverhandlungen mit dem libyschen Übergangsrat 35% der zukünftigen Geschäftsabschlüsse zugesagt.
Vor dem Krieg war Deutschland nach Italien Gaddafis wichtigster Handelspartner. Deutsche PolitikerInnen befürchten nun, dass sie nach der Nichtbeteiligung am Krieg, keinen angemessenen Anteil bei der Aufteilung der Kriegsbeute bekommen. Und auszubeuten gibt es in Libyen genug: Erdöl, Erdgas, Süßwasser, Uran, ...

Was können GraswurzelrevolutionärInnen tun?

Unser Ziel sollte es sein, Menschen zu unterstützen, die eine menschengerechte Welt wollen, die mit gewaltfreien Mitteln eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft anstreben. Unsere Solidarität gilt den Flüchtlingen, Deserteuren und KriegsdienstverweigererInnen aller Seiten.
Wir wollen Sand sein im Getriebe der Macht. Und wir wollen eine Gegenöffentlichkeit schaffen, aufklären über Macht- und Herrschaftsverhältnisse.
Im Libyenkrieg wurden sowohl von Gaddafis Schergen als auch von den Rebellen zahlreiche

fallen gelassen wurden. Mit seinem Hungerstreik forderte Maikel Nabil Sanad nicht weniger als eine Beendigung des Unrechtes, dass seine Verurteilung und Inhaftierung darstellte.
Die politischen Ausgangsbedingungen für den Hungerstreik waren denkbar schlecht. Maikel Nabil Sanad verfügte über sehr wenig politische Unterstützung in Ägypten, und auch international war es teilweise schwer, Unterstützung zu organisieren. Trotz allem gelang es durch den Hungerstreik, Druck auf die ägyptische Regierung und auf das Militär aufzubauen, so dass schließlich die Berufungsverhandlung zunächst für Anfang November, dann aber sogar für den 4. Oktober anberaumt wurde. Am 4. Oktober kam es aber erneut zu einer bürokratischen Farce – dem Gericht fehlten Unterlagen, und so wurde erneut vertagt – auf den 11. Oktober. Am 11. Oktober entschied das Berufungsgericht das Urteil der ersten Instanz vom 10. April aufzuheben, und das Verfahren zur erneuten Verhandlung zurückzuverweisen. Es entschied aber nicht auf eine Freilassung Maikel Nabil Sanads bis zur Neuverhandlung.
Der Termin der Neuverhandlung wurde schließlich auf den 18. Oktober – den 57. Tag seines Hungerstreiks – angesetzt. Maikel Nabil Sanad entschied sich, die Neuverhandlung zu boykottieren, und gab auch seinen Anwälten die Anweisung, nicht an der Verhandlung teilzunehmen.

Pathologisierung von Militärkritik

Was nun am 18. Oktober genau geschah, ist noch immer sehr unklar. Von den Berichten, die die War Resisters' International erhalten haben, ergibt sich folgendes Bild: da Maikel nicht vertreten, und auch selbst nicht anwesend war, entschied das Gericht, ihm einen Anwalt zuzuordnen.
Dieser beantragte, Maikel in ein psychiatrisches Krankenhaus zu verlegen, um ihn auf Schuldfähigkeit hin zu überprüfen. Es sieht so aus, als wenn das Gericht diesen Ausweg annahm, und seine Einweisung in das psychiatrische Hospital El Khanka etwa 20 km von Kairo anordnete. Das Hospital ist berüchtigt für die Misshandlung psychiatrischer PatientInnen, und es ist zu befürchten, dass Maikel Nabil Sanad dort mit Hilfe von Psychopharmaka der Wille gebrochen werden soll.
Ergänzend erhielt die War Resisters' International die Information, dass die Verhandlung nun für den 1. November anberaumt wurde – das wäre der 70. Tag seines Hungerstreiks.
Diese Entscheidung des Gerichts stellt einen

mentar war an diesem Tag die große Ausnahme in der deutschen Medienlandschaft.
Die Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit auf die Ermordung des libyschen Exdiktators am 20. Oktober 2011 sind ähnlich.
In einem auf youtube dokumentierten Video kann man sehen, wie der schwer verletzte, hilflos und benommen wirkende Gaddafi kurz vor seinem gewaltsam herbeigeführten Tod von einem johlenden Mob bewaffneter Männer durch die Straßen von Syrte gezerrt und misshandelt wurde. Dieser Mensch wurde bestialisch ermordet.
Wer da kein Mitleid empfindet, dem haben 10 Jahre „Krieg gegen den Terror" und die mediale Kriegspropaganda offenbar den Verstand und das Gefühl für menschliche Würde geraubt.
Ich verabscheue alle Despoten, aber das Recht auf Würde, das Recht auf Leben und eine menschenwürdige Behandlung haben alle Menschen, auch die, die sich, wie Gaddafi und Bin Laden, schwerster Verbrechen schuldig gemacht

schaft zum Bau eines AKWs und der Lieferung von Kampfflugzeugen an Libyen.
„Solange mit der Akzeptanz eines Systems wirtschaftliche oder strategische Vorteile verbunden sind und solange wir unsere Waffen verkaufen und unsere Gier nach Rohstoffen befriedigen können, solange sehen wir großzügig über Menschenrechtsverletzungen, über diktatorische Unrechtsregimes und über Mord, Folter und Verfolgung hinweg. So haben wir Gaddafi über Jahre und Jahrzehnte mit Waffen beliefert, weil er uns im Gegenzug mit Öl versorgt und uns die Flüchtlingsströme aus Afrika vom Hals gehalten hat", so Jacob Jung am 20.11.2011 auf www.freitag.de
Der von Frankreich, Großbritannien und den USA geführte NATO-Krieg gegen Gaddafis Truppen hatte keine „humanitären Gründe".
Die NATO-Bomben haben ganze Städte in Libyen zerstört. Nach unterschiedlichen Schätzungen sind bisher 30.000 bis 60.000 Menschen diesem „humanitären Einsatz" zum Opfer gefallen,

Was können GraswurzelrevolutionärInnen tun?

Unser Ziel sollte es sein, Menschen zu unterstützen, die eine menschengerechte Welt wollen, die mit gewaltfreien Mitteln eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft anstreben. Unsere Solidarität gilt den Flüchtlingen, Deserteuren und KriegsdienstverweigererInnen aller Seiten.
Wir wollen Sand sein im Getriebe der Macht. Und wir wollen eine Gegenöffentlichkeit schaffen, aufklären über Macht- und Herrschaftsverhältnisse.
Im Libyenkrieg wurden sowohl von Gaddafis Schergen als auch von den Rebellen zahlreiche Menschen vergewaltigt, gefoltert und ermordet. Wie jeder Krieg war auch der nun beendete ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Bernd Drücke, 23.11.2011

Anmerkung:
1 Siehe: REGIERUNGonline - Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Tötung von Osama bin Laden: www.bundesregierung.de

Fortsetzung von Seite 1

Occupy Wall Street

Sie drängt die Rebellen durch ihren Kolumnisten Matthias Greffrath: „Lasst euch vereinnahmen!" (2) Denn dauerhaft Erfolg zu haben, bedeutet seiner Meinung nach „in nervigen Ortsvereinen Lebenszeit zu opfern"!
Selbst Bewegungsprofessor Grottian ist ein wenig irritiert, als die VeranstalterInnen von Occupy ganz „rigide" forderten, Parteifahnen wieder einzurollen: „Ich war dabei, als das geschah". Er rät der Bewegung: „Auf Dauer wird sie aber nicht darum herumkommen, auch die Aufmüpfigen in den jeweiligen Parteien für sich zu gewinnen." (3) Angela Merkel hat angesichts der Eurokrise bereits Verständnis für die „Sorgen und Nöte" der Bürger gezeigt.
Die „Interventionistische Linke" gibt in einer Erklärung zu, „dass gerade die Linke ersteinmal zuhören" (4) und nicht wieder vorschnell mit eignen Welterklärungszumutungen eine neu entstehende Bewegung bevormunden sollte. Und beklagt gleich im ersten Abschnitt dieser Erklärung, dass sie leider angesichts der schnell voranschreitenden Entwicklung keine Zeit mehr gefunden habe, eine eigene interne Absprache „über mögliche Forderungen, Losungen oder Erkennungsworte" (!) zu organisieren. Andere freuten sich über die vielen nicht von Großorganisationen vorgefertigten, sondern selbstgemalten phantasievollen Plakate der DemonstrantInnen. Und

amerikanische Bewegungsforscher Bill Moyer hat in seinem „Movement Action Plan – MAP" schon vor Jahrzehnten auf die sich ergänzenden Rollen von „Rebellen", ReformerInnen und aktiven BürgerInnen bei der erfolgreichen Entfaltung von Protesten hingewiesen.
Doch fest steht ebenfalls, dass der sich entwickelnde weltweite Protest auch deswegen entstanden ist, weil sich unzählige Menschen nicht mehr durch die bestehenden Parteien und Organisationen vertreten fühlen und sich von ihnen nichts mehr sagen lassen wollen. In den längerfristig angelegten Camps und neu entstandenen Zusammenhängen wird Basisdemokratie praktiziert, die Zeit kostet und manchmal anstrengend sein kann.
Neue Aktions- und Kommunikationsformen entstehen. Zum Beispiel das „human microphone", bei dem die DemonstrantInnen in Ermangelung einer Lautsprecheranlage jeden Satz eines Redners oder einer Rednerin im Chor laut nachsprechen und damit das Gesagte eindrucksvoll bekräftigen und ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln.



Foto: http://www.dazwischengehen.org/story/2011/10/occupy-together-kommt-zum-forum-der-menge

in der öffentlichen Wahrnehmung zurückgedrängt. Erstmals seit Jahren werden wieder die richtigen Fragen gestellt. Wer profitiert von der „Bankenkrise"? Auf welcher Seite stehst du?

Der Termin der Neuverhandlung wurde schließlich auf den 18. Oktober – den 57. Tag seines Hungerstreiks – angesetzt. Maikel Nabil Sanad entschied sich, die Neuverhandlung zu boykottieren, und gab auch seinen Anwälten die Anweisung, nicht an der Verhandlung teilzunehmen.

Pathologisierung von Militärkritik

Was nun am 18. Oktober genau geschah, ist noch immer sehr unklar. Von den Berichten, die die War Resisters' International erhalten haben, ergibt sich folgendes Bild: da Maikel nicht vertreten, und auch selbst nicht anwesend war, entschied das Gericht, ihm einen Anwalt zuzuordnen.
Dieser beantragte, Maikel in ein psychiatrisches Krankenhaus zu verlegen, um ihn auf Schuldfähigkeit hin zu überprüfen. Es sieht so aus, als wenn das Gericht diesen Ausweg annahm, und seine Einweisung in das psychiatrische Hospital El Khanka etwa 20 km von Kairo anordnete. Das Hospital ist berüchtigt für die Misshandlung psychiatrischer PatientInnen, und es ist zu befürchten, dass Maikel Nabil Sanad dort mit Hilfe von Psychopharmaka der Wille gebrochen werden soll.
Ergänzend erhielt die War Resisters' International die Information, dass die Verhandlung nun für den 1. November anberaumt wurde – das wäre der 70. Tag seines Hungerstreiks.
Diese Entscheidung des Gerichts stellt einen weiteren Schritt in der Unterdrückung von Militärkritik dar: zunächst Kriminalisierung, dann Pathologisierung. Damit stellt sich das Militär über jede Kritik.
Damit einher gehen Befürchtungen, dass das Militär die Macht nicht so bald an eine zivile Regierung abgeben will. Und trotz wiederholter Ankündigungen, dass ZivilistInnen nicht mehr vor Militärgerichte gestellt werden würden, geschieht dies auch weiterhin. Seit März wurden nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen mehr als 12.000 Personen von Militärgerichten abgeurteilt. Es sieht schwarz aus für die Revolution in Ägypten.

Andreas Speck
War Resisters' International

Anmerkung: [1] Maikel Nabil Sanad: *Die Armee und das Volk haben nie an einem Strang gezogen*, http://wri-irg.org/de/node/12815
Unterstützungsmöglichkeiten für Maikel Nabil Sanad:
www.Connection-eV.de/aktion-egypt.php www.frieden-mitmachen.de
http://wri-irg.org/node/13819

Sie drängt die Rebellen durch ihren Kolumnisten Matthias Greffrath: „Lasst euch vereinnahmen!“ (2) Denn dauerhaft Erfolg zu haben, bedeutet seiner Meinung nach „in nervigen Ortsvereinen Lebenszeit zu opfern“!
Selbst Bewegungsprofessor Grottian ist ein wenig irritiert, als die VeranstalterInnen von Occupy ganz „rigide“ forderten, Parteifahnen wieder einzurollen: „Ich war dabei, als das geschah“. Er rät der Bewegung: „Auf Dauer wird sie aber nicht darum herumkommen, auch die Aufmüpfigen in den jeweiligen Parteien für sich zu gewinnen.“ (3) Angela Merkel hat angesichts der Eurokrise bereits Verständnis für die „Sorgen und Nöte“ der Bürger gezeigt.
Die „Interventionistische Linke“ gibt in einer Erklärung zu, „dass gerade die Linke ersteinmal zuhören“ (4) und nicht wieder vorschnell mit eignen Welterklärungszumutungen eine neu entstehende Bewegung bevormunden sollte. Und beklagt gleich im ersten Abschnitt dieser Erklärung, dass sie leider angesichts der schnell voranschreitenden Entwicklung keine Zeit mehr gefunden habe, eine eigene interne Absprache „über mögliche Forderungen, Losungen oder Erkennungsworte“ (!) zu organisieren. Andere freuten sich über die vielen nicht von Großorganisationen vorgefertigten, sondern selbstgemalten phantasievollen Plakate der DemonstrantInnen. Und wunderten sich über das fehlende, in ihren Augen scheinbar obligatorische „Front(!)transparent“ (5) bei einer Demo in Berlin. Wie verräterisch die Sprache, wie eingefahren die Denkmuster doch sein können.
„Parteipolitische Resonanzböden“, in Massen herbeieilende Gewerkschaftsmitglieder und flammende Appelle der Intellektuellen vermisst Tom Strohschneider auf der Titelseite des „Freitag“ (6) in der BRD. Ausgerechnet diejenigen kreuzbraven Mainstreamgewerkschaften und von Eigeninteressen geleiteten Parteien, die in der Vergangenheit die Hartz IV-Proteste in eine kontinuierlich schrumpfende Ansammlung gähnender Langweiler verwandelt haben, sollen jetzt zusätzlich frischen Wind in die Auseinandersetzungen bringen?
Natürlich wissen wir um das längerfristige Auf und Ab bei politischen Bewegungen und stellen nicht in Abrede, dass vorhandene Bewegungsstrukturen stabilisiert werden sollten. Der US-amerikanische Bewegungsforscher Bill Moyer hat in seinem „Movement Action Plan – MAP“ schon vor Jahrzehnten auf die sich ergänzenden Rollen von „Rebellen“, ReformerInnen und aktiven BürgerInnen bei der erfolgreichen Entfaltung von Protesten hingewiesen.
Doch fest steht ebenfalls, dass der sich entwickelnde weltweite Protest auch deswegen entstanden ist, weil sich unzählige Menschen nicht mehr durch die bestehenden Parteien und Organisationen vertreten fühlen und sich von ihnen nichts mehr sagen lassen wollen. In den längerfristig angelegten Camps und neu entstandenen Zusammenhängen wird Basisdemokratie praktiziert, die Zeit kostet und manchmal anstrengend sein kann.
Neue Aktions- und Kommunikationsformen entstehen. Zum Beispiel das „human microphone“, bei dem die DemonstrantInnen in Ermangelung einer Lautsprecheranlage jeden Satz eines Redners oder einer Rednerin im Chor laut nachsprechen und damit das Gesagte eindrucksvoll bekräftigen und ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln.
Die bisherigen von linken Parteien und Gruppen angebotenen schnellen und oberflächlich-verbalradikalen Lösungsvorschläge haben in der Vergangenheit nicht weitergeholfen und werden von den neuen Protestlern mit berechtigter Skepsis gesehen. Wenn diese linken ParteigängerInnen in schöner Gemeinschaft mit der etablierten Politik sich inzwischen darüber mokieren und lustig machen, dass die neue Bewegung nicht in Sekundenschnelle das richtige Forderungs-Kaninchen aus dem Zylinder hervorzaubert, so zeigt das nur, dass beide in ähnlichen politischen Kategorien denken.
Insbesondere die entstehende Occupy-Bewegung in den USA zeigt, dass viele vom sozialen Abstieg bedrohte Menschen jahrelang die neoliberale Politik ohne äußerlich sichtbare Zeichen von Widerstand über sich ergehen ließen. Aber sie sind nicht blöd. Jetzt ist der Zeitpunkt, an dem sie aufstehen. Die mediengeschürte ideologische Dominanz der reaktionären Tea Party wird in der öffentlichen Wahrnehmung zurückgedrängt. Erstmals seit Jahren werden wieder die richtigen Fragen gestellt. Wer profitiert von der „Bankenkrise“? Auf welcher Seite stehst du? Was muss getan werden? –
Nach jahrzehntelanger Lethargie können diese Fragen nicht schnell und nicht einfach beantwortet werden. Aber sie werden jetzt endlich gestellt und diskutiert. Ein Anfang ist gemacht. Das allein ist schon ein Fortschritt.
Sicherlich wird der Winter über die Protestcamps kommen und auch die PolitikerInnen werden eiskalt versuchen, die guten Absichten der neuen Bewegung zu okkupieren und zu vereinnahmen. Es liegt an uns, sie mit der Sonne der Solidarität zurückzudrängen.



Foto: http://www.dazwischengehen.org/story/2011/10/occupy-together-kommt-zum-forum-der-menge

Horst Blume

Anmerkungen:
1. Neues Deutschland vom 17.10.2011
2. taz vom 19.10.2011
3. junge Welt vom 18.10.2011
4. http://www.dazwischengehen.org/story/2011/10/occupy-together-kommt-zum-forum-der-menge
5. taz vom 17. 10. 2011
6. Der Freitag vom 13.10.2011

„Geht endlich pleite damit wir Schluss machen!"

„... und eine neue Gesellschaft der Freiheit, der Menschlichkeit und des Wohlstands für alle aufbauen!" (indymedia athen)

Sie sind wirklich undankbar diese Griechen - und ja, die Griechinnen auch. Da bekommen sie seit Jahren Milliardensummen in den Rachen geschoben, doch statt einfach einmal „danke" zu sagen und fleißig arbeiten zu gehen, demonstrieren und streiken sie ununterbrochen.

StudentInnen besetzen die Hochschulen um das neue Bildungsgesetz zu Fall zu bringen, die SchülerInnen tun es ihnen in den Schulen gleich, und auch die LehrerInnen und ProfessorInnen legen die Arbeit nieder. Im öffentlichen Nahverkehr wechseln sich die Arbeitskämpfe bei Bussen, Bahnen, Metro und Straßenbahn ab, und um die Müllberge in den Großstädten abzutransportieren wird der Einsatz der Armee diskutiert.
Unterdessen wird in einzelnen Gegenden der Sprit knapp, da die Besitzer von Tanklastwagen erneut gegen die Öffnung ihrer Berufssparte protestieren. Aus dem gleichen Grund liefern sich Taxifahrer Straßenschlachten mit den Schlägern der MAT-Sondereinheiten der

für den Erhalt der Gelder erfüllen, kann aber das vereinbarte Sparziel beim Haushaltsdefizit in diesem Jahr trotzdem nicht einhalten.
Diese Hiobsbotschaft aus Athen löste wieder einmal einen Kurssturz an den Aktienmärkten aus. Der Euro fiel bis auf 1,3315 Dollar und damit auf den tiefsten Stand seit Mitte Januar. Die Börsianer sind laut der linksliberalen Athener Tageszeitung *Eleftherotypia* „ernsthaft besorgt, dass die Hilfszahlungen und der strikte Sparkurs nicht ausreichen", um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Wofür es Gründe gibt.
Unter anderem sehen sich die Steuerbehörden nach wie vor nicht in der Lage die herrschende Elite am Steuerhinterziehen

und IWF an die Auszahlung der nächsten Tranche von acht Milliarden Euro geknüpft haben. Und Griechenland benötigt bis Mitte November dringend frisches Geld, verkündete Wirtschaftsminister Evángelos Venizélos Anfang Oktober, um Ängste zu zerstreuen, der Staat könne die Oktoberlöhne nicht überweisen - hatte es doch bislang geheißen, dass das Land ohne neue Hilfsgelder schon Mitte Oktober pleite sei.
Der Eurogruppen-Chef Jean-Claude Junker betonte unterdessen, niemand habe sich bisher dafür ausgesprochen, Griechenland kein Geld mehr zu leihen und pleite gehen zu lassen. „Wir werden alles tun, um das zu verhindern. Niemand hat sich für einen Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone ausgesprochen."
Doch auch in der EU wachsen die Zweifel, ob die Staatspleite noch zu verhindern ist.



Wohlstands für alle aufbauen!“ (indymedia athen)

Sie sind wirklich undankbar diese Griechen - und ja, die Griechinnen auch. Da bekommen sie seit Jahren Milliardensummen in den Rachen geschoben, doch statt einfach einmal „danke“ zu sagen und fleißig arbeiten zu gehen, demonstrieren und streiken sie ununterbrochen.

StudentInnen besetzen die Hochschulen um das neue Bildungsgesetz zu Fall zu bringen, die SchülerInnen tun es ihnen in den Schulen gleich, und auch die LehrerInnen und ProfessorInnen legen die Arbeit nieder. Im öffentlichen Nahverkehr wechseln sich die Arbeitskämpfe bei Bussen, Bahnen, Metro und Straßenbahn ab, und um die Müllberge in den Großstädten abzutransportieren wird der Einsatz der Armee diskutiert.

Unterdessen wird in einzelnen Gegenden der Sprit knapp, da die Besitzer von Tanklastwagen erneut gegen die Öffnung ihrer Berufssparte protestieren. Aus dem gleichen Grund liefern sich Taxifahrer Straßenschlachten mit den Schlägern der MAT-Sondereinheiten der Polizei. In Nordgriechenland fehlt das Heizöl, da die ZollbeamtInnen streiken und immer wieder fallen Flüge aus, da einmal die Fluglotsen, ein anderes Mal das Bodenpersonal im Ausstand ist.

Für den 19. und 20. Oktober haben die Dachgewerkschaftsverbände des öffentlichen Dienstes ADEDY und der Industriegewerkschaft GSEE gemeinsam mit den Basisgewerkschaften und der kommunistischen Pame zum zweiten Generalstreik im Oktober aufgerufen. Beim ersten am 6. Oktober war es sozusagen zur Begrüßung der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF) erneut zu Straßenschlachten in Athen gekommen. Zur Prozesseröffnung gegen inhaftierte Mitglie-

für den Erhalt der Gelder erfüllen, kann aber das vereinbarte Sparziel beim Haushaltsdefizit in diesem Jahr trotzdem nicht einhalten.

Diese Hiobsbotschaft aus Athen löste wieder einmal einen Kurssturz an den Aktienmärkten aus. Der Euro fiel bis auf 1,3315 Dollar und damit auf den tiefsten Stand seit Mitte Januar. Die Börsianer sind laut der linksliberalen Athener Tageszeitung *Eleftherotypia* „ernsthaft besorgt, dass die Hilfszahlungen und der strikte Sparkurs nicht ausreichen“, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Wofür es Gründe gibt.

Unter anderem sehen sich die Steuerbehörden nach wie vor nicht in der Lage die herrschende Elite am Steuerhinterziehen zu hindern. Sogar offizielle Regierungsquellen sprechen mittlerweile von 36 Milliarden Euro, die allein im letzten Jahr auf Schweizer Konten verschoben wurden, andere Quellen gehen von 60 Milliarden Euro aus.

Während kleine HausbesitzerInnen mittlerweile pro Quadratmeter Wohnfläche eine „Sonderabgabe“ per Stromrechnung bezahlen müssen, und falls sie sich weigern oder nicht bezahlen können, einfach den Strom gekappt bekommen, wird der immense Besitz der orthodoxen Kirchen nach wie vor gar nicht besteuert.

Zur Ankunft der Troika hatten die Ministeriumsangestellten sechs Ministerien besetzt um der Delegation zu verdeutlichen, dass sie unerwünscht ist. Erstaunlich ist das nicht, hat doch die sozialdemokratische

und IWF an die Auszahlung der nächsten Tranche von acht Milliarden Euro geknüpft haben. Und Griechenland benötigt bis Mitte November dringend frisches Geld, verkündete Wirtschaftsminister Evángelos Venizélos Anfang Oktober, um Ängste zu zerstreuen, der Staat könne die Oktoberlöhne nicht überweisen - hatte es doch bislang geheißen, dass das Land ohne neue Hilfsgelder schon Mitte Oktober pleite sei. Der Eurogruppen-Chef Jean-Claude Junker betonte unterdessen, niemand habe sich bisher dafür ausgesprochen, Griechenland kein Geld mehr zu leihen und pleite gehen zu lassen. „Wir werden alles tun, um das zu verhindern. Niemand hat sich für einen Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone ausgesprochen.“

Doch auch in der EU wachsen die Zweifel, ob die Staatspleite noch zu verhindern ist.

Ein Schuldenschnitt von 50 Prozent wird trotz aller Dementis immer wahrscheinlicher.

Allen brutalen Sparmaßnahmen zum Trotz wird das Land auch in diesem Jahr mehr neue Schulden machen als mit EU und IWF ursprünglich vereinbart.

Die Defizitquote wird voraussichtlich bei 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen, statt wie angestrebt bei 7,6 Prozent.

Für 2012 rechnet die Regierung mit einem Minus von 6,8 Prozent statt der bisher angekündigten 6,5 Prozent. Zudem wird die griechische Wirtschaft auch im nächsten Jahr wohl erneut schrumpfen und sich die Arbeitslosigkeit weiter verschärfen. (Gründe hierfür siehe GWR 361 vom Sept.)

Wie aus dem Anfang Oktober vorgelegten Haushaltsentwurf



Abb.: Banksy / streetart-utopia

lamentarier Thomás Rombó-

„Seit mittlerweile zwei Jahren

meinsam mit den anderen Ge-

dustriegewerkschaft GSEE gemeinsam mit den Basisgewerkschaften und der kommunistischen Pame zum zweiten Generalstreik im Oktober aufgerufen. Beim ersten am 6. Oktober war es sozusagen zur Begrüßung der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF) erneut zu Straßenschlachten in Athen gekommen. Zur Prozesseröffnung gegen inhaftierte Mitglieder der anarchistischen Stadtguerilla *Revolutionärer Kampf* (EA) und der Mitgliedschaft beschuldigter AnarchistInnen demonstrierten außerdem schon am 5. Oktober mehr als 4.000 Menschen für die „sofortige Freilassung der EA-Mitglieder" in Athen.

Unerwünscht und gejagt

Die Delegierten der Troika, die sich seit Anfang Oktober zum wiederholten Mal in Athen aufhalten, sehen sich fast täglich Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt.
Die drei Delegationsleiter gehen nicht mehr ohne Personenschützer aus dem Hotel und nehmen auch für kurze Wege aus Sicherheitsgründen einen Wagen.
„Das gehört zu den unschönen Seiten meiner Arbeit und ist in dieser Intensität neu für mich", betonte der dänische Leiter der IWF-Delegation in Athen, Poul Mathias Thomsen gegenüber der Presse. Von der Einschätzung der Delegation machen die Euro-Länder die Freigabe der nächsten acht Milliarden Euro-Rate abhängig. Die Regierung in Athen muss strikte Auflagen „Sonderabgabe per Stromrechnung bezahlen müssen, und falls sie sich weigern oder nicht bezahlen können, einfach den Strom gekappt bekommen, wird der immense Besitz der orthodoxen Kirchen nach wie vor gar nicht besteuert.
Zur Ankunft der Troika hatten die Ministeriumsangestellten sechs Ministerien besetzt um der Delegation zu verdeutlichen, dass sie unerwünscht ist. Erstaunlich ist das nicht, hat doch die sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Giórgos Papandréou auf deren Druck beschlossen 30.000 MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes in „Reserve" zu schicken.
Dort wird ihnen zwar noch für ein Jahr 60 Prozent ihres Gehalts ausgezahlt, wer dann jedoch keine neue Stelle im öffentlichen Sektor gefunden hat, fliegt raus. Diese 30.000 Entlassungen sind der Troika allerdings lange nicht genug.
Einem Bericht der konservativen Athener Tageszeitung *Ta Néa* vom 8. Oktober zufolge, sind die Vertreter der Troika besorgt, dass nur ältere Staatsbedienstete, die kurz vor der Pensionierung stehen, in die „Personalreserve" geschickt würden. Das sei dann aber nur ein „Frühpensionierungsprogramm, das kaum Geld sparen" würde. Zudem gibt es in der EU die Befürchtung, dass viele der laut griechischer Verfassung unkündbaren Staatsbediensteten vor Gericht ziehen und dort ihre Wiedereinstellung einklagen könnten.
Die Verkleinerung des tatsächlich völlig überdimensionierten öffentlichen Dienstes ist eine der Bedingungen, die EU, EZB Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen, statt wie angestrebt bei 7,6 Prozent.
Für 2012 rechnet die Regierung mit einem Minus von 6,8 Prozent statt der bisher angekündigten 6,5 Prozent. Zudem wird die griechische Wirtschaft auch im nächsten Jahr wohl erneut schrumpfen und sich die Arbeitslosigkeit weiter verschärfen. (Gründe hierfür siehe GWR 361 vom Sept.)
Wie aus dem Anfang Oktober vorgelegten Haushaltsentwurf der Regierung hervorgeht, dürfte die Wirtschaftsleistung 2012 abermals um 2,5 Prozent zurückgehen.
Für dieses Jahr wird mit einem Einbruch des BIP um 5,5 Prozent gerechnet. Der Schuldenberg erhöht sich dieser Einschätzung zufolge im kommenden Jahr auf 371,9 Milliarden Euro und damit auf 173 Prozent des BIP, nach geschätzten 161,8 Prozent in diesem Jahr.

ParlamentarierInnen in Not

Unterdessen gehen die seit Sommer immer wieder stattfindenden Attacken auf Pasok-ParlamentarierInnen und Minister weiter. Neustes Angriffsziel wurde Innenminister Cháris Kastanídis, der bei einem Kinobesuch am 8. Oktober in Thessaloníki von StudentInnen erkannt, ausgebuht und mit Joghurt beworfen wurde.
Immer wieder spannend für den interessierten Beobachter ist der Zeitpunkt, an dem sozialdemokratische Abgeordnete ihre persönliche Grenze erreichen, an dem sie den morgendlichen Blick in den Spiegel nicht mehr zu ertragen scheinen. Mitte Oktober waren es die Pasok-Parlamentarier Thomás Rombópoulos und Odysséas Boudoúris, die der Parteiführung ihre Gefolgschaft aufkündigten. Boudoúris kritisierte die durch die Regierung angestrebte Kürzung der Löhne in der Industrie, wodurch die „kollektiv ausgehandelten Tarifverträge unrechtmäßig außer Kraft gesetzt" würden.
Rombópoulos findet es unerträglich einem „Parlament ohne Entscheidungsgewalt" anzugehören und kündigte zuerst an, sein Mandat am 18. Oktober niederlegen zu wollen, um in der Folge zu erklären, nun doch als „unabhängiger Parlamentarier" weiterzumachen.

Letztendlich stimmte einzig die Abgeordnete Louka Katseli, die sofort aus der Pasok-Fraktion ausgeschlossen wurde, gegen das von der Parteiführung eingebrachte Gesetzespaket.

Die heterogene anarchistische Bewegung ist das ganze Theater inzwischen mehr als leid und hofft auf ein baldiges Ende wobei jede erdenkliche „Hilfe zum Erreichen des Staatsbankrotts" angekündigt wird.
So erklärt das Redaktionskollektiv von *indymedia athens:* „Seit mittlerweile zwei Jahren hypnotisieren sie die Bevölkerung mit der drohenden Staatspleite. Mit dieser herrlich aufgebauschten Drohkulisse haben sie es innerhalb kürzester Zeit geschafft, die Errungenschaften von zwei Jahrhunderten opferreicher Kämpfe der Arbeiterbewegung sprichwörtlich in Nichts aufzulösen.
Sollen sie doch endlich pleite gehen, damit wir sehen was geschieht. Sollen ihre Banken schließen, ihre Fabriken, ihre Universitäten dicht machen, sich ihre Armeen auflösen und sie endlich alle auf der Müllhalde der Geschichte landen. Wir sind hier, um uns das zurückzuholen was uns gestohlen wurde. Wir sind hier, um dem Niedergang eures verrotteten Systems beizuwohnen und werden alles dafür tun, damit es noch eine Stunde früher zusammenbricht."

Nachtrag (vom 21.10.2011)

Am zweiten Tag des 48stündigen Generalstreiks kam es erneut zu schweren Auseinandersetzungen in Athen. Erstmals seit 16 Jahren hatte die von der stalinistischen KKE dominierte Gewerkschaftsfront Pame gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften zur Demonstration und Belagerung des Parlaments aufgerufen. Während im Parlament über das von der Troika aufoktroyierte Spardiktat abgestimmt wurde, übernahm es die Pame-Schutztruppe, bestehend vor allem aus Mitgliedern der Bauarbeitergewerkschaft, anstelle der MAT-Schlägereinheiten der griechischen Polizei das Parlamentsgebaude gegen eventuelle Angriffe anderer DemonstrantInnen abzuschirmen.
Dies führte in der Folge zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Pame-Schutztruppe und einem der antiautoritären Demoblöcke.
Als Sondereinsatztruppen der Polizei beide beteiligten Gruppen mit Tränengas- und Blendschockgranaten beschossen, erlitt der 53-jährige Dimitris Kotzaridis, ein arbeitsloses Mitglied der Bauarbeitergewerkschaft, vor dessen Füssen eine der Granaten explodierte, einen Atem- und Herzstillstand.
Ärzte, die vergeblich versuchten ihn wiederzubeleben, führen seinen Tod auf das Einatmen des Tränengases zurück.

Ralf Dreis, Vólos

Abb.: Banksy / streetart-utopia



Libertäre Literatur auf der Buchmesse in Göteborg. Foto: Gabriel Kuhn

Libertäre Inspiration in Schweden

Anarchistische Literatur aus dem deutschsprachigen Raum bei der Göteborger Buchmesse (22. bis zum 25. September 2011)

Die Buchmesse in Göteborg ist die größte Skandinaviens und sie wird jährlich von etwa 100.000 Menschen besucht.

Das diesjährige Thema war „Drei Länder, eine Sprache: Deutschland, Österreich, Schweiz". Aufgrund dieses Anlasses mieteten der schwedische Federativs Verlag und die Wochenzeitschrift *Arbetaren*, beides von der syndikalistischen Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC) geleitete Projekte, einen größeren Stand an, um auch linken deutschsprachigen Verlagen und Zeitschriften eine Ausstellungsmöglichkeit zu bieten. Damit wurde das Feld nicht gänzlich den von den staatlichen Kulturorganisationen der deutschsprachigen Länder ausgewählten Verlagen überlassen, die an gesellschaftskritischer Literatur nicht allzu viel zu bieten hatten.

Rund zwanzig deutschsprachige Verlage und Zeitschriften nahmen diese Möglichkeit wahr, darunter auch die *Graswurzelrevolution*. Die anarchistische, autonome und syndikalistische Publikationswelt war gut vertreten. Die deutschsprachigen Projekte vermischten sich am Stand mit ebenfalls eingeladenen schwedischen Kleinverlagen, was zu einer sympathischen zweisprachigen Atmosphäre führte.

Heißer Herbst in Portugal

In Europa zeigt sich die gegenwärtige Krise des Kapitalismus am deutlichsten an der südlichen Peripherie.

Die durch die Europäische Union und den IWF vorgegebene neoliberale „Krisenbewältigung" erzeugt hier weiterhin deutlichen Widerstand. Während in der deutschen Presse die Proteste und Streiks in Griechenland und Spanien Erwähnung finden, ist Portugal vielfach höchstens eine Randnotiz wert – unberechtigterweise.

Nachdem im März Massenproteste den Sturz der sozialdemokratischen Regierung mitverursacht haben, schienen danach Ernüchterung und Agonie vorzuherrschen. Spätestens mit dem Wahlsieg der Konservativen und Rechtspopulisten im Juni schien die Fortführung und Verschärfung der neoliberalen „Krisenbewältigung" gesichert (vgl. GWR 360). Zwar bildeten sich nach den Massenprotesten im März Vernetzungen, um weiter gegen die Verschlechterung der Lebensumstände zu kämpfen. Ebenso gab es viele kleinere Proteste, etwa gegen Preiserhöhungen im Nahverkehr oder gegen die Stilllegung von Bahnstrecken.

Es blieb aber lange unklar, ob aus diesen kleineren lokalen Initiativen eine Massenmobilisierung wachsen könnte. Ebenso war nicht erkennbar, wie die Kommunistische Partei Portugals auf die wenig erfolgreiche Wahl – jenseits von „kämpferischen" Reden – reagieren würde. Beide Unklarheiten sind jetzt beseitigt.

Die Kommunistische Partei hat sich offenbar für eine wirklich kämpferische Opposition entschieden. Ihre Forderungen sind (a) mehr Souveränität für Portugal und weniger Einmischung durch EU und IWF und (b) die (Wieder-)Herstellung eines linkskeynesianistischen Sozialstaats, einschließlich Vollbeschäftigung. Der der KP nahestehende Gewerkschaftsverband CGTP mobilisierte am 1. Oktober zu Demonstrationen in Lissabon und Porto, den zwei größten Städten des Landes. Nach Gewerkschaftsangaben waren ca. 150.000 Menschen auf der Straße. Auch wenn diese Zahlen überhöht sind, waren dies die ersten Massenproteste seit den Wahlen im Juni 2011. Als nächstes folgt eine Aktionswoche der CGTP Ende Oktober und für den 24. November ist ein Generalstreik (gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsverband UGT) angesetzt.

Die eher partei- und gewerkschaftsunabhängigen Kräfte haben sich mit den Massenprotesten am 15. Oktober zurückgemeldet. In zahlreichen portugiesischen Städten fanden Aktionen im Anschluss an die globalen Krisenproteste statt. In Porto, der zweitgrößten Stadt der Landes mit ca. 400.000 EinwohnerInnen, nahmen nach Presseangaben 20.000 Menschen an den Protesten teil. Die Zahl dürfte nach eigenen Schätzungen sogar eher höher liegen. Wie bereits bei den Märzprotesten war das öffentliche Bild nicht von Partei- und Gewerkschaftsfahnen geprägt. Einige rotschwarze Anarcho-Fahnen und Transparente waren zu sehen – neben zahlreichen selbstgebastelten Schildern, die von einer unmittelbaren Betroffenheit und Empörung geprägt waren.

Die selbstorganisierten Versuche der gemeinsamen Debatte und sozialen Praxis hatten offensichtlich gefruchtet und kamen bei den Massenprotesten am 15. Oktober zusammen.

Auch an dieser „Front" sind weitere Aktivitäten bereits geplant. Neben wöchentlichen kleineren Protesten sind für den 26. November, also zwei Tage nach dem Generalstreik, die nächsten Massenproteste angedacht.

In der nächsten Zeit wird ebenfalls aufmerksam zu beobachten sein, wie sich die orthodoxe Kommunistische Partei Portugals und die selbstorganisierten Netzwerke, die vielfach antiautoritär und anarchistisch geprägt sind, zueinander verhalten werden.

Während in der Vergangenheit die Kommunistische Partei zumindest quantitativ stärker war, lässt sich dies bei den gegenwärtigen Protesten nicht beobachten.



Göteborger Buchmesse (22. bis zum 25. September 2011)

Die Buchmesse in Göteborg ist die größte Skandinaviens und sie wird jährlich von etwa 100.000 Menschen besucht.

Das diesjährige Thema war „Drei Länder, eine Sprache: Deutschland, Österreich, Schweiz“. Aufgrund dieses Anlasses mieteten der schwedische Federativs Verlag und die Wochenzeitschrift *Arbetaren*, beides von der syndikalistischen Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC) geleitete Projekte, einen größeren Stand an, um auch linken deutschsprachigen Verlagen und Zeitschriften eine Ausstellungsmöglichkeit zu bieten. Damit wurde das Feld nicht gänzlich den von den staatlichen Kulturorganisationen der deutschsprachigen Länder ausgewählten Verlagen überlassen, die an gesellschaftskritischer Literatur nicht allzu viel zu bieten hatten.

Rund zwanzig deutschsprachige Verlage und Zeitschriften nahmen diese Möglichkeit wahr, darunter auch die *Graswurzelrevolution*. Die anarchistische, autonome und syndikalistische Publikationswelt war gut vertreten. Die deutschsprachigen Projekte vermischten sich am Stand mit ebenfalls eingeladenen schwedischen Kleinverlagen, was zu einer sympathischen zweisprachigen Atmosphäre führte.

Die Präsenz linker deutschsprachiger Literatur wurde von vielen MessebesucherInnen positiv aufgenommen. AktivistInnen der 1970er Jahre, deren Eltern in der Nachkriegszeit von Deutschland nach Schweden ausgewandert waren, freuten sich, dass Projekte wie die *Graswurzelrevolution* oder der Karin Kramer Verlag immer noch Bestand haben, autonome AktivistInnen blätterten eifrig in Unrast-Bänden und *Arranca*-Nummern und theoretisch versierte GenossInnen freuten sich über Ausgaben der Wiener *Grundrisse* und neue Publikationen zur Finanzkrise.

Der Stand war auch Schauplatz von Buchpräsentationen und Vorlesungen. So wurden die deutschsprachigen Verlage und Zeitschriften einem interessierten Publikum sowohl auf Schwedisch als auch auf Deutsch vorgestellt. Zudem gab es eine Infoveranstaltung zur Kampagne „unzensiert-lesen“ und zur Repression linker Buchläden und Publikationsprojekte in Deutschland im Allgemeinen, wofür nicht zuletzt die zeitweilige Blockierung der *Graswurzelrevolution*-Website www.graswurzel.net durch den „Schulfilter Plus“ Anfang 2009 als Beispiel dient.

Die SAC lud auch ein Mitglied der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) aus Deutschland ein. Thorsten berichtete über die Geschichte und die Aktivitäten dieser anarchosyndikalistischen Organisation und fokussierte dabei u.a. auf den Arbeitskonflikt im Kino Babylon und die damit verbundenen gerichtlichen Prozesse. Die Vorlesung fand unter schwedischen SyndikalistInnen großen Anklang und war ein weiterer Beitrag zu dem zunehmenden Austausch zwischen FAU und SAC, der nur zu begrüßen ist.

Die größte Herausforderung für die BetreiberInnen des Standes lag darin, sich in dem Meer der Kommerzialisierung zu behaupten, das eine Buchmesse dieser Größenordnung darstellt. Wie bei vielen Veranstaltungen ähnlicher Art sind das Sehen und Gesehen-Werden, das Kontakte-Knüpfen und das Geschäftemachen wichtiger als die ausgestellten Bücher und Zeitschriften. Einem Stand, der sich vor allem auf die Vermittlung politischer Inhalte konzent-

mit dem Wahlsieg der Konservativen und Rechtspopulisten im Juni schien die Fortführung und Verschärfung der neoliberalen „Krisenbewältigung“ gesichert (vgl. GWR 360). Zwar bildeten sich nach den Massenprotesten im März Vernetzungen, um weiter gegen die Verschlechterung der Lebens-

sich offenbar für eine wirklich kämpferische Opposition entschieden. Ihre Forderungen sind (a) mehr Souveränität für Portugal und weniger Einmischung durch EU und IWF und (b) die (Wieder-)Herstellung eines linkskeynesianistischen Sozialstaats, einschließlich Vollbeschäftigung. Der der KP

haben sich mit den Massenprotesten am 15. Oktober zurückgemeldet. In zahlreichen portugiesischen Städten fanden Aktionen im Anschluss an die globalen Krisenproteste statt. In Porto, der zweitgrößten Stadt der Landes mit ca. 400.000 EinwohnerInnen, nahmen nach Presseangaben



Demonstration in Porto, 15. Oktober 2011. Foto: Ismail Küpeli

Auch an dieser „Front“ sind weitere Aktivitäten bereits geplant. Neben wöchentlichen kleineren Protesten sind für den 26. November, also zwei Tage nach dem Generalstreik, die nächsten Massenproteste angedacht.

In der nächsten Zeit wird ebenfalls aufmerksam zu beobachten sein, wie sich die orthodoxe Kommunistische Partei Portugals und die selbstorganisierten Netzwerke, die vielfach antiautoritär und anarchistisch geprägt sind, zueinander verhalten werden.

Während in der Vergangenheit die Kommunistische Partei zumindest quantitativ stärker war, lässt sich dies bei den gegenwärtigen Protesten nicht beobachten.

Ein Funktionär der KP, der sich bei den Massenprotesten am 15. Oktober in Porto am offenen Mikrofon meldete, betonte die Wichtigkeit sozialer Bewegungen, unterstützte die politischen Forderungen der globalen Krisenproteste und verzichtete auf die sonst üblichen Loblieder auf die eigene Partei – ganz ungewohnte Töne also. Sei es taktisches Kalkül oder wirklicher Lernprozess – es ist einiges in Bewegung.

Ismail Küpeli

Hat Anares noch eine Zukunft?

Anfang September erklärte ich den Anares Buch- und Medienversand (ehemals Anares Nord) für beendet – die Auflösung soll(te) zum 31.12.2011 erfolgen.

Nicht von den Gründen, die dazu führten, soll hier die Rede sein. Sondern von dem was dann geschah. Ausmaß und Art der Reaktionen auf die Auflösungserklärung verblüfften mich und ermöglichten mir ei-

es Menschen, die Anares gerne in Zusammenarbeit mit mir an ihr Projekt andocken wollen. Spruchreif ist noch nichts, wir sind noch am puzzeln: welche Teile passen zueinander, wie ist das finanzierbar, wie lässt sich

Utopien bleibt die Welt ein Dreckhaufen. Wohin uns die Verwalter des „Sachzwangs“ geführt haben, ist offenkundig. Es braucht Realismus und Mut. So zeigt mir der nüchterne Blick, dass die Zeiten für Genossenschaften derzeit vergleichsweise günstig sind, nicht nur weil 2012 das „Internationale Jahr der Genossenschaften“

Insofern ist die Überlegung, eine Anares Genossenschaft zu entwickeln, mehr als nur ein Hirngespinst, zumal in Genossenschaftsgründungen erfahrene Menschen in das Projekt involviert sind. Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht.

Doch gleich was aus Anares wird: mit der Sichtweise, wir sind „zu wenige“, möchte ich

lesungen. So wurden die deutschsprachigen Verlage und Zeitschriften einem interessierten Publikum sowohl auf Schwedisch als auch auf Deutsch vorgestellt. Zudem gab es eine Infoveranstaltung zur Kampagne „unzensiert-lesen“ und zur Repression linker Buchläden und Publikationsprojekte in Deutschland im Allgemeinen, wofür nicht zuletzt die zeitweilige Blockierung der *Graswurzelrevolution*-Website www.graswurzel.net durch den „Schulfilter Plus“ Anfang 2009 als Beispiel dient.
Die SAC lud auch ein Mitglied der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) aus Deutschland ein. Thorsten berichtete über die Geschichte und die Aktivitäten dieser anarchosyndikalistischen Organisation und fokussierte dabei u.a. auf den Arbeitskonflikt im Kino Babylon und die damit verbundenen gerichtlichen Prozesse. Die Vorlesung fand unter schwedischen SyndikalistInnen großen Anklang und war ein weiterer Beitrag zu dem zunehmenden Austausch zwischen FAU und SAC, der nur zu begrüßen ist.
Die größte Herausforderung für die BetreiberInnen des Standes lag darin, sich in dem Meer der Kommerzialisierung zu behaupten, das eine Buchmesse dieser Größenordnung darstellt. Wie bei vielen Veranstaltungen ähnlicher Art sind das Sehen und Gesehen-Werden, das Kontakte-Knüpfen und das Geschäftemachen wichtiger als die ausgestellten Bücher und Zeitschriften. Einem Stand, der sich vor allem auf die Vermittlung politischer Inhalte konzentrieren will, kommt das nicht unbedingt zugute.
Nichtsdestotrotz war die Präsenz linker deutschsprachiger Literatur in Göteborg wichtig, vor allem angesichts des diesjährigen Themas. Sie half, ein einseitiges Bild der deutschsprachigen Publikationslandschaft zu vermeiden, die teilnehmenden Projekte auch in Skandinavien bekannter zu machen und interessierte schwedische LeserInnen zu inspirieren.

Gabriel Kuhn



Demonstration in Porto, 15. Oktober 2011. Foto: Ismail Küpeli

Sei es taktisches Kalkül oder wirklicher Lernprozess – es ist einiges in Bewegung.

Ismail Küpeli

Hat Anares noch eine Zukunft?

Anfang September erklärte ich den Anares Buch- und Medienversand (ehemals Anares Nord) für beendet – die Auflösung soll(te) zum 31.12.2011 erfolgen.

Nicht von den Gründen, die dazu führten, soll hier die Rede sein. Sondern von dem was dann geschah. Ausmaß und Art der Reaktionen auf die Auflösungserklärung verblüfften mich und ermöglichten mir einen Einblick, wie Anares gesehen wird.
Das war und ist ermutigend –. offensichtlich ist Anares in der Wahrnehmung recht vieler Menschen mehr als ein Buchvertrieb wie viele andere. Anares wird als wichtiges Projekt für Gegenöffentlichkeit betrachtet, das eine besondere Geschichte und eine in diesen Zusammenhängen eher seltene Kontinuität hat. Traurigkeit, dass dieses Projekt beerdigt werden soll, wurde geäußert, ebenso Fassungslosigkeit ausgedrückt von Menschen, die Anares eben erst entdeckt hatten. Häufig wurde gefragt, ob es denn wirklich keine Möglichkeiten der Fortführung gibt, oft verbunden mit Hilfsangeboten und konkreten Ideen und Vorschlägen.
Menschen, die Anares kurzerhand kaufen und – ggf. nach einer Einarbeitungszeit – ohne mich weiterführen, sind bisher zwar nicht in Sicht. Doch gibt es Menschen, die Anares gerne in Zusammenarbeit mit mir an ihr Projekt andocken wollen. Spruchreif ist noch nichts, wir sind noch am puzzeln: welche Teile passen zueinander, wie ist das finanzierbar, wie lässt sich zum Beispiel auch von verschiedenen Orten aus zusammenarbeiten etc.
Reizvoll daran ist der Gedanke, mit mehreren Menschen Anares eben nicht nur zu retten, sondern auch auszubauen und vieles von dem, was mangels personeller Kapazitäten in den letzten Jahren in der Schublade schlummerte, doch noch realisieren zu können.
Und dann gibt es da noch die Idee, Anares so lange kommissarisch weiterzuführen, bis eine noch zu entwickelnde Genossenschaft den Buchvertrieb übernimmt.

Ob´s gelingt?

Es sind noch viele Fragen zu klären, nicht nur finanzielle. Und die Idee der Genossenschaft wurde in ersten Reaktionen von einigen Leuten auch schon als „utopisch“ bezeichnet. Nun, ich habe es da immer lieber mit der Gruppe Spur gehalten: Ohne Utopien bleibt die Welt ein Dreckhaufen. Wohin uns die Verwalter des „Sachzwangs“ geführt haben, ist offenkundig. Es braucht Realismus und Mut. So zeigt mir der nüchterne Blick, dass die Zeiten für Genossenschaften derzeit vergleichsweise günstig sind, nicht nur weil 2012 das „Internationale Jahr der Genossenschaften“ wird.
In den letzten Jahren hat sich auch in der BRD die Zahl der Menschen, die Wünschen und Forderungen nach der Rückkehr zum menschlichen Maß, nach einer nachhaltigen Lebensweise, nach Wirtschaftsdemokratie und solidarischer Ökonomie Ausdruck verleihen – Ideen, die eine starke Affinität zum Genossenschaftsdenken haben, in dem ja auch die gegenseitige Hilfe ihren Ort hat (was aus libertärer Perspektive strikt vom „Ehrenamt“ abzugrenzen ist, nach dem derzeit vor allem staatlicherseits gerufen wird, um die Löcher zu flicken, die der Rückzug der Staaten aus der Sozialpolitik schuf). Auch die Tatsache, dass die meisten Menschen hierzulande in den nächsten Jahren eher weniger Geld zur Verfügung haben, wird den Drang zur Selbstorganisation unter den reflektierten und politisierten Leuten stärken.
Insofern ist die Überlegung, eine Anares Genossenschaft zu entwickeln, mehr als nur ein Hirngespinst, zumal in Genossenschaftsgründungen erfahrene Menschen in das Projekt involviert sind. Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht.
Doch gleich was aus Anares wird: mit der Sichtweise, wir sind „zu wenige“, mochte ich mich noch nie anfreunden – damit machen wir uns vor allem selber klein, und das ist das Letzte was „wir“ an libertären und emanzipatorische Gedanken festhaltende Menschen wollen sollten.
Die derzeitige Situation ist nach dem Crash des Vertriebes also durchaus auch von neuen Chancen gezeichnet.
Der Genossenschaftsentwurf ist auch ein Aufruf, sich zusammenzutun. Interessierte könne sich gerne in den Mail-Verteiler eintragen. Noch gibt es mehr Fragen als Antworten, und die Zeituhr läuft. The future is unwritten. Und für den Fall, dass am 31.12. Schicht ist: deckt euch noch dieses Jahr mit der Literatur für die nächsten kalten Monate ein. Innerhalb der BRD erfolgen Lieferungen ab sofort übrigens versandkostenfrei!

Gerald Grüneklee

Anares Buchvertrieb, Postf. 107510, 28075 Bremen, 0421/55900278, info@anares-buecher.de, www.anares-buecher.de

Räumung der Dale Farm in England

Selten hat der globale Kapitalismus es so deutlich gezeigt wie in diesem Jahr, dass die Produktion von massenhaftem Elend das Fundament seiner Logik ist. Neben den großen Schauplätzen der Klassenkämpfe, z.B. in den südeuropäischen Metropolen oder in den USA, sollten wir den Blick kurz auf eine kleine Auseinandersetzung lenken, die Ende Oktober 2011 in England eskaliert ist.

Auf der „Dale Farm" in dem Städtchen Basildon in Essex, östlich von London, lebte seit zehn Jahren eine Community sogenannter „Travellers", Nomaden irischer Abstammung, auch als „Irish Gypsies" bezeichnet. Mit bis zu 86 Familien war es die größte Travellers-Community in Europa.

Aber der Stadtrat von Basildon hatte beschlossen, diesen ‘Schandfleck‘ vor den Toren der Stadt abzuräumen, weil es sich um eine illegale Besetzung handelte. Schon im März dieses Jahres hatte man 8 Millionen Pfund für diese Räumung bereit gestellt – ein Drittel des Jahreshaushalts der Gemeinde.[1]

Am 19. Oktober rückten die Polizeikräfte mit Aufstandsbekämpfungs-Ausrüstung an und begannen, DemonstrantInnen, die zur Unterstützung der Travellers das Gelände blockierten, unter Einsatz von „Tasern", also Elektroschock-Waffen, abzuräumen.

Nomaden und UnterstützerInnen (organisiert in der anarchistischen *Dale Farm Solidarity*) hatten sich an die zur Wagenburg umfunktionalisierte Siedlung festgekettet und ihre Arme einbetoniert, einige der Caravans wurden von ih-

Ende ging es ziemlich schnell: Schockiert von der Massivität des Einsatzes von Polizei und Gerichtsvollziehern, aber erhobenen Hauptes und als „one family", verließen Traveller und Unterstützer am Abend des 20. Oktober das umkämpfte Gelände.[3]

Am 21.10. meldete die taz, dass bei der Räumung 34 Menschen festgenommen wurden: „Dabei handle es sich nicht um Bewohner des Lagers, sondern um Sympathisanten, die versucht hatten, die gerichtlich legitimierte Räumung zu verhindern, teilte die Polizei mit."

Meine Heimatzeitung bringt die Dale-Farm-Räumung und den gewaltfreien Widerstand unter der reflexartigen, blödsinnigen Überschrift „Nomaden randalieren in England".[4]

Aber sie steuert einen interessanten Aspekt zur Vorgeschichte bei. „Seit der großen Hungersnot 1845 in Irland, als Arbeiter und Hausbesitzer ihr Eigentum abtreten mussten, schlagen sich ihre Nachfahren auf der Straße durch."

In Wirklichkeit ist die Entstehungsgeschichte der nomadischen Traveller wohl komplexer, aber sie hat in der Tat viel mit den frühkapitalistischen und kolonialistischen Verwüstungen Irlands im 19. Jh. (mit Vorläufern seit dem 17. Jh.) zu tun. Dass „Arbeiter und Hausbesitzer ihr Eigentum abtreten" müssen, ist aber die weltweite massenhafte Erfahrung auch unserer Zeit.

Die Traveller zeigen uns nicht nur, dass der moderne Kapitalismus von Anfang an so funktionierte, sondern auch, wie vielfältig die Reaktionen seiner Opfer sein konnten.

Die Traveller sind jene, die nicht in den Slums der englischen Industriemetropolen abgesoffen sind, sondern einen eigenen Lebensentwurf über viele Generationen entwickelten. Kein Idyll; aber immerhin eine alternative Lebensform. Schon deshalb – weil sie zeigen, dass es auch anders geht – sind sie ein Gräuel in den Augen der Spießbürger ebenso wie in denen der Allianz aus Staat und Kapital. Aus demselben Grund verdienen sie unsere Solidarität.

Rüdiger Haude

Anmerkungen

1 The Guardian, 25.3.2011; http://www.guardian.co.uk/society/2011/mar/25/dale-farm-travellers-eviction-basildon

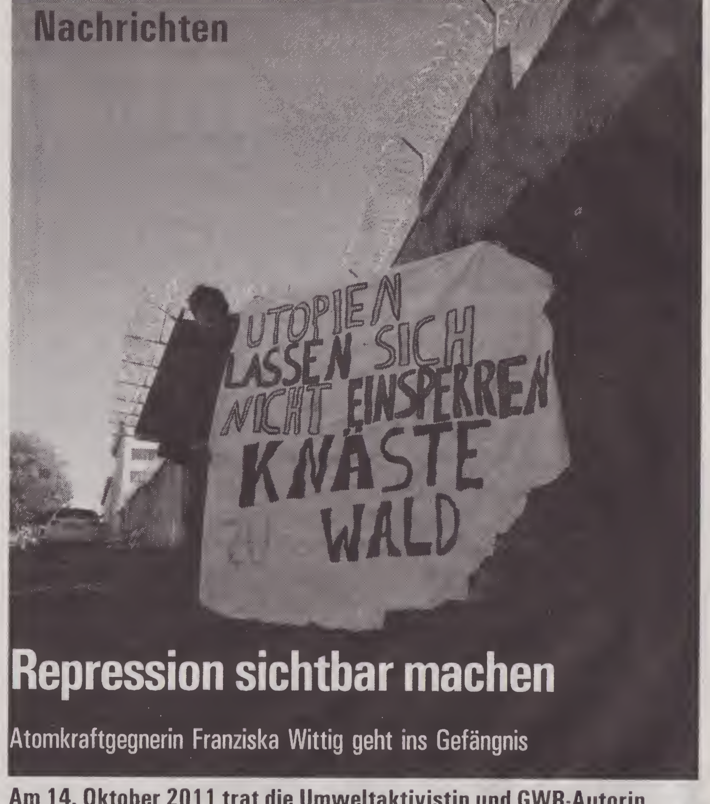
2 http://www.guardian.co.uk/uk/2011/oct/20/dale-farm-evictions-live . Vgl. außerdem den englischen Wikipedia-Artikel http://en.wikipedia.org/wiki/Dale_Farm

3 http://news.aol.co.uk/main-news/story/travellers-leave-dale-farm-site/1951677/

4 Westdeutsche Zeitung, 20.10.2011, S.4.



Nachrichten



Repression sichtbar machen

Atomkraftgegnerin Franziska Wittig geht ins Gefängnis

Am 14. Oktober 2011 trat die Umweltaktivistin und GWR-Autorin Franziska Wittig eine 2,5monatige Haft in der JVA Frankfurt III an.

Sie hatte sich im November 2008 gemeinsam mit anderen bei Berg in der Nähe der französischen Grenze an einem Betonblock unter den Gleisen angekettet und damit die Weiterfahrt des Castortransportes aus Frankreich ins Wendland um 12 Stunden verzögert (die GWR berichtete).

Franziska und zwei MitstreiterInnen wurden für ihr umweltpolitisches Engagement zu einer Geldstrafe in Höhe von 80 Tagessätzen verurteilt. Franziska weigert sich zu zahlen. Um Entschlossenheit zu zeigen, hat sie beschlossen, die Tagessätze abzusitzen.

Alle reden von Atomausstieg, Franziska will mit ihrer Haltung sichtbar machen, dass es nicht so ist - und dass der Staat Menschen für ihr gesellschaftliches Engagement bestraft. Gehorsam kann man nicht erzwingen!

„Ich bin nicht bereit, einem Staat, der eine Risikotechnologie wie die Atomkraft mit derart repressiven Mitteln durchsetzt und der nun angesichts von Fukushima auch noch eine Weiterlaufgarantie für die Atomkraftwerke bis 2022 beschlossen hat, auch noch Geld dafür zu zahlen", erklärte Franziska vor ihrem Haftantritt.

Angesichts des wachsenden Atommüllberges und der Gefahren

um eine illegale Besetzung handelte. Schon im März dieses Jahres hatte man 8 Millionen Pfund für diese Räumung bereit gestellt – ein Drittel des Jahreshaushalts der Gemeinde.[1]

Am 19. Oktober rückten die Polizeikräfte mit Aufstandsbekämpfungs-Ausrüstung an und begannen, DemonstrantInnen, die zur Unterstützung der Travellers das Gelände blockierten, unter Einsatz von „Tasern", also Elektroschock-Waffen, abzuräumen.

Nomaden und UnterstützerInnen (organisiert in der anarchistischen *Dale Farm Solidarity*) hatten sich an die zur Wagenburg umfunktionalisierte Siedlung festgekettet und ihre Arme einbetoniert, einige der Caravans wurden von ihren BesitzerInnen aus Verzweiflung und Protest in Brand gesteckt.

Am Morgen des 20. Oktober, dem zweiten Tag der Räumung, hatte die Polizei es noch nicht geschafft, das Eingangstor zu dem Gelände zu räumen, über dem ein hohes, von UnterstützerInnen besetztes Gerüst errichtet worden war.[2] Aber am Sympathisanten, die versucht hatten, die gerichtlich legitimierte Räumung zu verhindern, teilte die Polizei mit."

Meine Heimatzeitung bringt die Dale-Farm-Räumung und den gewaltfreien Widerstand unter der reflexartigen, blödsinnigen massenhafte Erfahrung auch unserer Zeit.

Die Traveller zeigen uns nicht nur, dass der moderne Kapitalismus von Anfang an so funktionierte, sondern auch, wie vielfältig die Reaktionen seiner Opfer sein konnten.

1 The Guardian, 25.3.2011, http://www.guardian.co.uk/society/2011/mar/25/dale-farm-travellers-eviction-basildon

2 http://www.guardian.co.uk/uk/2011/oct/20/dale-farm-evictions-live . Vgl. außerdem den englischen Wikipedia-Artikel http://en.wikipedia.org/wiki/Dale_Farm

3 http://news.aol.co.uk/main-news/story/travellers-leave-dale-farm-site/1951677/

4 Westdeutsche Zeitung, 20.10.2011, S.4.

"Wir werden nicht gehen". Protest-Gerüst an der Dale Farm, 27.8.2011

Foto: http://en.wikipedia.org/wiki/File:Dale_Farm_scaffolding_and_sign.jpg

Am 14. Oktober 2011 trat die Umweltaktivistin und GWR-Autorin Franziska Wittig eine 2,5monatige Haft in der JVA Frankfurt III an.

Sie hatte sich im November 2008 gemeinsam mit anderen bei Berg in der Nähe der französischen Grenze an einem Betonblock unter den Gleisen angekettet und damit die Weiterfahrt des Castortransportes aus Frankreich ins Wendland um 12 Stunden verzögert (die GWR berichtete).

Franziska und zwei MitstreiterInnen wurden für ihr umweltpolitisches Engagement zu einer Geldstrafe in Höhe von 80 Tagessätzen verurteilt. Franziska weigert sich zu zahlen. Um Entschlossenheit zu zeigen, hat sie beschlossen, die Tagessätze abzusitzen.

Alle reden von Atomausstieg, Franziska will mit ihrer Haltung sichtbar machen, dass es nicht so ist - und dass der Staat Menschen für ihr gesellschaftliches Engagement bestraft. Gehorsam kann man nicht erzwingen!

„Ich bin nicht bereit, einem Staat, der eine Risikotechnologie wie die Atomkraft mit derart repressiven Mitteln durchsetzt und der nun angesichts von Fukushima auch noch eine Weiterlaufgarantie für die Atomkraftwerke bis 2022 beschlossen hat, auch noch Geld dafür zu zahlen", erklärte Franziska vor ihrem Haftantritt.

Angesichts des wachsenden Atommüllberges und der Gefahren der Atomkraft betrachten viele Menschen das, was das Gericht als „Nötigung" ansah, als eine sinnvolle Handlung im Sinne der Allgemeinheit. Entsprechend gab es seitens der Zivilgesellschaft zu Franziskas Haftantritt zahlreiche Solidaritätsbotschaften. Am 14. Oktober 2011 wurde sie von einem bunten Anti-Atom-Demonstrationszug mit Jonglage und Seifenblasen zur JVA begleitet und dort verabschiedet. Sie soll kurz vor Weihnachten aus der Haft entlassen werden.


Franziska Wittig. Foto oben: Solidarische UnterstützerInnen begleiteten sie mit Jonglage und Transparenten zum Knast in Frankfurt/M., um sie dort zu verabschieden. Fotos: Pay

Mit ihrem Gefängnisaufenthalt will Franziska ein Zeichen setzen. Das bedeutet für sie keinerlei Passivität. Über ihre Haft und Gedanken wird sie regelmäßig berichten. FreundInnen laden ihre Briefe und aktuelle Nachrichten im Blog (http://knast.blogsport.de) hoch. Franziska hofft, dass ihre Erfahrung andere Menschen zum Handeln animieren wird.

Franziska: „Gerade jetzt ist es wichtig, weiterhin gegen Atomkraft aktiv zu sein. Dass ein Atomausstieg auch umkehrbar sein kann, hat 2010 der sog. ‚Ausstieg aus dem Ausstieg' gezeigt. Ohne Druck von unten findet keine politische Veränderung statt"

Sie freut sich über solidarische Post - und spannende Berichte zu kreativen Castor-Blockadeaktionen! Der nächste Castortransport nach Gorleben soll am 24. November starten. Stellt euch quer!

Todesstrafe gegen Mumia bald vom Tisch?

Am 11. Oktober lehnte das höchste Gericht der USA, der US Supreme Court, einen Antrag der Staatsanwaltschaft von Philadelphia auf Wiedereinsetzung der Todesstrafe gegen den Journalisten Mumia Abu-Jamal ab.

Abu-Jamal, ehemaliger Pressesprecher der Black Panther Party in Philadelphia wurde 1982 in einem politisch motivierten Verfahren voller Manipulation zum Tode verurteilt.

Er sitzt bereits 30 Jahre für den angeblichen Mord an einem weißen Polizisten, den er nicht begangen hat. Mit dieser Entreichen. Aber derzeit deutet vieles darauf hin, dass sie das nicht wagen werden.

In so einem Verfahren könnte der Angeklagte zwar nicht freigesprochen werden, weil es nur um eine Urteilsfindung zwischen Lebenslänglich oder Hinrichtung ginge.

Aber es müsste eine Jury gemia Abu-Jamal dann nur noch eine Frage der Zeit wäre.

Die bürgerliche Presse Philadelphias überschlug sich dann auch in Kommentaren, um die Weichen für lebenslange Inhaftierung Mumias zu stellen.

So wird überall die Polizistenwitwe Maureen Faulkner zitiert, die sich angeblich Sorgen um die Kosten eines solchen Verfahrens mache - nachdem sie beinahe 30 Jahre behauptet hatte, ohne eine Hinrichtung von Mumia keinen Seelenfrieden Sprecherin der Staatsanwaltschaft war zu vernehmen, dass ein weiteres Hinausziehen des Falles der Witwe nicht zuzumuten sei. Allerdings ging dieses Bild nicht völlig widerspruchslos durch die marktbeherrschenden Medien, denn es wurde häufig auf den rassistischen Charakter des ursprünglichen Verfahrens verwiesen.

Mumias Verteidigung vom NAACP Legal Defense Fund hob hervor, dass dies nun bereits das vierte Mal ist, dass ein fö-

stützerInnen besetztes Gerüst errichtet worden war.[2] Aber am

„Wir werden nicht gehen". Protest-Gerüst an der Dale Farm, 27.8.2011
Foto: http://en.wikipedia.org/wiki/File:Dale_Farm_scaffolding_and_sign.jpg

Todesstrafe gegen Mumia bald vom Tisch?

Am 11. Oktober lehnte das höchste Gericht der USA, der US Supreme Court, einen Antrag der Staatsanwaltschaft von Philadelphia auf Wiedereinsetzung der Todesstrafe gegen den Journalisten Mumia Abu-Jamal ab.

Abu-Jamal, ehemaliger Pressesprecher der Black Panther Party in Philadelphia wurde 1982 in einem politisch motivierten Verfahren voller Manipulation zum Tode verurteilt.
Er sitzt bereits 30 Jahre für den angeblichen Mord an einem weißen Polizisten, den er nicht begangen hat. Mit dieser Entscheidung bleibt dem Staat jedoch nur noch ein sehr schmaler Weg, den politischen Aktivisten umzubringen. Verteidigung und Unterstützer_innen fordern nach 30 Jahren Haft endlich die Freilassung des politischen Gefangenen.
Das Gericht folgte mit seiner Entscheidung der Ansicht des 3. Bundesberufungsgerichtes, das bereits zweimal zuvor (1) festgestellt hatte, dass Abu-Jamals Jury fehlerhaft vom Gericht belehrt worden war, als sie die Todesstrafe gegen ihn aussprach.
Zwar besteht durchaus noch die Möglichkeit einer Hinrichtung. Allerdings müsste sich die Staatsanwaltschaft dazu trauen, eine neue Verhandlung gegen Mumia mit seiner Verteidigung unter öffentlicher Prozessbeobachtung vor einer Jury zu beantragen.
Rechtlich haben sie ein halbes Jahr Zeit, diesen Antrag einzureichen. Aber derzeit deutet vieles darauf hin, dass sie das nicht wagen werden.
In so einem Verfahren könnte der Angeklagte zwar nicht freigesprochen werden, weil es nur um eine Urteilsfindung zwischen Lebenslänglich oder Hinrichtung ginge.
Aber es müsste eine Jury gewählt werden, und Mumia hätte die Möglichkeit, ZeugInnen aufzurufen, Beweisanträge zu stellen und viele der seit Jahrzehnten unterdrückten Fakten zu präsentieren.
Kommentator_innen sind sich darin einig, dass am Ende eines solchen Verfahrens höchstwahrscheinlich fest stünde, dass er nicht nur nicht hingerichtet werden darf, sondern auch, dass er den ihm vorgeworfenen Mord nicht begangen hat.
Formal würde er dafür Lebenslänglich ohne Möglichkeit der Entlassung erhalten. Auch der Staatsanwaltschaft ist vermutlich klar, dass eine Freilassung von Mumia Abu-Jamal dann nur noch eine Frage der Zeit wäre.
Die bürgerliche Presse Philadelphias überschlug sich dann auch in Kommentaren, um die Weichen für lebenslange Inhaftierung Mumias zu stellen.
So wird überall die Polizistenwitwe Maureen Faulkner zitiert, die sich angeblich Sorgen um die Kosten eines solchen Verfahrens mache - nachdem sie beinahe 30 Jahre behauptet hatte, ohne eine Hinrichtung von Mumia keinen Seelenfrieden finden zu können. Von einer Sprecherin der Staatsanwaltschaft war zu vernehmen, dass ein weiteres Hinausziehen des Falles der Witwe nicht zuzumuten sei. Allerdings ging dieses Bild nicht völlig widerspruchslos durch die marktbeherrschenden Medien, denn es wurde häufig auf den rassistischen Charakter des ursprünglichen Verfahrens verwiesen.
Mumias Verteidigung vom NAACP Legal Defense Fund hob hervor, dass dies nun bereits das vierte Mal ist, dass ein föderales Gericht feststellt, dass Abu-Jamals verurteilende Jury damals falsch über die Rechtslage informiert wurde.
Auf der juristischen Ebene bemüht sich die Verteidigung derzeit aber nicht nur um die Verhinderung der Hinrichtung, sondern auch um die Eröffnung eines komplett neuen Verfahrens, um den Schuldspruch zu kippen und letztendlich die Freilassung von Mumia zu erreichen.
Ein aktueller Spendenaufruf soll ihr dabei helfen, spezialisierte Rechtsexpert_innen und Gutachten bezahlen zu können.

Mumia-Hörbuchgruppe, 19.10.2011

Weitere Infos: http://freiheit-fuer-mumia.de/spenden.htm



und dort verabschiedet. Sie soll kurz vor Weihnachten aus der Haft entlassen werden.
Mit ihrem Gefängnisaufenthalt will Franziska ein Zeichen setzen. Das bedeutet für sie keinerlei Passivität. Über ihre Haft und Gedanken wird sie regelmäßig berichten. FreundInnen laden ihre Briefe und aktuelle Nachrichten im Blog (http://knast.blogsport.de) hoch. Franziska hofft, dass ihre Erfahrung andere Menschen zum Handeln animieren wird.
Franziska: „Gerade jetzt ist es wichtig, weiterhin gegen Atomkraft aktiv zu sein. Dass ein Atomausstieg auch umkehrbar sein kann, hat 2010 der sog. ‚Ausstieg aus dem Ausstieg' gezeigt. Ohne Druck von unten findet keine politische Veränderung statt"
Sie freut sich über solidarische Post - und spannende Berichte zu kreativen Castor-Blockadeaktionen! Der nächste Castortransport nach Gorleben soll am 24. November starten. Stellt euch quer!

Franziska Wittig. Foto oben: Solidarische UnterstützerInnen begleiteten sie mit Jonglage und Transparenten zum Knast in Frankfurt/M., um sie dort zu verabschieden. Fotos: Pay

Eichhörnchen

Newsletter und weitere Infos: http://knast.blogsport.de/
Briefe kann man schreiben an: Franziska Wittig, JVA Frankfurt III, Obere Kreuzäckerstr. 4, 60435 Frankfurt. Konto für Spenden: Konto „Förderverein Spenden und Aktionen", Betreff „Gleisblockade Haft", Kontonr. 92881806, Volksbank Mittelhessen, BLZ 51390000

Störfall am ältestem AKW Pakistans

An Pakistans ältestem Atomkraftwerk ist es zu einem Störfall gekommen. Ein Vertreter der Anlage nahe der wirtschaftlich bedeutenden Stadt Karachi sagte am 20. Oktober 2011, am Vortag sei wegen ausgetretenen Schwerwassers an dem AKW für die Anlage der Notstand ausgerufen worden. Nach einigen Stunden habe das Personal die Situation aber unter Kontrolle bringen können. Das Wasser sei durch ein Leck ausgetreten, es sei aber keine Radioaktivität gemessen worden, sagte der Vertreter. Die Angestellten der Anlage seien nicht gefährdet.
Das AKW in Karachi ist seit 1972 in Betrieb. Wegen routinemäßiger Wartungsarbeiten war es aber seit Anfang Oktober geschlossen. „Die Atommacht Pakistan hat Probleme, den Energiebedarf ihrer 167 Millionen EinwohnerInnen zu stillen, und will daher die Nutzung der Atomenergie ausbauen. Diese Bestrebungen werden von den USA, aber auch von Pakistans Erzfeind Indien mit Skepsis betrachtet. Die Länder befürchten, dass Nuklearmaterial in die Hände der radikalislamischen Taliban gelangen könnte", so AFP.

Geburt einer neuen Anti-AKW-Bewegung in Großbritannien

Erfolgreiche Blockade des Atomkraftwerks Hinkley Point am 3. Oktober 2011

Blockade des AKW Hinkley Point am 3.10.2011
Foto: Stop New Nuclear

Am 19. Juli 2011 wurden die sechs „National Policy Statement for Energy" [1] – darunter vor allem das umstrittene zu Atomkraft – von Energie- und Klimaminister Chris Huhne (LibDem) verabschiedet. Dies war ein entscheidender Schritt in Richtung des Neubaus von bis zu acht Atomkraftwerken in Großbritannien. Doch wer dachte, es gäbe dagegen keinen Widerstand, hat sich getäuscht. Am 3. Oktober blockierten bis zu 400 Menschen das Atomkraftwerk Hinkley Point in Somerset. Dort will EDF zwei EPR-Reaktoren bauen. Andreas Speck, Mitorganisator der Blockade, berichtet. (GWR-Red.)

Noch vor einem Jahr klang es

Im Juli erhielt EDF vom Somer-

oder anderen direkten gewaltfreien Aktionen teilgenommen hatten.

Camp und Demonstration

Teil des Aktionskonzeptes von Stop New Nuclear war ein Aktionscamp am Wochenende vor der Blockade, in dem weitere Trainings stattfanden, und

improvisierte Version von Pink Floyd's The Wall mit dem neuen Titel „We don't need no radiation", die ursprünglich von schwedischen AktivistInnen bei der Blockade der Baustelle des finnischen AKWs Olkiluoto im August gesungen wurde, und anderes.

Schließlich wurde im SprecherInnenrat beschlossen, die


Blockade des AKW Hinkley Point am 3.10.2011
Foto: Stop New Nuclear

Am 19. Juli 2011 wurden die sechs „National Policy Statement for Energy" [1] – darunter vor allem das umstrittene zu Atomkraft – von Energie- und Klimaminister Chris Huhne (LibDem) verabschiedet. Dies war ein entscheidender Schritt in Richtung des Neubaus von bis zu acht Atomkraftwerken in Großbritannien. Doch wer dachte, es gäbe dagegen keinen Widerstand, hat sich getäuscht. Am 3. Oktober blockierten bis zu 400 Menschen das Atomkraftwerk Hinkley Point in Somerset. Dort will EDF zwei EPR-Reaktoren bauen. Andreas Speck, Mitorganisator der Blockade, berichtet. (GWR-Red.)

Noch vor einem Jahr klang es utopisch, als ich die Idee vorstellte, eine Blockade des Atomkraftwerkes Hinkley Point mit mehreren Hundert Menschen zu organisieren. Im September 2010 beteiligten sich vielleicht etwa 60 Menschen an einer Demonstration vor dem AKW, und am 4. Oktober 2010 blockierten wir zu siebt für etwa vier Stunden die Zufahrt zum AKW.
Und da sollte es möglich sein, Hunderte für eine gewaltfreie Blockade zu gewinnen?

Hinkley Point

Hinkley Point, am südlichen Ufer der Severn-Mündung in Somerset gelegen, ist bereits Standort zweier Atomkraftwerke. Hinkley Point A, zwei Magnox-Reaktoren aus dem Jahr 1965 mit jeweils 250MW Leistung, wurde im Jahr 2000 endgültig abgeschaltet.
Hinkley B, zwei AGR-Reaktoren mit jeweils 625MW Leistung ging 1976 in Betrieb, und soll voraussichtlich 2016 abge-

Im Juli erhielt EDF vom Somerset County eine Baugenehmigung für die vorbereitenden Arbeiten für das AKW – es fehlen dafür derzeit allerdings noch einige finanzielle Vereinbarungen zwischen dem County und EDF.
Damit kann EDF den Baugrund für die zwei Reaktoren vorbereiten – im Wesentlichen soll ein riesiges Plateau geschaffen werden, auf dem die zwei EPR-Reaktoren errichtet werden sollen. Ein Antrag bei der Infrastructure Planning Commission für die Reaktoren selbst wird in den nächsten Tagen erwartet. Widerstand ist also dringend notwendig in Hinkley Point.

Die Stop New Nuclear Allianz

Ende Mai 2011 wurde daher von verschiedenen lokalen und nationalen Organisationen die Stop New Nuclear Allianz gegründet [2], zunächst mit dem Ziel, eine große gewaltfreie Blockade des Atomkraftwerkes Hinkley Point zu organisieren.

oder anderen direkten gewaltfreien Aktionen teilgenommen hatten.

Camp und Demonstration

Teil des Aktionskonzeptes von Stop New Nuclear war ein Aktionscamp am Wochenende vor der Blockade, in dem weitere Trainings stattfanden, und wo es auch erste Treffen des SprecherInnenrates gab.
Mit dem Camp wurde das Ziel verfolgt, auch Menschen von weiter entfernt eine Teilnahme an der Blockade zu ermöglichen. Das Camp war jedoch auch ein Ort, um neue AktivistInnen zu treffen, und sich gemeinsam auf die Aktion vorzubereiten.
In Großbritannien hat es in den letzten Jahren wenig größere gewaltfreie Aktionen gegeben, die über einen SprecherInnenrat koordiniert wurden.
In der Regel agieren hierzulande die einzelnen Bezugsgruppen vollständig autonom, mit wenig Koordination während der Aktion. Es ging also auch darum, hier eine neue Aktionskultur für eine neue Bewegung einzuüben, mit Blick auf die Zukunft der Bewegung.
Am 1. Oktober gab es eine kleine Demonstration in Bridgwater, an der sich etwa 150-200 Personen beteiligten. Damit war diese kleine Demo dennoch die

improvisierte Version von Pink Floyd's The Wall mit dem neuen Titel „We don't need no radiation", die ursprünglich von schwedischen AktivistInnen bei der Blockade der Baustelle des finnischen AKWs Olkiluoto im August gesungen wurde, und anderes.
Schließlich wurde im SprecherInnenrat beschlossen, die Aktion gegen 16.00 Uhr mit einem Kreis zu beenden.
Nach neun Stunden endete damit diese erste große Blockade.

Ausblick

Durch die Mobilisierung für die Blockade wurde Bewegung erzeugt. Erfreulich ist, dass sich an der Blockade viele neue Leute beteiligt haben, und das Feedback zu Camp und Blockade ist sehr positiv.
Ein Teilnehmer rief uns bei Verlassen des Camps zu, dass dies für ihn das beste Wochenende des Jahres gewesen sei.
Wir können also darauf hoffen, dass viele der Teilnehmenden des Camps und der Blockade sich auch an weiteren Aktionen beteiligen werden – und vielleicht noch mehr Menschen mitbringen werden.
Derzeit wird für ein Wochenende im November ein offenes Treffen der Stop New Nuclear Allianz in Bristol vorbereitet, an dem über die nächsten Schritte

wir zu siebt für etwa vier Stunden die Zufahrt zum AKW.
Und da sollte es möglich sein, Hunderte für eine gewaltfreie Blockade zu gewinnen?

Hinkley Point

Hinkley Point, am südlichen Ufer der Severn-Mündung in Somerset gelegen, ist bereits Standort zweier Atomkraftwerke. Hinkley Point A, zwei Magnox-Reaktoren aus dem Jahr 1965 mit jeweils 250MW Leistung, wurde im Jahr 2000 endgültig abgeschaltet.
Hinkley B, zwei AGR-Reaktoren mit jeweils 625MW Leistung ging 1976 in Betrieb, und soll voraussichtlich 2016 abgeschaltet werden – sofern EDF nicht eine Laufzeitverlängerung beantragt und genehmigt bekommt. Bereits Ende der 80er Jahre gab es Pläne für einen weiteren Reaktor in Hinkley Point. Obwohl dieser eine Baugenehmigung erhielt, kam es jedoch nie dazu. Die Privatisierung der Energiewirtschaft in Großbritannien bedeutete für neue AKWs das vorläufige Aus.
Unter Blair wurden die Pläne für den Neubau von AKWs jedoch wiederbelebt, und Hinkley Point ist heute einer von acht Standorten, an denen neue Reaktoren gebaut werden sollen. Die anderen Standorte sind: Sizewell (EDF), Heysham (EDF), Hartlepool (EDF), Bradwell (EDF), Wylfa (RWE & Eon), Oldbury (RWE & Eon), und Sellafield (Iberdrola & GdF Suez). An allen Standorten befinden sich bereits AKWs, wodurch der Widerstand erschwert wird. Von den acht Standorten wird Hinkley Point voraussichtlich der erste sein.

teilen – im Wesentlichen soll ein riesiges Plateau geschaffen werden, auf dem die zwei EPR-Reaktoren errichtet werden sollen. Ein Antrag bei der Infrastructure Planning Commission für die Reaktoren selbst wird in den nächsten Tagen erwartet. Widerstand ist also dringend notwendig in Hinkley Point.

Die Stop New Nuclear Allianz

Ende Mai 2011 wurde daher von verschiedenen lokalen und nationalen Organisationen die Stop New Nuclear Allianz gegründet [2], zunächst mit dem Ziel, eine große gewaltfreie Blockade des Atomkraftwerkes Hinkley Point zu organisieren. Strategisches Ziel war jedoch von Anfang an, durch die Kampagne für die Blockade eine kritische Masse für eine neue und kraftvolle Anti-AKW-Bewegung zu schaffen, denn es war von Anfang an klar, dass durch eine Blockade „nuclear new build" in Großbritannien nicht verhindert werden kann.
Die Mobilisierung für die Blockade beruhte auf Selbstverpflichtungserklärungen, sich an der Blockade zu beteiligen, sowie Solidaritätserklärungen und Erklärungen von Organisationen. Ziel waren mehr als 100 Selbstverpflichtungen, doch am Ende waren es mehr als 120. Im Vorfeld der Blockade wurden ebenfalls Trainings organisiert, und es gab am Ende Trainings in Bridgwater (15 km von Hinkley), Glastonbury und Compton Dundon (ca. 30 km von Hinkley), Bristol, Exeter, Swansea, Leeds, und London. Dabei war es erfreulich, dass sehr viele Menschen an den Trainings teilnahmen, die bisher noch nicht an Blockaden

meinsam auf die Aktion vorzubereiten.
In Großbritannien hat es in den letzten Jahren wenig größere gewaltfreie Aktionen gegeben, die über einen SprecherInnenrat koordiniert wurden.
In der Regel agieren hierzulande die einzelnen Bezugsgruppen vollständig autonom, mit wenig Koordination während der Aktion. Es ging also auch darum, hier eine neue Aktionskultur für eine neue Bewegung einzuüben, mit Blick auf die Zukunft der Bewegung.
Am 1. Oktober gab es eine kleine Demonstration in Bridgwater, an der sich etwa 150-200 Personen beteiligten. Damit war diese kleine Demo dennoch die größte in Bridgwater seit vielen Jahren.

Die Blockade

Früh am Morgen – um 7.00 Uhr – begann die Blockade des Tores des AKWs. Aus Gesprächen mit der Polizei im Vorfeld war bereits klar geworden, dass es wahrscheinlich war, dass eine solche Blockade an diesem Tag toleriert werden würde, und so war es nicht notwendig, sich mühselige Fußwege zum Tor des AKWs zu suchen.
Die Blockade begann mit etwa 100 Personen, wuchs aber im Laufe des Vormittages auf mehr als 250 Personen an. Insgesamt beteiligten sich etwa 400 Menschen im Laufe des Tages an der Aktion.
Die Stimmung war ausgelassen, wozu auch das gute Wetter beitrug. Die politische Folk-Band Seize the Day unterhielt die BlockiererInnen, und es gab auch noch andere musikalische Einlagen – ein Chor aus der Gegend von Wylfa in Wales, eine

zeugt. Erfreulich ist, dass sich an der Blockade viele neue Leute beteiligt haben, und das Feedback zu Camp und Blockade ist sehr positiv.
Ein Teilnehmer rief uns bei Verlassen des Camps zu, dass dies für ihn das beste Wochenende des Jahres gewesen sei.
Wir können also darauf hoffen, dass viele der Teilnehmenden des Camps und der Blockade sich auch an weiteren Aktionen beteiligen werden – und vielleicht noch mehr Menschen mitbringen werden.
Derzeit wird für ein Wochenende im November ein offenes Treffen der Stop New Nuclear Allianz in Bristol vorbereitet, an dem über die nächsten Schritte beraten werden soll.
Klar ist, dass es weiter gehen wird – und vielleicht gibt es in einigen Monaten eine Blockade nicht nur mit 400, sondern mit 1000 oder mehr Menschen?
Auch wenn die britische Regierung und EDF den Eindruck verbreiten, dass „new nuclear" in Großbritannien schon entschieden ist, und es zu spät ist, dies zu verhindern, so haben sie doch ihre Rechnung ohne uns gemacht. Die Blockade am 3. Oktober war nur ein erster Schritt. Es gibt nun auch in Großbritannien eine Anti-AKW-Bewegung.

Andreas Speck

Kontakt: Stop New Nuclear, c/o 5 Caledonian Road, London N1 9DX, E-Mail: campaign@stopnewnuclear.org.uk http://stopnewnuclear.org.uk
Spenden über Paypal unter http://stopnewnuclear.org.uk/donate

Anmerkungen:
[1] Die „National Policy Statements" finden sich unter www.decc.gov.uk/en/content/cms/meeting_energy/consents_planning/nps_en_infra/nps_en_infra.aspx
[2] Infos zur Stop New Nuclear Allianz finden sich unter http://stopnewnuclear.org.uk

Repression gegen AtomgegnerInnen in Österreich

Während antifaschistische Anti-Atomkraft-AktivistInnen eingeschüchtert werden, verweigern Oberösterreichs Grüne eine Distanzierung vom ökofaschistischen „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL)

In Oberösterreich weigern sich AtomkraftgegnerInnen mit Rechtsextremen zusammen zu arbeiten. Die Gruppe *Antiatom-Szene* hat dokumentiert, dass die Organisation *atomstopp_atomkraftfrei leben* (zuvor *Oberösterreichische Plattform gegen Atomgefahren*) mit dem ökofaschistischen *Weltbund zum Schutz des Leben - WSL* verflochten ist und mit der FPÖ kooperierte. Eine Funktionärin der Plattform ermöglichte Jörg Haider einen Auftritt bei einer Grenzblockade gegen das tschechische AKW Temelin. Weil die Initiative *Antiatom-Szene* mit rechtsextremen Atomgegnern nicht zusammenarbeiten will, droht der grüne Landesrat mit dem Entzug von Fördergeldern.



Foto: AntiatomSzene

Die österreichische Anti-AKW-Bewegung formierte sich im Widerstand gegen das AKW Zwentendorf, dessen Inbetriebnahme 1978 durch einen Volksentscheid verhindert wurde.
Heute richtet sich das Engagement österreichischer AtomkraftgegnerInnen überwiegend gegen AKWs in Tschechien, der Slowakei und in Deutschland. In Oberösterreich wird der Antiatom-Widerstand finanziell durch die Landesregierung in Form einer „Anti-Atom-Offensive“ mittels Projektförderungen unterstützt.

Die Vorgeschichte

Ausgangspunkt für den Konflikt unseres Vereins „Antiatom Szene“ mit der OÖ Landesregierung und mit dem für die Anti-atom-Politik in Oberösterreich zuständigen Landesrat Anschober (Grüne) war unsere

lamentarischen Temelin-Kommission“ trat Egger im September 2007 als Fraktionsexperte für die FPÖ in Erscheinung. Nominiert wurde er dafür vom Freiheitlichen Parlamentsclub. Auch seine Vorgängerin als Obfrau bei der „Plattform gegen Atomgefahr“ hatte offensichtlich keine Berührungsängste mit der FPÖ.
Mathilde Halla, Jahrgang 1944, ist seit 1974 in der Anti-Atombewegung tätig. Sie gründete 1986 die „Mütter gegen Atomgefahr“ und war von 1988 Obfrau der „Plattform gegen Atomgefahr“. Halla ist „Konsulentin des Landes Oberösterreich für Umweltschutz“. Im Februar 2005 gab Halla den Vereinsvorsitz der „Plattform gegen Atomgefahr“ an Egger ab. Zugleich war sie nach Auskunft der Vereinspolizei Salzburg seit mindestens 1997 bis 2004 Vizepräsidentin der WSL-Sektion Österreich. Laut Halla arbeitete die

tuellen Analyse des Journalisten Peter Bierl prägte Schwab den WSL mit seinen rassistischen Vorstellungen von Umweltschutz.
Die deutsche Sektion des WSL

zeitig sind jedoch alle im Landtag vertretenen Parteien in der Regierung präsent. Das heißt, es gibt in Oberösterreich keine parlamentarische Opposition und ein grüner Landesrat exe-

für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (!) ermittelt, sind massiv: Neben der illegalen Weitergabe von Tonbändern wird mir auch §105 und §106, also Nötigung und

dem WSL-nahen Verein „atomstopp“ teilzunehmen.
Würden wir uns weigern, an dieser Mediation teilzunehmen oder scheitert diese, erhalten wir keine weitere Förderung,

wurde.
Heute richtet sich das Engagement österreichischer AtomkraftgegnerInnen überwiegend gegen AKWs in Tschechien, der Slowakei und in Deutschland. In Oberösterreich wird der Antiatom-Widerstand finanziell durch die Landesregierung in Form einer „Anti-Atom-Offensive" mittels Projektförderungen unterstützt.

Die Vorgeschichte

Ausgangspunkt für den Konflikt unseres Vereins „Antiatom Szene" mit der OÖ Landesregierung und mit dem für die Antiatom-Politik in Oberösterreich zuständigen Landesrat Anschober (Grüne) war unsere Distanzierung von Rechtsextremismus und unsere Weigerung mit Gruppen und Personen, welche mit dem ökofaschistischen WSL verflochten sind, zusammenzuarbeiten.
Dies wurde vom oberösterreichischen grünen Landesrat Anschober nicht nur nicht akzeptiert, sondern sahen wir uns in Folge der Distanzierung, welche wir im Zuge einer Empfehlung des Landesrechnungshofes zur Zusammenarbeit aller Gruppen zum Landesrechnungshof-Bericht verfassten, mit massiven Druck seitens des Büros Landesrat Anschober konfrontiert.
Dabei wurde von uns das Zurückziehen der Rechtsextremismus-Distanzierung verlangt und ansonsten die Einstellung der Fördermittel aus der „Antiatom-Offensive des Landes Oberösterreich" angedroht. Etliche Einschüchterungsversuche wurden unternommen, deren Ziel es war die Distanzierung von Rechtsextremismus in der „Antiatom-Offensive" zu verhindern.
Dazu muss man wissen, dass der Verein „atomstopp" im Ok-

Auch seine Vorgängerin als Obfrau bei der „Plattform gegen Atomgefahr" hatte offensichtlich keine Berührungsängste mit der FPÖ.
Mathilde Halla, Jahrgang 1944, ist seit 1974 in der Anti-Atombewegung tätig. Sie gründete 1986 die „Mütter gegen Atomgefahr" und war von 1988 Obfrau der „Plattform gegen Atomgefahr". Halla ist „Konsulentin des Landes Oberösterreich für Umweltschutz". Im Februar 2005 gab Halla den Vereinsvorsitz der „Plattform gegen Atomgefahr" an Egger ab. Zugleich war sie nach Auskunft der Vereinspolizei Salzburg seit mindestens 1997 bis 2004 Vizepräsidentin der WSL-Sektion Österreich. Laut Halla arbeitete die „Plattform gegen Atomgefahr" für den WSL.
Eine Schlüsselfigur ist der Präsident des WSL-Ö, zum Zeitpunkt der Kontakte zur FPÖ ebenfalls aktiv bei der „Plattform gegen Atomgefahr".
Witzany, Jahrgang 1940, amtiert bis heute als Präsident des WSL – Sektion Österreich.
Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) verortet den WSL bis Mitte der 1980er Jahre „im engeren Vorfeld des Rechtsextremismus", auch aufgrund einer Analyse der Positionen von führenden Aktivisten wie Witzany. Das DÖW schreibt: „DI Friedrich Witzany, laut Eigenbekundung seit 1972/73 Mitglied des WSL-Ö und 1976 dort in den Vorstand gewählt, publizierte in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wiederholt in der im engsten Umfeld des neonazistischen (1998 behördlich aufgelösten) Vereines Dichterstein Offenhausen (VDO) und der rechtsextremen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) angesiedelten Zeitschrift „zur freimütigen Erörterung von Lebens-

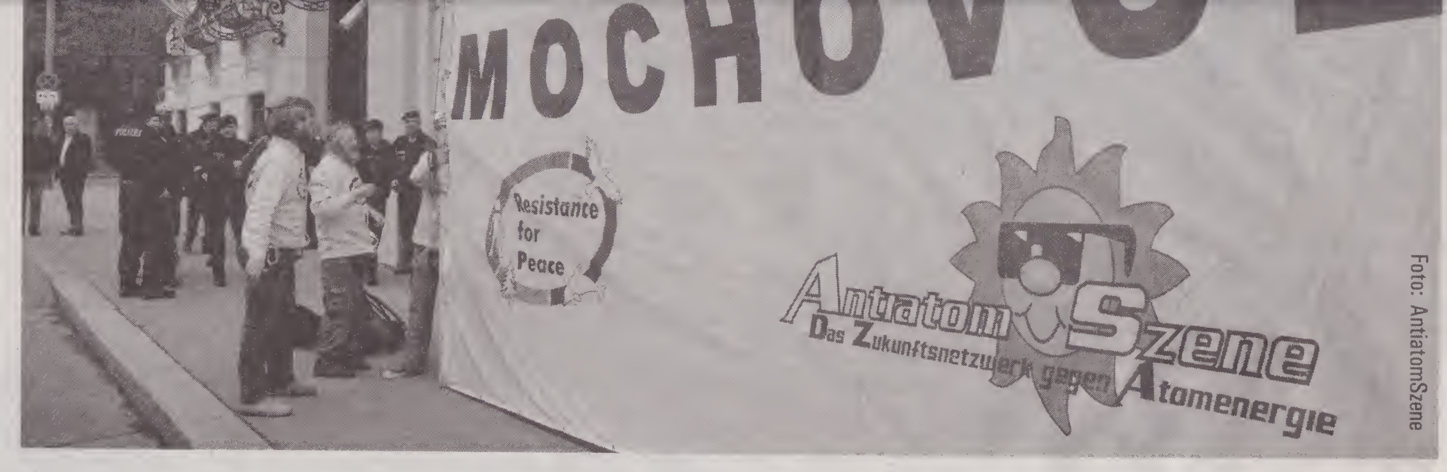


Foto: AntiatomSzene

tuellen Analyse des Journalisten Peter Bierl prägte Schwab den WSL mit seinen rassistischen Vorstellungen von Umweltschutz.
Die deutsche Sektion des WSL stand unter Führung des rechtsextremen Publizisten, „Volkskundlers" und ehemaligen NSDAP-Funktionärs Werner Georg Haverbeck, war erfolgreich in der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung aktiv und wurde dafür von österreichischen Gesinnungsfreunden bewundert. Die deutsche WSL-Sektion löste sich im Jahr 2000 selbst auf, ihre Schulungsstätte „Collegium Humanum" in Vlotho wurde 2008 vom Bundesinnenministerium wegen Volksverhetzung und Verherrlichung des NS verboten.

Grüne und WSL

Der „WSL" in Deutschland ist Geschichte, die „WSL-Sektion-Österreich" ist dagegen weiter aktiv mit Unterstützung der Grünen, die sich vom „WSL-Österreich" und dessen Gründer nicht distanzieren wollen. Der amtierende Präsident des WSL-Österreich, Friedrich Witzany, ist Mitbegründer der Grünen St. Florian und war für die Grünen zumindest bis vor wenigen Monaten im Gemeinderat St. Florian aktiv. Landesum-

zeitig sind jedoch alle im Landtag vertretenen Parteien in der Regierung präsent. Das heißt, es gibt in Oberösterreich keine parlamentarische Opposition und ein grüner Landesrat exekutiert gegenüber einer antifaschistischen Anti-AKW-Gruppe die Vorgabe einer Allparteienregierung, der die FPÖ angehört, mit Organisationen zusammen zu arbeiten, die ihrerseits nach rechtsaußen offen sind.
Es ist nicht das erste Mal, dass der grüne Landesrat, dem Ambitionen auf den Vorsitz der Bundespartei nachgesagt werden, gegen antifaschistische KritikerInnen vorgeht.
Radko Pavlovec, der zwölf Jahre als Antiatom-Beauftragter des Landes Oberösterreich tätig war, wurde „entsorgt", als er den Umgang mit dem „WSL" und mit ihm kooperierenden Gruppen kritisierte. Die bis dahin weisungsfreie Stelle hat Landesrat Anschober mit einem neuen jetzt weisungsgebundenen Antiatom-Beauftragten besetzt.
Ein weiterer Streitpunkt ist unsere Kritik an der Demontage der Antiatom-Politik durch Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von der konservativen ÖVP, der heute Aufsichtsrat des Atomkonzerns RWE ist, und Alfred Gusenbauer (SPÖ). Offensichtlich ist der Einfluss

für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (!) ermittelt, sind massiv: Neben der illegalen Weitergabe von Tonbändern wird mir auch §105 und §106, also Nötigung und schwere Nötigung, sowie §251, Nötigung von Mitgliedern der Regierung vorgeworfen.
Grundlage für die Ermittlungen ist eine Aussage von Anschobers Büroleiterin, die wir zuvor angezeigt hatten. Die Vorwürfe sind unwahr und in die Kategorie „Racheakt" einzuordnen. Das Vorgehen gegen uns lässt unweigerlich Erinnerungen an den Beginn des skandalösen Tierschützerprozesses (siehe S. 16) aufkommen, wo man das Problem mittels Politjustiz lösen wollte. Vor allem aber wirft es ein deutliches Bild auf das mangelnde Demokratieverständnis der österreichischen Grünen und illustriert, zu welchen Methoden sie unter Kritik greifen.
Eines förderte die Anzeige gegen mich aber bereits zu Tage: Die Akteneinsicht belegt, dass dem DÖW offensichtlich für die von Landesrat Anschober nach Kritik unsererseits in Auftrag gegebene Analyse des WSL, nur „ausgewählte" Schriftstücke aus der Sammlung des WSL-Präsidenten im oberösterreichischen Landesarchiv zur Verfügung gestellt

dem WSL-nahen Verein „atomstopp" teilzunehmen.
Würden wir uns weigern, an dieser Mediation teilzunehmen oder scheitert diese, erhalten wir keine weitere Förderung, sondern müssten eventuell sogar bereits erhaltene Mittel in Höhe von bis zu 73.000 Euro zurückzahlen. Damit wird die Vorgabe des Mediationsgesetzes, welches „Freiwilligkeit" vorschreibt, ausgehebelt.
Die Mediation wird dazu verwendet, jede weitere Kritik am WSL und seinen Helfern aus den Reihen der Grünen zu unterbinden. So haben uns Mediatoren bei einer Sitzung bereits eine Mediationsvereinbarung vorgelegt, die eine umfassende Schweigeklausel enthält. Die gewünschte Unterschrift leisteten wir nicht.
Anstatt sich vom WSL und den mit ihm verflochtenen Gruppen und Personen zu distanzieren, halten Oberösterreichs Grüne an einer Organisation fest, die laut den Gutachten des DÖW und Bierls, zentrale Vorstellungen des Rassismus und Faschismus vertritt. Die Bundesleitung der österreichischen Grünen ist über die Vorgänge informiert und hat bisher nicht darauf reagiert.
Wir halten eine klare Trennung von ökofaschistischen Gedankengut und Aktivitäten sowie

tiert, sondern sahen wir uns in Folge der Distanzierung, welche wir im Zuge einer Empfehlung des Landesrechnungshofes zur Zusammenarbeit aller Gruppen zum Landesrechnungshof-Bericht verfassten, mit massiven Druck seitens des Büros Landesrat Anschober konfrontiert.
Dabei wurde von uns das Zurückziehen der Rechtsextremismus-Distanzierung verlangt und ansonsten die Einstellung der Fördermittel aus der „Antiatom-Offensive des Landes Oberösterreich" angedroht. Etliche Einschüchterungsversuche wurden unternommen, deren Ziel es war die Distanzierung von Rechtsextremismus in der „Antiatom-Offensive" zu verhindern.
Dazu muss man wissen, dass der Verein „atomstopp" im Oktober 2005 aus der „OÖ Überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr" hervorging, die ihrerseits eine Gründung von führenden WSL-Funktionären sein dürfte.
Bis Anfang 2008 waren die Büroadressen des Vereins „atomstopp" und des WSL identisch, beide hatten ihren Sitz in der Landstraße 31/II/223 in 4020 Linz, teilten sich also über mehrere Jahre ein Büro, wie es zuvor auch die Vorläuferorganisation „Plattform gegen Atomgefahr", getan hatte. Der heutige Obmann von „atomstopp", Roland Egger, wurde im September 2002 bei der „Plattform gegen Atomgefahr" als Assistent des Vorstandes angestellt. Egger, Jahrgang 1968, studierte Biologie in Innsbruck und Ökologische Umweltsicherung in Kassel und ist seit Februar 2005 Obmann von „atomstopp".
Im Rahmen der „Bilateralen Par-

WSL – Sektion Österreich.
Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) verortet den WSL bis Mitte der 1980er Jahre „im engeren Vorfeld des Rechtsextremismus", auch aufgrund einer Analyse der Positionen von führenden Aktivisten wie Witzany. Das DÖW schreibt: „DI Friedrich Witzany, laut Eigenbekundung seit 1972/73 Mitglied des WSL-Ö und 1976 dort in den Vorstand gewählt, publizierte in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren wiederholt in der im engsten Umfeld des neonazistischen (1998 behördlich aufgelösten) Vereines Dichterstein Offenhausen (VDO) und der rechtsextremen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) angesiedelten Zeitschrift „zur freimütigen Erörterung von Lebensproblemen der Menschheit, Fanale der Zeit…"
Weder Witzany, noch der WSL-Ö haben sich jemals öffentlich von Günther Schwab, dem Gründer und Vordenker des Verbandes, und seiner (lt. Analyse von Peter Bierl) „rassistischen Ideologie, die die Basis des WSL darstellte", distanziert. Ganz im Gegenteil.

WSL

Der „Weltbund zum Schutze des Lebens" wurde 1958 in Salzburg von dem Förster Günther Schwab gegründet, der den Verband entscheidend ideologisch prägte. Günther Schwab trat im Oktober 1930 in Wien der NSDAP und der SA bei und hatte den Rang des Sturmführers.
Er publizierte im Eher-Verlag, dem Zentralverlag der NSDAP, in dem u.a. auch Hitlers „Mein Kampf" erschien. Laut einer akbewundert. Die deutsche WSL-Sektion löste sich im Jahr 2000 selbst auf, ihre Schulungsstätte „Collegium Humanum" in Vlotho wurde 2008 vom Bundesinnenministerium wegen Volksverhetzung und Verherrlichung des NS verboten.

Grüne und WSL

Der „WSL" in Deutschland ist Geschichte, die „WSL-Sektion-Österreich" ist dagegen weiter aktiv mit Unterstützung der Grünen, die sich vom „WSL-Österreich" und dessen Gründer nicht distanzieren wollen. Der amtierende Präsident des WSL-Österreich, Friedrich Witzany, ist Mitbegründer der Grünen St. Florian und war für die Grünen zumindest bis vor wenigen Monaten im Gemeinderat St. Florian aktiv. Landesumweltrat Rudolf Anschober von den Grünen, die Position entspricht etwa dem eines Landesumweltministers in Deutschland, veranstaltete mit dem WSL-Präsidenten gemeinsame Pressekonferenzen und ehrte Witzany mit dem „Grün-Preis", den die oberösterreichischen Grünen für besonderes Engagement vergeben.
Während unser Verein, die „Antiatom Szene", jede Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten verweigert, empfiehlt der Landesrechnungshof eine Zusammenarbeit aller Gruppen um „Synergieeffekte" zu nutzen.
Die oberösterreichische Landesregierung setzt uns nun unter Druck, dieser Empfehlung nachzukommen.
Diese Landesregierung basiert auf einer schwarz-grünen Koalition aus der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit den Grünen, gleichbitionen auf den Vorsitz der Bundespartei nachgesagt werden, gegen antifaschistische KritikerInnen vorgeht.
Radko Pavlovec, der zwölf Jahre als Antiatom-Beauftragter des Landes Oberösterreich tätig war, wurde „entsorgt", als er den Umgang mit dem „WSL" und mit ihm kooperierenden Gruppen kritisierte. Die bis dahin weisungsfreie Stelle hat Landesrat Anschober mit einem neuen jetzt weisungsgebundenen Antiatom-Beauftragten besetzt.
Ein weiterer Streitpunkt ist unsere Kritik an der Demontage der Antiatom-Politik durch Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von der konservativen ÖVP, der heute Aufsichtsrat des Atomkonzerns RWE ist, und Alfred Gusenbauer (SPÖ). Offensichtlich ist der Einfluss der Bundesparteien auch in Oberösterreich derart stark geworden, dass die bis dahin aktive Antiatom-Politik diesen Interessen geopfert wurde.
Nachdem der zuständige Kontrollausschuss im Land OÖ, an den wir uns in der Hoffnung um eine konstruktive Lösung wandten, trotz mehrerer Schreiben nicht eingriff, zeigte „Antiatom Szene" am 18. Mai 2011 Landesrat Anschober und seine stellvertretende Büroleiterin aufgrund des Verdachts der Nötigung und des Amtsmissbrauches an.
Die Anzeige wurde mittlerweile von der (weisungsgebundenen) Staatsanwaltschaft zurückgezogen. Im Gegenzug und nur wenige Tage nach unserer Anzeige erstatte das Land OÖ Anzeige gegen mich, die Obfrau der „Antiatom Szene". Die gegen mich erhobenen Vorwürfe, in welchen das Landesamt

Das Vorgehen gegen uns lässt unweigerlich Erinnerungen an den Beginn des skandalösen Tierschützerprozesses (siehe S. 16) aufkommen, wo man das Problem mittels Politjustiz lösen wollte. Vor allem aber wirft es ein deutliches Bild auf das mangelnde Demokratieverständnis der österreichischen Grünen und illustriert, zu welchen Methoden sie unter Kritik greifen.
Eines förderte die Anzeige gegen mich aber bereits zu Tage: Die Akteneinsicht belegt, dass dem DÖW offensichtlich für die von Landesrat Anschober nach Kritik unsererseits in Auftrag gegebene Analyse des WSL, nur „ausgewählte" Schriftstücke aus der Sammlung des WSL-Präsidenten im oberösterreichischen Landesarchiv zur Verfügung gestellt wurden.
Die Auswahl selbst dürfte, so die Aussage, von der von uns angezeigten Büroleiterin selbst in die Hand genommen worden sein. Dies erscheint insbesondere deshalb von Wichtigkeit, da LR Anschober den WSL mittels der DÖW-Analyse augenscheinlich zu einer sauberen Weste verhelfen möchte.
Unabhängig davon verortet das DÖW trotz der fragwürdigen Umstände im Bezug auf die verfügbaren Materialien, die österreichische Sektion des WSL im Vorfeld des Rechtsextremismus und verwies dabei u.a. auf mehrere Publikationen des WSL in der rechtsextremen Zeitschrift „Sieg".
Parallel zu dem Versuch durch Vorladungen beim Verfassungsschutz und Anzeigen zu kriminalisieren und mundtot zu machen, hat uns Anschober gezwungen an einer Mediation mit

wendet, jede weitere Kritik am WSL und seinen Helfern aus den Reihen der Grünen zu unterbinden. So haben uns Mediatoren bei einer Sitzung bereits eine Mediationsvereinbarung vorgelegt, die eine umfassende Schweigeklausel enthält. Die gewünschte Unterschrift leisteten wir nicht.
Anstatt sich vom WSL und den mit ihm verflochtenen Gruppen und Personen zu distanzieren, halten Oberösterreichs Grüne an einer Organisation fest, die laut den Gutachten des DÖW und Bierls, zentrale Vorstellungen des Rassismus und Faschismus vertritt. Die Bundesleitung der österreichischen Grünen ist über die Vorgänge informiert und hat bisher nicht darauf reagiert.
Wir halten eine klare Trennung von ökofaschistischen Gedankengut und Aktivitäten, sowie eine inhaltliche Auseinandersetzung der Umweltbewegung in Österreich mit der Thematik für dringend notwendig und werden uns weiter einsetzen.
Dazu brauchen wir Solidarität auch aus Deutschland.
Einerseits um aufzuzeigen wie Anti-AKW-Bewegung und AntifaschistInnen in Deutschland mit dem „WSL" verfahren sind und andererseits um klarzustellen, dass es höchste Zeit ist für einen Abschied von der braunen Traditionslinie des Umweltschutzes.

Elvira Pöschko

Elvira Pöschko ist Obfrau der NGO „Antiatom Szene" mit Sitz in Pasching, Oberösterreich.

Kontakt: Antiatom Szene - Das Zukunftsnetzwerk gegen Atomenergie, Thurnerweg 3, A-4061 Pasching, Österreich. Tel.: +43 650 6660065, E-Mail: office@antiatomszene.info, www.antiatomszene.info
Spenden erwünscht:
Das Konto lautet auf „Antiatom Szene", IBAN: AT845400000000362319, BIC: OBLAAT2L

Es geht ums Ganze

„Castor stoppen reicht uns nicht – Wir wollen Gorleben als Endlager verhindern“

Jedesmal anders, jedesmal quergestellt

Wie in vielen Jahren, bildet der Castor-Transport nach Gorleben den Höhepunkt in der stetigen Auseinandersetzung hin zu einer dezentralen, selbstverwalteten und ökologisch nachhaltigen Energiezukunft.
Der Widerstand des letzten Aktionsjahres war geprägt von der Frage nach Laufzeitverlängerung und Atomausstieg. Glaubte die Regierung, auf Kosten der Menschheit kurzfristige Profite protegieren zu können, mussten sie angesichts des widerständigen Klimas und der Katastrophe von Fukushima einsehen, dass dieser Irrweg zum Scheitern verurteilt ist.
Natürlich ist nur ein Teilsieg errungen. Es braucht den Anti-Atom-Widerstand, die unverantwortliche atompolitische Lage zu thematisieren – und sich eben nicht beschwichtigen zu lassen. Dabei heißt der Ansatzpunkt dieses Herbstes für viele: Zwischen- und Endlagerproblematik.
Im Wirrwarr um die Überschreitung der Grenzwerte am Zwischenlager Gorleben bereitet sich selbst die Polizei nur widerwillig auf den Castor-Widerstand vor. Die Betreiber tun indessen alles, um größtmögliche Transparenz zu verhindern. Wie sich erst neulich zeigte, als einer Delegation aus dem Gorleben-Untersuchungsausschuss verwehrt wurde, sich selbst vor Ort eine Bild zu machen.
Ende November 2011 wird wieder die Parole „Castor stoppen“ in der öffentlichen Wahrnehmung stehen – und mehr meinen: Es geht um einen tatsächlichen Ausstieg aus der Atomkraft und darum, Gorleben als Atomklo der Nation zu verhindern. So ist „Gorleben soll leben!“ auch das Motto der Großkundgebung in Dannenberg am 26. November.
Die Chancen zur Verhinderung eines Endlagers in Gorleben stehen nicht schlecht. Die Castorblockaden sind ein notwendiger und wichtiger Schritt auf dem Weg!

Große gewaltfreie Sitzblockade in Gorleben

Während einige Gruppen Aktionen an der Schienenstrecke planen, bereitet sich die Kampagne X-tausendmal quer wieder auf eine große gewaltfreie Sitzblockade auf der Straßenstrecke rund um Gorleben vor. Diese ist offen für alle, die den gewaltfreien Aktionskonsens mittragen.
Im letzten Jahr zeigte sich, dass Tausende bereit sind, sich dem Castor-Transport zu widersetzen.
Viele sind dabei bewusst den Weg vom Protest hin zum Widerstand gegangen – oder werden das dieses Jahr tun. Da dies der letzte Transport aus der WAA La Hague nach Gorleben sein wird, gibt es auf absehbare Zeit die letzte Gelegenheit, Teil des ganz besonderen wendländischen Widerstandes zu sein. Während 2010 zeigte, wie breit verankert Widerstand sein kann, könnte die Botschaft diesen Herbstes sein: Wir lassen uns nicht einlullen und setzen uns weiter verantwortlich für eine lebenswerte Zukunft ein!

Kommt rechtzeitig ins Wendland

Der Atommülltransport soll nach Fahrplan am Donnerstag, 24.11.2011, in Frankreich starten. Einen ganzen Tag früher als in den Jahren zuvor.
Es ist somit denkbar, dass der Castor-Transport bereits zum Zeitpunkt der Großkundgebung in Dannenberg (Samstag, 12.30 Uhr) versucht von Lüneburg aus den Verladebahnhof in Dannenberg zu erreichen. Es kann also dazu kommen, dass die Aktionen früher als bisher beginnen.
Daher ist es diesmal noch wichtiger, sich rechtzeitig auf den Weg zu machen. Wer gut vorbereitet in die Aktion gehen will, sollte bereits am Donnerstag ins Camp kommen und mit anpacken. Das Camp von X-tausendmal quer ist wieder in Gedelitz, nah, aber nicht zu nah, am Zwischenlager Gorleben, dem Ziel des Castortransports. Auch in Hitzacker, Metzingen und anderswo wird es wieder Camps geben, für Menschen, die an den Schienen agieren wollen.
Obwohl bei X-tausendmal quer immer wieder kritisch diskutiert wird, ob man den logistischen Aufwand nicht manchmal auch übertreibt, es wird im Camp Gedelitz wieder warme Duschen geben!

Coming out

Auf der Homepage zeigen AktivistInnen ihr Gesicht und ergänzen folgenden Satz: „Ich blockiere den Castor, weil ...“ Dadurch wird der Widerstand sympathisch. Es bleibt nicht bei einer anonymen Absichtserklärung.
Und nach dem Castor geht es weiter. Die ebenfalls von X-tausendmal quer zusammen mit der KURVE Wustrow getragene Kampagne „gorleben365“ hat bereits begonnen, den zuvor weitgehend ungestörten Ausbau des sogenannten Erkundungsbergwerks zum Atommüll-Endlager zu blockieren – erste Erfolge stellen sich schon ein.

Matthias Wiedenlübbert

Kontakt:
X-tausendmal quer, Normannenweg 17 – 21, 20537 Hamburg. Tel.: 05861/80695-15, Fax: -16, info@X-tausendmalquer.de, www.X-tausendmalquer.de
Spendenkonto: X-tausendmal quer, Konto 24 42 28 03, BLZ 258 619 90 Volksbank Clenze



Anti-Castor-Infos

Aktionen entlang der ganzen Transportstrecke:

Frage nach Laufzeitverlängerung und Atomausstieg. Glaubte die Regierung, auf Kosten der Menschheit kurzfristige Profite protegieren zu können, mussten sie angesichts des widerständigen Klimas und der Katastrophe von Fukushima einsehen, dass dieser Irrweg zum Scheitern verurteilt ist.
Natürlich ist nur ein Teilsieg errungen. Es braucht den Anti-Atom-Widerstand, die unverantwortliche atompolitische Lage zu thematisieren – und sich eben nicht beschwichtigen zu lassen. Dabei heißt der Ansatzpunkt dieses Herbstes für viele: Zwischen- und Endlagerproblematik.
Im Wirrwarr um die Überschreitung der Grenzwerte am Zwischuss verwehrt wurde, sich selbst vor Ort eine Bild zu machen.
Ende November 2011 wird wieder die Parole „Castor stoppen" in der öffentlichen Wahrnehmung stehen – und mehr meinen: Es geht um einen tatsächlichen Ausstieg aus der Atomkraft und darum, Gorleben als Atomklo der Nation zu verhindern. So ist „Gorleben soll leben!" auch das Motto der Großkundgebung in Dannenberg am 26. November.
Die Chancen zur Verhinderung eines Endlagers in Gorleben stehen nicht schlecht. Die Castorblockaden sind ein notwendiger und wichtiger Schritt auf dem Weg!

gewaltfreien Aktionskonsens mittragen.
Im letzten Jahr zeigte sich, dass Tausende bereit sind, sich dem Castor-Transport zu widersetzen.
Viele sind dabei bewusst den Weg vom Protest hin zum Widerstand gegangen – oder werden das dieses Jahr tun. Da dies der letzte Transport aus der WAA La Hague nach Gorleben sein wird, gibt es auf absehbare Zeit die letzte Gelegenheit, Teil des ganz besonderen wend-

nach Fahrplan am Donnerstag, 24.11.2011, in Frankreich starten. Einen ganzen Tag früher als in den Jahren zuvor.
Es ist somit denkbar, dass der Castor-Transport bereits zum Zeitpunkt der Großkundgebung in Dannenberg (Samstag, 12.30 Uhr) versucht von Lüneburg aus den Verladebahnhof in Dannenberg zu erreichen. Es kann also dazu kommen, dass die Aktionen früher als bisher beginnen.
Daher ist es diesmal noch wich-

und anderswo wird es wieder Camps geben, für Menschen, die an den Schienen agieren wollen.
Obwohl bei X-tausendmal quer immer wieder kritisch diskutiert wird, ob man den logistischen Aufwand nicht manchmal auch übertreibt, es wird im Camp Gedelitz wieder warme Duschen geben!

Coming out

Auf der Homepage zeigen Ak-

bereits begonnen, den zuvor weitgehend ungestörten Ausbau des sogenannten Erkundungsbergwerks zum Atommüll-Endlager zu blockieren – erste Erfolge stellen sich schon ein.

Matthias Wiedenlübbert

Kontakt:
X-tausendmal quer, Normannenweg 17 – 21, 20537 Hamburg. Tel.: 05861/80695-15, Fax: -16, info@X-tausendmalquer.de, www.X-tausendmalquer.de
Spendenkonto: X-tausendmal quer, Konto 24 42 28 03, BLZ 258 619 90 Volksbank Clenze

Anti-Castor-Infos

Aktionen entlang der ganzen Transportstrecke:

Da der Castor am 24.11., vom Bahnhof in Valognes (Normandie/Frankreich) losrollen soll, gibt es ab dem 22.11. dort schon ein Protestcamp.
Infos: http://valognesstopcastor.noblogs.org/ www.gorleben-castor.de/

Auch entlang der Strecke quer durch Frankreich werden Aktionen erwartet. Am 25.11. soll der Atommüllzug die deutsch-französische Grenze erreichen und, egal welchen Grenzübergang er nimmt, die AktivistInnen werden ihn erwarten:
www.castor-suedblockade.de

Auf der Strecke quer durch Deutschland wird es wieder viele dezentrale direkte gewaltfreie Aktionen geben.
Die Großdemo am 26.11. in Dannenberg ist u.U. erst zu dem Zeitpunkt, an dem der Castor schon Dannenberg erreicht. Also wenn Ihr ihn vorher stoppen wollt, geht rechtzeitig direkt an die Schiene. Infos, u.a, zu den Camps und was ihr mitbringen sollt:
www.gorleben-castor.de oder www.ausgestrahlt.de/mitmachen/castor11/

Infos zu den geplanten Großaktionen:
www.x-tausendmalquer.de www.widersetzen.de www.castor-schottern.net

Wer es krachen lassen will (vermutlich nicht immer gewaltfrei):
www.castor2011.org/

Da der Castor 2011 später als sonst ins Wendland fährt: vergesst nicht euch warm einzupacken. Und mobilisiert eure Freunde um Druck zu machen für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

Mitglieder der Initiative 60 blockieren das Zwischenlager Gorleben

Foto: gorleben365

Die Blockaden wirken:

Endlagerarbeiten am Wochenende eingestellt

Sonntag morgen, die Sonne geht auf, keine Wolke am Himmel, der Reif ist auf den Wiesen gefroren und eine neue Blockadegruppe bricht auf in Richtung Endlagerbaustelle Gorleben.

Bei der Aktionsvorbereitung am Vorabend wurde kurzfristig beschlossen, diese Blockadeaktion schon um 8 Uhr morgens an den Toren der Endlagerbaustelle zu starten. Denn es sollten die neuesten Informationen überprüft werden, nach denen

wurde beobachtet, dass an Wochenenden im Zeitfenster des mittäglichen Schichtwechsels kaum Fahrzeuge auf bzw. vom Gelände fahren. Zwischen 8:00 - 8:30 Uhr bzw. 20:00 - 20:30 Uhr ist hingegen ein kleines, aber erhöhtes Fahrzeugaufkommen

im Bergwerk gebaut. Dies wurde nun nur deshalb geändert, weil an jedem Wochenende andere Blockadegruppen vor den Toren stehen und deutlich machen, dass es überhaupt keinen gesellschaftlichen Konsens für ein atomares Endlager im Salz geben kann. Blockiert wurde und wird durchschnittlich drei mal in der Woche und zwar meistens an den Wochenen-

hen werden unter dem Stichwort „Bad Gorleben".
Nun arbeitet womöglich solange niemand mehr am Wochenende im Bergwerk, wie weiter blockiert wird. An zwei von sieben Wochentagen sämtliche Arbeiten verhindern zu können ist ein großer Erfolg!
Wir werten das in jedem Fall als wunderbare Motivation, um auch am Wochenende weiter zu

die AktivistInnen werden ihn erwarten:
www.castor-suedblockade.de

Auf der Strecke quer durch Deutschland wird es wieder viele dezentrale direkte gewaltfreie Aktionen geben.
Die Großdemo am 26.11. in Dannenberg ist u.U. erst zu dem Zeitpunkt, an dem der Castor schon Dannenberg erreicht. Also wenn Ihr ihn vorher stoppen wollt, geht rechtzeitig direkt an die Schiene. Infos, u.a. zu den Camps und was ihr mitbringen sollt:
www.gorleben-castor.de oder www.ausgestrahlt.de/mitmachen/castor11/

Infos zu den geplanten Großaktionen:
www.x-tausendmalquer.de www.widersetzen.de www.castor-schottern.net

Wer es krachen lassen will (vermutlich nicht immer gewaltfrei):
www.castor2011.org/

Da der Castor 2011 später als sonst ins Wendland fährt: vergesst nicht euch warm einzupacken. Und mobilisiert eure Freunde um Druck zu machen für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.



Die Blockaden wirken:

Endlagerarbeiten am Wochenende eingestellt

Sonntag morgen, die Sonne geht auf, keine Wolke am Himmel, der Reif ist auf den Wiesen gefroren und eine neue Blockadegruppe bricht auf in Richtung Endlagerbaustelle Gorleben.

Bei der Aktionsvorbereitung am Vorabend wurde kurzfristig beschlossen, diese Blockadeaktion schon um 8 Uhr morgens an den Toren der Endlagerbaustelle zu starten. Denn es sollten die neuesten Informationen überprüft werden, nach denen die Betreiber an den Wochenenden die Zeiten der Schichtwechsel geändert hätten.
Eine Ankettaktion ist geplant. An allen sechs Toren wollen sich an diesem Sonntag je zwei AktivistInnen anketten und so jeglichen Baustellenverkehr am geplanten Endlager für hochradioaktiven Müll unterbinden. Tatsächlich ist eine Erkenntnis des Tages, dass kurz nach 8 Uhr morgens nur je rund 10 Fahrzeuge auf das Gelände fahren bzw. es verlassen wollen und in den ganzen folgenden Stunden kein Baustellenverkehr mehr zu verzeichnen ist.

Was das bedeutet?

Es scheint, als könnten die Blockadegruppen im Rahmen der Kampagne gorleben365 einen weiteren Erfolg verbuchen! Unseren Informationen nach sind die Endlagerarbeiten an den Wochenenden eingestellt worden. Die Erkundungsarbeiten ruhen an den Wochenenden und nur der Werkschutz arbeitet noch in 12- Stundenschichten.
Schon seit einigen Wochen wurde beobachtet, dass an Wochenenden im Zeitfenster des mittäglichen Schichtwechsels kaum Fahrzeuge auf bzw. vom Gelände fahren. Zwischen 8:00 - 8:30 Uhr bzw. 20:00 - 20:30 Uhr ist hingegen ein kleines, aber erhöhtes Fahrzeugaufkommen zu registrieren.
Im Rahmen der Blockade der KURVE Wustrow wurde dies am vorvergangenen Sonntag zum ersten Mal getestet und durch die Blockade der Anti-AKW-Gruppe Dithmarschen am darauf folgenden Samstag bestätigt: Gegen 8:30 Uhr gab es einen (durch die Blockade gestörten) Verkehr von ca. einem Dutzend Fahrzeugen in beide Richtungen. Diese geringe Zahl der Fahrzeuge lässt den Schluss zu, dass es sich nur um den Werkschutz, aber auf keinen Fall um einen regulären Schichtwechsel im Baustellenbetrieb gehandelt hat.
Die Blockaden der ersten Wochen der Kampagne gorleben365 scheinen also zu wirken: Es finden keine Endlagerarbeiten am Wochenende mehr statt. Der Schichtplan für das Sicherheitspersonal wurde von 8 auf 12-Stundenschichten umgestellt, um die Zahl der Schichtwechsel zu reduzieren, die blockiert werden können.
Bis gorleben365 die Blockaden ins Leben rief, wurde im Drei-Schicht-Betrieb an sieben Tagen die Woche rund um die Uhr im Bergwerk gebaut. Dies wurde nun nur deshalb geändert, weil an jedem Wochenende andere Blockadegruppen vor den Toren stehen und deutlich machen, dass es überhaupt keinen gesellschaftlichen Konsens für ein atomares Endlager im Salz geben kann. Blockiert wurde und wird durchschnittlich drei mal in der Woche und zwar meistens an den Wochenenden.
Dabei reicht die Bandbreite von einer Blockade der Initiative 60, bei der zusammen 1800 Jahre Widerstandserfahrung vor den Toren des Bergwerkes die LKW Lieferungen für den Castortransport behinderten, bis hin zur Ponyshow von Kindern und Jugendlichen, die mit ihren Pferden vor die Tore kommen und mit der Geschichte vom kleinen Johnny erzählen, wie sie selbst in den Widerstand hineinwachsen. Die Bürgerinitiative Uelzen kam gleich mit einer inspirierenden Fotoausstellung über alternative Nutzungskonzepte für den Salzstock:. „Von der Nichteignung des Salzstockes Gorleben für die Lagerung von Atommüll überzeugt haben wir im Ausland nach Lösungen gesucht, wie der Salzstock zukünftig zu nutzen wäre", so Bernd Ebeling von der BI Uelzen. Fündig wurde die BI Uelzen im rumänischen Transsylvanien, dem Städtchen Turda. Der Salzstock wird dort erfolgreich als Freizeitpark betrieben. Die betörend schönen Bilder können bei www.publixviewing.de angesehen werden unter dem Stichwort „Bad Gorleben".
Nun arbeitet womöglich solange niemand mehr am Wochenende im Bergwerk, wie weiter blockiert wird. An zwei von sieben Wochentagen sämtliche Arbeiten verhindern zu können ist ein großer Erfolg!
Wir werten das in jedem Fall als wunderbare Motivation, um auch am Wochenende weiter zu blockieren und damit zu verhindern, dass die Samstags- und Sonntagsarbeiten wieder aufgenommen werden können.
Wir wünschen den Werktätigen des Salzbergwerkes jede Menge entspannte und arbeitsfreie Wochenenden.
Für die kommenden Tage und Wochen sind auch schon wieder reichlich spannende Aktionen angekündigt: Sowohl Lebenslaute als auch Naturkost Voelkel haben sich angemeldet, ein Poetry Slam ist geplant und eine Hochzeit, Workshops in gewaltfreier Kommunikation werden zur gewaltfreien Aktion Zivilen Ungehorsams und Versicherer wollen sich um das Bergwerk herum über die Deckungssummen der Versicherungen von atomaren Anlagen beraten.
Und vielleicht, wenn Ihr auch mit eurer Gruppe kommt und blockiert, dann muss die BfS noch die Vier-Tage Woche einführen … oder sogar die Drei-Tage Woche?

Lea Hinze

Weitere Infos: www.gorleben365.de



Das ist kein Atomausstieg!

Empörung über Verlängerung der Grundsatzzusage für das AKW Angra 3

Während aufgrund massiver Proteste in Deutschland die ersten acht (der 17) Atomkraftwerke endlich stillgelegt werden, will die Bundesregierung eine Milliardenbürgschaft für den Bau des AKW Angra 3 in Brasilien übernehmen.

Dabei ist nicht nur die Mehrheit in Deutschland, sondern auch 54% der Brasilianer gegen die Nutzung der Atomenergie.

Die Bundesregierung hat die Haushaltssitzung am 21. September genutzt, um die Grundsatzzusage für das brasilianische AKW Angra 3 zu verlängern. Der zuständige Interministerielle Ausschuss hatte bereits Anfang September beschlossen, die ausgelaufene Grundsatzzusage für Angra 3 zu verlängern.

„Es ist sehr enttäuschend, dass Deutschland das AKW Angra 3 unterstützen will, nachdem das Land doch aus der Atomkraft aussteigen will. Auch in Brasilien lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung die Atomkraft ab. Außerdem haben wir ein großes Potenzial für Erneuerbare Energien", erklärt Celio Bermann, Professor für Energie und Elektrotechnik aus Sao Paulo.

Noch ist es nicht zu spät: Der Bürgschaftsvertrag wird frühestens im Januar 2012 unterzeichnet. Deswegen sind jetzt massive Proteste angesagt. „Die PolitikerInnen von CDU/CSU und FDP müssen merken, dass wir uns nicht zu Atombürgern machen lassen!", so urgewald. urgewald hat eine Postkartenaktion gestartet und ruft zu einer Aktionswoche (14.-21.11.) auf.

Weitere Infos: www.urgewald.de



Foto: indymedia

AKW Grohnde blockiert

Hunderte Anti-Atom-AktivistInnen fordern die Stilllegung der verbliebenen Atomkraftwerke

Grohnde. Mehrere hundert Menschen protestierten am 2. Oktober 2011 in Grohnde (Niedersachsen). Nach einer Demo wurde die Zufahrtsstrasse zum AKW durch KletteraktivistInnen, die sich von einer Fernverkehrsstraßenbrücke abseilten, blockiert. Sie wurden durch etwa 50 AktivistInnen unterstützt, die die Straße und das Betriebsgleis unterhalb der Brücke mit einer Sitzblockade sperrten. Eine zweite Zufahrtsstrasse wurde durch das angemeldete und genehmigte Anti-Atom-Konzert vor den Toren des Atomkraftwerks blockiert. Obwohl die Polizei über den Aktionstag informiert war, konnte sie die Blockaden nicht verhindern.

Die Protestierenden akzeptieren die deutsche Atompolitik nicht, die in Reaktion auf die Katastrophe in Fukushima nur die acht ältesten Atomkraftwerke abschaltete. Stattdessen wollen sie die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, einschließlich der verbleibenden neun Atomreaktoren, der Urananreicherungsanlage Gronau, der Brennelementefabrik in Lingen und anderer Atomanlagen.

Der deutschen Atompolitik zufolge soll das AKW Grohnde weit

Offener Brief

Betr.: Greenpeace-Studie und -Video

Liebe Freund_innen und Atomkraftgegner_innen,

viele von uns haben von lippsburg sprechen.[1]

che Atommülltransporte ab, solange in AKWs, Atomforschungseinrichtungen, Uranminen, Urananreicherungsanlagen und Brennelementefabriken weiter neuer Atommüll produziert wird.

Die Atommülltransporte dienen nur einem Zweck: Atomanlagen weiter betreiben zu können und eine Lösung der Atom-

tanzblockade[2] im Februar 2011 auch den Castortransport von Karlsruhe nach Lubmin behindert und einen Verbleib des Mülls vor Ort gefordert!

Die Greenpeaceposition der Umleitung nach Philippsburg fällt auch den Aktivist_innen in Valognes[3] in den Rücken, welche dieses Jahr den Castortransport bei der Abfahrt stop-



Energie und Elektrotechnik aus Sao Paulo.
Noch ist es nicht zu spät: Der Bürgschaftsvertrag wird frühestens im Januar 2012 unterzeichnet. Deswegen sind jetzt massive Proteste angesagt. „Die PolitikerInnen von CDU/CSU und FDP müssen merken, dass wir uns nicht zu Atombürgern machen lassen!“, so urgewald. urgewald hat eine Postkartenaktion gestartet und ruft zu einer Aktionswoche (14.-21.11.) auf.

Weitere Infos: www.urgewald.de

Offener Brief

Betr.: Greenpeace-Studie und -Video

Liebe Freund_innen und Atomkraftgegner_innen,

viele von uns haben von Greenpeace Deutschland den Link zu einem Greenpeace-Video erhalten, mit der Bitte dieses weiterzuverbreiten und zu bewerben. Wir möchten Euch bitten, davon Abstand zu nehmen.

In dem Video und in der Öffentlichkeitsarbeit befürwortet Greenpeace mittlerweile Castortransporte und möchte diese nur nicht nach Gorleben, sondern stattdessen in das Zwischenlager in Philippsburg transportiert wissen.

Greenpeace hat dazu eine Studie erstellen lassen, welche Philippsburg mit Gorleben vergleicht und zu dem Schluss kommt, dass der kürzere Transportweg, die fehlende Umladung auf LKW und ein Kerosinableitungssystem für Philippsburg sprechen.[1]

Ironischerweise ist das Zwischenlager in Philippsburg ansonsten die gleiche Kartoffelscheune wie in Gorleben, deshalb ist die Greenpeace-Forderung am Schluss des Films: „Kein Atommüll ins Kartoffellager! Zwischenlagerung in Philippsburg genehmigen“ absurd.

In der Anti-Atom-Bewegung wurde bisher immer Wert darauf gelegt, auf die Gefahren und den Wahnsinn, den das Betreiben jeglicher Atomanlagen darstellt, hinzuweisen.

Keine Kartoffelscheune ist besser als die andere, eine Diskussion darüber dient nur den Interessen der Atomindustrie und fördert den Weiterbetrieb.

Die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen lehnen jegliche Atommülltransporte ab, solange in AKWs, Atomforschungseinrichtungen, Uranminen, Urananreicherungsanlagen und Brennelementefabriken weiter neuer Atommüll produziert wird.

Die Atommülltransporte dienen nur einem Zweck: Atomanlagen weiter betreiben zu können und eine Lösung der Atommüllproblematik vorzugaukeln. Mit dem Abtransport aus der Plutoniumfabrik in La Hague wird dort Platz geschaffen, für die weitere Abtrennung von atomwaffenfähigem Plutonium und einhergehender Verseuchung der Umwelt besonders im Ärmelkanal und der Normandie.

So fuhr erst am 12. Oktober 2011 ein Atommülltransport aus dem holländischen AKW Borssele zur Wiederaufarbeitung nach La Hague, er wurde dabei von Protesten belgisch-französischer Anti-Atom-Initiativen begleitet.

Diese Haltung ist kein Ausdruck des Sankt-Florian-Prinzips, so haben z.B. die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen im Rahmen der Nachttanzblockade[2] im Februar 2011 auch den Castortransport von Karlsruhe nach Lubmin behindert und einen Verbleib des Mülls vor Ort gefordert!

Die Greenpeaceposition der Umleitung nach Philippsburg fällt auch den Aktivist_innen in Valognes[3] in den Rücken, welche dieses Jahr den Castortransport bei der Abfahrt stoppen wollen und wirkt demobilisierend auf den französischen Widerstand.

Bitte schließt Euch unserer Forderung nach einer kompletten Absage des Castortransports und den Stopp des Endlagerausbaus in Gorleben an.

Unterstützt den Aufruf zur Südblockade[4] und die Auftaktkundgebung in Dannenberg[5].

Mit freundlichen Grüßen,

die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen, 22.10.2011

1 Siehe: www.greenpeace.de/themen/atomkraft/nachrichten/artikel/studie_zwischenlager_in_philippsburg_sicherer_als_gorleben
2 www.nachttanzblockade.de
3 http://valognesstopcastor.noblogs.org
4 www.castor-suedblockade.de/2011/suedblockade-unterstuetzen.html
5 www.gorleben-castor.de/index.php?cont=16_1

Hunderte Anti-Atom-AktivistInnen fordern die Stilllegung der verbliebenen Atomkraftwerke

Grohnde. Mehrere hundert Menschen protestierten am 2. Oktober 2011 in Grohnde (Niedersachsen). Nach einer Demo wurde die Zufahrtsstrasse zum AKW durch KletteraktivistInnen, die sich von einer Fernverkehrsstraßenbrücke abseilten, blockiert. Sie wurden durch etwa 50 AktivistInnen unterstützt, die die Straße und das Betriebsgleis unterhalb der Brücke mit einer Sitzblockade sperrten. Eine zweite Zufahrtsstrasse wurde durch das angemeldete und genehmigte Anti-Atom-Konzert vor den Toren des Atomkraftwerks blockiert. Obwohl die Polizei über den Aktionstag informiert war, konnte sie die Blockaden nicht verhindern.

Die Protestierenden akzeptieren die deutsche Atompolitik nicht, die in Reaktion auf die Katastrophe in Fukushima nur die acht ältesten Atomkraftwerke abschaltete. Stattdessen wollen sie die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, einschließlich der verbleibenden neun Atomreaktoren, der Urananreicherungsanlage Gronau, der Brennelementefabrik in Lingen und anderer Atomanlagen.

Der deutschen Atompolitik zufolge soll das AKW Grohnde weit länger in Betrieb bleiben, als durch das alte Atomausstiegsgesetz festgelegt wurde. Daher bedeutet der sogenannte deutsche Atomausstieg eine Laufzeitverlängerung, so die VertreterInnen der DemonstrantInnen.

„Dem alten Atomausstiegsgesetz zufolge sollte Grohnde 2018 stillgelegt werden. Der deutsche ‘Atomausstieg’ erlaubt stattdessen eine Laufzeitverlaengerung bis 2021“, sagt ein Aktivist. „Eine Atomkatastrophe, wie sie derzeit in Fukushima geschieht, ist jederzeit in jedem einzelnen Atomkraftwerk möglich. Die Konsequenz aus dem schwersten Atomunfall der Geschichte muss die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen sein - weltweit.“

Am selben Wochenende fand eine Konferenz der deutschen Anti-Atom-Bewegung in Göttingen statt. Themen waren die internationale Unterstützung von Anti-Atom-Bewegungen in anderen Ländern, Strategien im Umgang mit dem sogenannten deutschen Atomausstieg, der angekündigte Castortransport nach Gorleben und vieles anderes. AktivistInnen aus diesem Treffen unterstützten auch die Blockade in Grohnde und rufen anlässlich des Jahrestages des Desasters in Fukushima bereits jetzt zu einem Aktionstag am 11. März 2012 auf.

Falk Beyer

Die Anti-Atom-Initiative Göttingen trifft sich jeden Mittwoch um 19:00 Uhr bei ver.di (Göttingen, Groner-Tor-Str. 32, 2. Stock) http://anti-atom-initiative-goettingen.de

transporte und möchte diese nur nicht nach Gorleben, sondern stattdessen in das Zwischenlager in Philippsburg transportiert wissen.
Greenpeace hat dazu eine Studie erstellen lassen, welche Philippsburg mit Gorleben vergleicht und zu dem Schluss kommt, dass der kürzere Transportweg, die fehlende Umladung auf LKW und ein Kerosinableitungssystem für Phi-

In der Anti-Atom-Bewegung wurde bisher immer Wert darauf gelegt, auf die Gefahren und den Wahnsinn, den das Betreiben jeglicher Atomanlagen darstellt, hinzuweisen.
Keine Kartoffelscheune ist besser als die andere, eine Diskussion darüber dient nur den Interessen der Atomindustrie und fördert den Weiterbetrieb.
Die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen lehnen jegli-

So fuhr erst am 12. Oktober 2011 ein Atommülltransport aus dem holländischen AKW Borssele zur Wiederaufarbeitung nach La Hague, er wurde dabei von Protesten belgisch-französischer Anti-Atom-Initiativen begleitet.
Diese Haltung ist kein Ausdruck des Sankt-Florian-Prinzips, so haben z.B. die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen im Rahmen der Nacht-

kundgebung in Dannenberg[5].
Mit freundlichen Grüßen,

die Südwestdeutschen Anti-Atom-Initiativen, 22.10.2011

1 Siehe: www.greenpeace.de/themen/atomkraft/nachrichten/artikel/studie_zwischenlager_in_philippsburg_sicherer_als_gorleben
2 www.nachttanzblockade.de
3 http://valognesstopcastor.noblogs.org
4 www.castor-suedblockade.de/2011/suedblockade-unterstuetzen.html
5 www.gorleben-castor.de/index.php?cont=16_1

Stilllegung aller Atomanlagen sein - weltweit."
Am selben Wochenende fand eine Konferenz der deutschen Anti-Atom-Bewegung in Göttingen statt. Themen waren die internationale Unterstützung von Anti-Atom-Bewegungen in anderen Ländern, Strategien im Umgang mit dem sogenannten deutschen Atomausstieg, der angekündigte Castortransport nach Gorleben und vieles anderes. AktivistInnen aus diesem Treffen unterstützten auch die Blockade in Grohnde und rufen anlässlich des Jahrestages des Desasters in Fukushima bereits jetzt zu einem Aktionstag am 11. März 2012 auf.

Falk Beyer

Die Anti-Atom-Initiative Göttingen trifft sich jeden Mittwoch um 19:00 Uhr bei ver.di (Göttingen, Groner-Tor-Str. 32, 2. Stock) http://anti-atom-initiative-goettingen.de

Gegen die Arbeit

Michael Seidman über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38

Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden ist im Oktober 2011 Michael Seidmans Opus Magnum *Workers against Work* erstmals in deutscher Sprache unter dem Titel *Gegen die Arbeit. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38* (24,90 Euro, ISBN 978-3-939045-17-5) im Verlag Graswurzelrevolution erschienen. Der US-amerikanische Historiker und Bewegungsforscher lebte Ende der Siebzigerjahre in Paris und promovierte 1982 in Amsterdam über das Thema dieses Buches. Vom 8. bis 14. Oktober 2011 hat der Autor seinen 477-Seiten-Wälzer in Köln, Jena, Nürnberg, Berlin, Bielefeld, Wiesbaden und Frankfurt/M. vorgestellt. Für alle, die dieses wichtige Werk noch nicht gelesen haben, drucken wir hier exklusiv als Appetizer sein Redemanuskript ab. (GWR-Red.)

Der antifaschistische Philosoph Benedetto Croce prägte den berühmten Satz: „Geschichte ist immer Zeitgeschichte." Diese Aussage lässt sich durchaus auf mein Buch *Gegen die Arbeit* übertragen.

Es hat seine Wurzeln in den „langen Sechzigerjahren", deren radikalste ProtagonistInnen eine Sozial- und Kulturkritik des Konsumkapitalismus entwikkelten.

Die Kulturrevolution der Sechzigerjahre erneuerte die der Arbeiterbewegung von jeher innewohnende Infragestellung der Lohnarbeit. Die Konzeption von *Gegen die Arbeit* war von der nach 1968 aufkommenden „Kritik der Arbeit", die ich mir während meiner Zeit in Paris von 1979 bis 1982 aneigne- techniken durch ArbeiterInnen, Frauen, Gefangene und andere.[4] Diese Geschichtsschreibung von unten ließ das Streben der unteren Klassen nach Autonomie wieder aufleben und spiegelte eine allgemeine Krise des *militantisme*.

So formulierte Foucault Anfang der Siebzigerjahre: „Die Massen brauchen ihn [den Intellektuellen] nicht, um Wissen zu erlangen. Sie wissen vollkommen Bescheid, ohne Illusionen; sie wissen es besser als er und sind durchaus in der Lage, sich auszudrücken."[5]

AktivistInnen und Militante, die nicht selbst ArbeiterInnen waren, hatten nur untergeordnete Rollen zu spielen, wenn Autonomie und Selbstbestimmung der ArbeiterInnen das



gang zum libertären Kommunismus zu organisieren.

Wie viele andere libertäre Aktivisten betonte der CNT-Führer die Notwendigkeit, das „Parasitentum" zu beseitigen und für Arbeit für alle zu sorgen. Arbeit sei in einer revolutionären Gesellschaft sowohl Recht als auch Pflicht, und er pflichtete dem alten Sprichwort bei: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen":

Wir suchen keine Freundschaften in der Fabrik. [...] Was uns vor allem in der Fabrik interessiert, ist, dass unser Arbeitskollege seinen Job versteht und ihn ausführt, ohne dass es Schwierigkeiten gibt, etwa weil er unerfahren ist oder die Funktionsweise des Ganzen nicht kennt. Das Heil liegt in der Arbeit und der Tag wird kommen, da die Arbeiter es wollen. Die Anarchisten, die einzige Strömung, die nicht versucht auf Kosten anderer zu leben, kämpft für diesen Tag.

Er machte deutlich, dass im libertären Kommunismus der Produzent den Staatsbürger ersetzen werde." (S. 81-83)

Die SituationistInnen und andere vernachlässigten vollkom-

Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden ist im Oktober 2011 Michael Seidmans Opus Magnum *Workers against Work* erstmals in deutscher Sprache unter dem Titel *Gegen die Arbeit. Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38* (24,90 Euro, ISBN 978-3-939045-17-5) im Verlag Graswurzelrevolution erschienen. Der US-amerikanische Historiker und Bewegungsforscher lebte Ende der Siebzigerjahre in Paris und promovierte 1982 in Amsterdam über das Thema dieses Buches. Vom 8. bis 14. Oktober 2011 hat der Autor seinen 477-Seiten-Wälzer in Köln, Jena, Nürnberg, Berlin, Bielefeld, Wiesbaden und Frankfurt/M. vorgestellt. Für alle, die dieses wichtige Werk noch nicht gelesen haben, drucken wir hier exklusiv als Appetizer sein Redemanuskript ab. (GWR-Red.)

Der antifaschistische Philosoph Benedetto Croce prägte den berühmten Satz: „Geschichte ist immer Zeitgeschichte." Diese Aussage lässt sich durchaus auf mein Buch *Gegen die Arbeit* übertragen.
Es hat seine Wurzeln in den „langen Sechzigerjahren", deren radikalste ProtagonistInnen eine Sozial- und Kulturkritik des Konsumkapitalismus entwikkelten.
Die Kulturrevolution der Sechzigerjahre erneuerte die der Arbeiterbewegung von jeher innewohnende Infragestellung der Lohnarbeit. Die Konzeption von *Gegen die Arbeit* war von der nach 1968 aufkommenden „Kritik der Arbeit", die ich mir während meiner Zeit in Paris von 1979 bis 1982 aneignete, zwar beeinflusst, aber nicht vollständig bestimmt.
Zu jener Zeit machte ich die Bekanntschaft einiger Französinnen und Franzosen, deren Neudefinition der künftigen Revolution darin bestand, dass nicht mehr für Lohn gearbeitet würde. Ihre Position erinnerte an die im neunzehnten Jahrhundert sowohl von MarxistInnen als auch von AnarchistInnen artikulierte Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit.
Auf der pragmatischen Ebene überlebten die jungen Leute dieses Pariser Zirkels in ihrem teuren städtischen Umfeld, indem sie gelegentlich Aushilfs-

techniken durch ArbeiterInnen, Frauen, Gefangene und andere.[4] Diese Geschichtsschreibung von unten ließ das Streben der unteren Klassen nach Autonomie wieder aufleben und spiegelte eine allgemeine Krise des *militantisme*.
So formulierte Foucault Anfang der Siebzigerjahre: „Die Massen brauchen ihn [den Intellektuellen] nicht, um Wissen zu erlangen. Sie wissen vollkommen Bescheid, ohne Illusionen; sie wissen es besser als er und sind durchaus in der Lage, sich auszudrücken."[5]
AktivistInnen und Militante, die nicht selbst ArbeiterInnen waren, hatten nur untergeordnete Rollen zu spielen, wenn Autonomie und Selbstbestimmung der ArbeiterInnen das Ziel waren. Die Intellektuellen konnten die Bewegung ganz sicher nicht im leninistischen Sinne führen oder ihr revolutionäres Bewusstsein verleihen, wenn, wie radikale linke Kritiker des orthodoxen Marxismus postulierten, das Klassenbewusstsein durch den Kampf selbst – und nicht durch wohlmeinende Intellektuelle – gebildet wurde.

Wiederbelebung libertärer Traditionen

Die von Perrot, Foucault und anderen verfassten Werke zur Arbeits- und Sozialgeschichte



Michael Seidman: *„Niemals bildeten die Künstler die Arbeiter und Soldaten auf den Plakaten müde, hungrig oder krank ab. Die Produktionsmittel – die Fabriken, Höfe und Werkstätten – wurden*

gang zum libertären Kommunismus zu organisieren.
Wie viele andere libertäre Aktivisten betonte der CNT-Führer die Notwendigkeit, das „Parasitentum" zu beseitigen und für Arbeit für alle zu sorgen. Arbeit sei in einer revolutionären Gesellschaft sowohl Recht als auch Pflicht, und er pflichtete dem alten Sprichwort bei: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen":
Wir suchen keine Freundschaften in der Fabrik. [...] Was uns vor allem in der Fabrik interessiert, ist, dass unser Arbeitskollege seinen Job versteht und ihn ausführt, ohne dass es Schwierigkeiten gibt, etwa weil er unerfahren ist oder die Funktionsweise des Ganzen nicht kennt. Das Heil liegt in der Arbeit und der Tag wird kommen, da die Arbeiter es wollen. Die Anarchisten, die einzige Strömung, die nicht versucht auf Kosten anderer zu leben, kämpft für diesen Tag.
Er machte deutlich, dass im libertären Kommunismus der Produzent den Staatsbürger ersetzen werde." (S. 81-83)

Die SituationistInnen und andere vernachlässigten vollkommen die Arbeitsverweigerungen der gewöhnlichen ArbeiterInnen während der Spanischen Revolution, die ein zentrales Thema von *Gegen die Arbeit* waren. Mit anderen Worten: Das nach 1968 gezeichnete Porträt der arbeitenden Klasse als Trägerin des Widerstands gegen die Arbeit war nicht mit der Disziplin und dem Organisationsgrad zu vereinbaren, die für das Funktionieren von Räten, Sowjets und anderen Formen produktivistischer Kollektive erforderlich sind. Um das Ausmaß der Arbeitsverweigerung einzudämmen, griff die

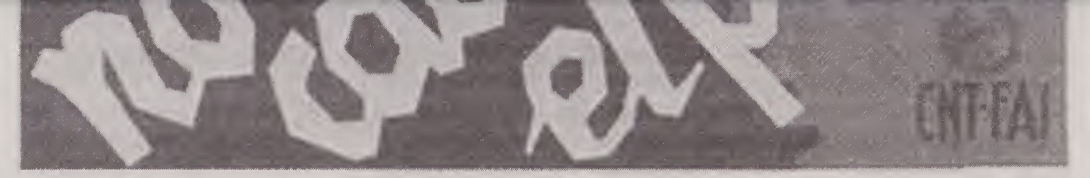
dert sowohl von MarxistInnen als auch von AnarchistInnen artikulierte Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit.
Auf der pragmatischen Ebene überlebten die jungen Leute dieses Pariser Zirkels in ihrem teuren städtischen Umfeld, indem sie gelegentlich Aushilfsjobs übernahmen oder Arbeitslosen- und Sozialhilfe bezogen. Trinken, Rauchen und die gelegentliche Intensivierung dieser Genüsse durch den Konsum weicher Drogen waren für dieses Milieu charakteristisch. Für mich, der ich Ende der Sechziger-, Anfang der Siebzigerjahre in den USA studiert hatte, waren diese hedonistischen Aktivitäten meiner Bekannten weniger schockierend als ihre arbeitsfeindliche Ideologie.
Die PariserInnen machten mich mit wichtigen Texten wie der Anthologie *La fin du travail* und dem Pamphlet *Le refus du travail*[2] vertraut. Beide Publikationen vertraten die Auffassung, dass Arbeit Unterdrükkung sei, und strichen zugleich heraus, dass die Arbeiter Widerstand gegen sie leisteten.

Skeptische Sicht auf Lohnarbeit

Diese Skepsis gegenüber der Lohnarbeit schrieb das neu erwachte Interesse an einer Geschichte der Arbeit fort. Es war in den 60er- und 70er-Jahren in Frankreich und anderen westlichen Staaten aufgekommen, als erstmals Historiker die Geschichte alltäglicher Arbeitsverweigerungen durch die Arbeiter aufzuzeichnen begannen.[3]
In jenen Jahren verfassten Michelle Perrot und Michel Foucault Werke zur Geschichte der Abwehr von Disziplinierungs- meinende Intellektuelle – gebildet wurde.

Wiederbelebung libertärer Traditionen

Die von Perrot, Foucault und anderen verfassten Werke zur Arbeits- und Sozialgeschichte dokumentierten – und erweckten – den Wunsch, libertäre Traditionen wiederzubeleben. Viele meiner Freunde und Bekannten im Paris der späten Siebziger- und frühen Achtzigerjahre machten sich Rätekonzepte zu eigen und forderten Arbeiterselbstverwaltung. Richard Gombins Schlüsseltext lieferte die positive Neubewertung eines linken Radikalismus, den Lenin als „Kinderkrankheit" abgetan hatte.[6]
Antileninistische Linke ihrerseits lehnten Weisungen „revolutionärer" politischer Parteien und angeblich repräsentativer Gewerkschaften ab und befürworteten statt dessen wilde Streiks, Fabrikbesetzungen und verschiedene Formen der Arbeiterkontrolle, die, wie sie sagten, den realen Sozialismus der Zukunft vorwegnahmen – getreu dem Motto der Ersten Internationale: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."
Gombin argumentierte, dass der junge Georg Lukács, Karl Korsch und Anton Pannekoek sich darin einig gewesen seien, dass eine erfolgreiche Revolution der Arbeiter letztlich auf die Arbeiter selbst bauen müsse.
Aber wie so viele ihrer bolschewistischen GegnerInnen vertraten diese Rätekommunisten des frühen zwanzigsten Jahrhunderts ein produktivistisches Revolutionskonzept.



Michael Seidman: „Niemals bildeten die Künstler die Arbeiter und Soldaten auf den Plakaten müde, hungrig oder krank ab. Die Produktionsmittel – die Fabriken, Höfe und Werkstätten – wurden, ganz gleich wie hässlich sie waren, ebenso idealisiert wie die mutigen, starken und kraftstrotzenden Männer und Frauen, die für die Sache lebten und starben."

Sie gingen davon aus, dass die Arbeiter die unter ihrer Kontrolle stehenden landwirtschaftlichen Betriebe und Fabriken effizient verwalten würden. Das rätekommunistische Projekt stand im Gegensatz zum Geist der ArbeitsgegnerInnen, deren neu belebter *ouvrierisme* der 70er-Jahre postulierte: „Die Arbeit ist der Fluch der trinkenden Klasse."
Die situationistische Parole „Arbeitet niemals!" übte auf viele dieser jungen Linken eine große Anziehungskraft aus.
Der spielerische Geist der *situs* wandte sich gegen die Verwandlung von Künstlern in Arbeiter, wie sie in den kommunistischen Staaten stattgefunden hatte, und wollte statt dessen ArbeiterInnen in KünstlerInnen verwandeln.
Die SituationistInnen waren zweifellos klug und provokativ, aber es blieb fraglich, ob sie oder irgendeine andere linke Gruppe die Spannung zwischen Arbeiterselbstverwaltung und den unvermeidlichen gesellschaftlichen Produktionsanforderungen aufheben konnten.
Bezeichnenderweise mythologisierten gerade die *situs* die während des Spanischen Bürgerkriegs von Anarchisten und Marxisten gegründeten Kollektive als den Höhepunkt menschlicher Errungenschaften.
Sie ignorierten die produktivistische Denkweise der AnarchosyndikalistInnen ebenso wie den Widerstand der ArbeiterInnen.
„Diego Abad de Santillán – ein Anführer und Theoretiker der CNT, der sie später, während der Revolution in der katalanischen Regionalregierung, der Generalitat, repräsentierte – stand beispielhaft für die Verschiebungen in der anarchosyndikalistischen Ideologie Spaniens.
Santillán hatte zunächst der ländlichen Gemeinde den Vorzug gegeben und sich gegen die Dominanz des sindicato (Gewerkschaft) in der anarchistischen Bewegung gewandt; wurde dann aber zu einem der energischsten Verfechter des sindicato als Basis für die Revolution.
Auch wandelte er sich vom eifrigen Kritiker kapitalistischer Technologie und Arbeitsorganisation zum enthusiastischen Befürworter derselben.
Noch 1931 schrieb er, der „moderne Industrialismus nach dem Muster von Ford ist reiner Faschismus, rechtmäßiger Despotismus. In den großen rationalisierten Fabriken ist das Individuum nichts, die Maschine alles. Diejenigen unter uns, die die Freiheit lieben, sind nicht nur Feinde des staatlichen Faschismus, sondern auch des wirtschaftlichen Faschismus."
Schon zwei Jahre später, 1933, beschrieb Santillán die moderne Industrie als eine Quelle des Stolzes für die Menschheit, weil sie zur Beherrschung der Natur geführt habe. Er bemerkte anerkennend, dass die Taylorisierung die „unproduktiven Bewegungen des Einzelnen" beseitigt und „seine Produktivität" gesteigert hätte:
Es ist nicht nötig, die derzeitige technische Organisation der kapitalistischen Gesellschaft zu zerstören, sondern wir müssen sie nutzen.
Die Revolution wird der Fabrik als Privateigentum ein Ende bereiten. Aber wenn die Fabrik bestehen und, unserer Meinung nach, verbessert werden muss, dann muss man wissen, wie sie funktioniert. Die Tatsache, dass sie gesellschaftliches Eigentum wird, ändert das Wesen der Produktion oder die Produktionsmethode nicht. Die Verteilung der Produktion wird sich ändern und gerechter werden.

Santilláns plötzlicher Sinneswandel wurde möglicherweise durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöst, die viele Aktivisten (einschließlich einiger, die eher Anarchisten als Syndikalisten waren) zu dem Schluss führte, das Ende des Kapitalismus sei unvermeidlich, und dass sie in der Lage sein müssten, den wirtschaftlichen Über-

nicht mit der Disziplin und dem Organisationsgrad zu vereinbaren, die für das Funktionieren von Räten, Sowjets und anderen Formen produktivistischer Kollektive erforderlich sind. Um das Ausmaß der Arbeitsverweigerung einzudämmen, griff die Spanische Revolution zu intensiver Propaganda. Ihren deutlichsten Ausdruck fand sie in den Postern der „spanischen Linken – der Kommunisten, Sozialisten und Anarchosyndikalisten. Die großen Organisationen verwandten erstaunlich viel Zeit und Geld auf die Herstellung dieser Propaganda, auch dann noch, als Papier und andere Ressourcen knapp und teuer geworden waren.
Viele der Plakatkünstler waren schon vor der Revolution in der Werbebranche tätig gewesen, und sie arbeiteten nicht nur für eine, sondern für mehrere Organisationen. So entwarf etwa ein Funktionär der Gewerkschaft der Berufsdesigner Poster für die CNT, die UGT, die PSUC und die Generalitat. Seine Gewerkschaft stellte sogar für den POUM, die unabhängige kommunistische Organisation, Plakate her.
Es entstand ein ökumenischer Stil, der (trotz leichter thematischer Unterschiede) sowohl die Arbeiter als auch die Produktivkräfte in nahezu identischer Weise darstellte. Selbst als sich Anarchosyndikalisten und Kommunisten im Mai 1937 in den Straßen von Barcelona gegenseitig umbrachten, blieb die ästhetische Einheit der Volksfront bestehen.
Ideologische Auseinandersetzungen und Machtkämpfe hinderten konkurrierende Organisationen nicht, ähnliche Dar-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gegen die Arbeit

stellungen ihrer vorgeblichen Basis zu akzeptieren.
Die Arbeiter auf diesen Plakaten (die im Stil dem sowjetischen Sozialistischen Realismus stark ähneln) arbeiten, kämpfen oder sterben für die Sache. Diese Männer und, gleichbedeutend, Frauen – denn in der spanischen Revolution waren Männer und Frauen im Krieg und bei der Arbeit theoretisch gleichgestellt – kämpften immer heldenhaft und unermüdlich für den Sieg der Revolution oder der Zweiten Republik: auf dem Lande, in den Fabriken und auf dem Schlachtfeld.
Tatsächlich war auf vielen Plakaten das Geschlecht der Person fast unbestimmbar. Wichtig waren weder die Eigenschaften noch der Charakter der dargestellten Individuen, sondern ihre Funktion als Soldat oder Arbeiter.

Der spanische sozialistische Realismus stand für die fortschreitende „Vermännlichung der Ikonografie der Arbeiterbewegung"

Ein Plakat der CNT, das Pessimismus und Mutlosigkeit bekämpfen sollte, zeigte zwei Gestalten, einen Mann und eine Frau, die einander glichen. Beide hatten riesige Unter- und Oberarme, breite Schultern und sehr kleine Köpfe. Damit wurde ausgedrückt, dass körperliche, nicht geistige Anstrengungen von ihnen verlangt wur- Maschinen und die Menschheit waren heldenhaft und überlebensgroß.
In Anbetracht der marxistischen und anarchosyndikalistischen Konzeption des Arbeiters ist es kaum verwunderlich, dass die revolutionäre Kunst dessen produktive Eigenschaften unterstreichen musste. Diese Ideologien, welche die Arbeit und den Arbeiter verherrlichten, stellten die weiblichen und männlichen Lohnarbeiter durchweg als muskulöse und mächtige Wesen dar, die Gegenstände sowohl für den Konsum als auch für den Kampf zu schaffen in der Lage waren. Daher die Bedeutung des Armes und insbesondere der Hand, ein Symbol des homo faber und Mittelpunkt vieler Darstellungen.

Die Interpretation der Plakate hilft uns zu verstehen, wie einerseits Marxisten und Anarchosyndikalisten sich die Arbeiterklasse im wahrsten Sinne des Wortes vorstellten, und wie die Revolutionäre andererseits auf das reale Verhalten der Arbeiter während des Bürgerkriegs und der Revolution reagierten

Der spanische sozialistische Realismus versuchte die Arbeiter zu überzeugen: vom Kämpfen, vom Arbeiten und dem Sinn größerer Opfer. Es war Propaganda, die keinen Humor kannte und manchmal etwas Bedrohliches hatte.



1936 bis 1938 in Barcelona und Paris, als die Linke die politische Macht in den Händen hielt, fortgesetzt oder sogar verstärkt.
Gegen die Arbeit setzte sich mit den Gesellschaftstheorien François Guizots und Karl Marx' auseinander. Beide untersuchten die Herausbildung sozialer Klassen und die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen.
Die Spanische Revolution und der Bürgerkrieg brachen im Juli 1936 in einem Land aus, in dem, ähnlich wie in Russland und China, die Bourgeoisie schwach gewesen war, unfähig, die „bürgerliche Revolution", d.h. die Schaffung eines geeinten Nationalstaats, die Entwicklung der Produktionsmittel und die Trennung zwischen Staat und Kirche sowie zwischen Militär und Zivilregierung, zu vollenden.
In Barcelona übernahmen revolutionäre AnarchosyndikalistInnen, KommunistInnen und SozialistInnen die Leitung der Fabriken, sahen sich jedoch mit Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Gleichgültigkeit und geringer Produktivität seitens der gewöhnlichen ArbeiterInnen konfrontiert.
Die Militanten der Parteien und Gewerkschaften beantworteten den Widerstand der ArbeiterInnen mit den gleichen repressiven Mitteln wie zuvor die Kapitalisten: Der Lohn wurde an die Produktivität geknüpft und Fehlzeiten am Arbeitsplatz wurden bestraft. In vielerlei Hinsicht wiederholten die Arbei-

stellungen ihrer vorgeblichen Basis zu akzeptieren.
Die Arbeiter auf diesen Plakaten (die im Stil dem sowjetischen Sozialistischen Realismus stark ähneln) arbeiten, kämpfen oder sterben für die Sache. Diese Männer und, gleichbedeutend, Frauen – denn in der spanischen Revolution waren Männer und Frauen im Krieg und bei der Arbeit theoretisch gleichgestellt – kämpften immer heldenhaft und unermüdlich für den Sieg der Revolution oder der Zweiten Republik: auf dem Lande, in den Fabriken und auf dem Schlachtfeld.
Tatsächlich war auf vielen Plakaten das Geschlecht der Person fast unbestimmbar. Wichtig waren weder die Eigenschaften noch der Charakter der dargestellten Individuen, sondern ihre Funktion als Soldat oder Arbeiter.

Der spanische sozialistische Realismus stand für die fortschreitende „Vermännlichung der Ikonografie der Arbeiterbewegung"

Ein Plakat der CNT, das Pessimismus und Mutlosigkeit bekämpfen sollte, zeigte zwei Gestalten, einen Mann und eine Frau, die einander glichen. Beide hatten riesige Unter- und Oberarme, breite Schultern und sehr kleine Köpfe. Damit wurde ausgedrückt, dass körperliche, nicht geistige Anstrengungen von ihnen verlangt wurden. Die Gestalten waren fast identisch, abgesehen davon, dass eine längere Haare und einen unscheinbaren Busen hatte – die einzigen Hinweise auf Weiblichkeit in dem Bild.
Ein Detail kennzeichnete die andere Gestalt: hochgekrempelte Ärmel, ein leicht erkennbares

Maschinen und die Menschheit waren heldenhaft und überlebensgroß.
In Anbetracht der marxistischen und anarchosyndikalistischen Konzeption des Arbeiters ist es kaum verwunderlich, dass die revolutionäre Kunst dessen produktive Eigenschaften unterstreichen musste. Diese Ideologien, welche die Arbeit und den Arbeiter verherrlichten, stellten die weiblichen und männlichen Lohnarbeiter durchweg als muskulöse und mächtige Wesen dar, die Gegenstände sowohl für den Konsum als auch für den Kampf zu schaffen in der Lage waren. Daher die Bedeutung des Armes und insbesondere der Hand, ein Symbol des homo faber und Mittelpunkt vieler Darstellungen.

Die Interpretation der Plakate hilft uns zu verstehen, wie einerseits Marxisten und Anarchosyndikalisten sich die Arbeiterklasse im wahrsten Sinne des Wortes vorstellten, und wie die Revolutionäre andererseits auf das reale Verhalten der Arbeiter während des Bürgerkriegs und der Revolution reagierten

Der .spanische sozialistische Realismus versuchte die Arbeiter zu überzeugen: vom Kämpfen, vom Arbeiten und dem Sinn größerer Opfer. Es war Propaganda, die keinen Humor kannte und manchmal etwas Bedrohliches hatte.
Die Kunst der Frente Popular zielte darauf ab, den Arbeiterwiderstand gegen die Arbeit zu verringern, der (wie wir sehen werden) eines der drängendsten Probleme für die gesamte Linke war. Barcelonas Arbeiter waren dafür bekannt, an Feiertagen und insbesondere in der



1936 bis 1938 in Barcelona und Paris, als die Linke die politische Macht in den Händen hielt, fortgesetzt oder sogar verstärkt.
Gegen die Arbeit setzte sich mit den Gesellschaftstheorien François Guizots und Karl Marx' auseinander. Beide untersuchten die Herausbildung sozialer Klassen und die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen.
Die Spanische Revolution und der Bürgerkrieg brachen im Juli 1936 in einem Land aus, in dem, ähnlich wie in Russland und China, die Bourgeoisie schwach gewesen war, unfähig, die „bürgerliche Revolution", d.h. die Schaffung eines geeinten Nationalstaats, die Entwicklung der Produktionsmittel und die Trennung zwischen Staat und Kirche sowie zwischen Militär und Zivilregierung, zu vollenden.
In Barcelona übernahmen revolutionäre AnarchosyndikalistInnen, KommunistInnen und SozialistInnen die Leitung der Fabriken, sahen sich jedoch mit Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Gleichgültigkeit und geringer Produktivität seitens der gewöhnlichen ArbeiterInnen konfrontiert.
Die Militanten der Parteien und Gewerkschaften beantworteten den Widerstand der ArbeiterInnen mit den gleichen repressiven Mitteln wie zuvor die Kapitalisten: Der Lohn wurde an die Produktivität geknüpft und Fehlzeiten am Arbeitsplatz wurden bestraft. In vielerlei Hinsicht wiederholten die ArbeiterInnen und Führungskräfte während der Spanischen Revolution damit die Erfahrungen ihrer sowjetischen KollegInnen während und nach der Russischen Revolution.[7]
Die Volksfront in Frankreich – eine Koalition der Sozialisten, Kommunisten und zentristi-

tig waren weder die Eigenschaften noch der Charakter der dargestellten Individuen, sondern ihre Funktion als Soldat oder Arbeiter.

Der spanische sozialistische Realismus stand für die fortschreitende „Vermännlichung der Ikonografie der Arbeiterbewegung“

Ein Plakat der CNT, das Pessimismus und Mutlosigkeit bekämpfen sollte, zeigte zwei Gestalten, einen Mann und eine Frau, die einander glichen. Beide hatten riesige Unter- und Oberarme, breite Schultern und sehr kleine Köpfe. Damit wurde ausgedrückt, dass körperliche, nicht geistige Anstrengungen von ihnen verlangt wurden. Die Gestalten waren fast identisch, abgesehen davon, dass eine längere Haare und einen unscheinbaren Busen hatte – die einzigen Hinweise auf Weiblichkeit in dem Bild.
Ein Detail kennzeichnete die andere Gestalt: hochgekrempelte Ärmel, ein leicht erkennbares Symbol für Handarbeit.
Diese Kunst befasste sich einzig und allein mit der konstruktiven oder destruktiven Fähigkeit ihrer Subjekte, die gleichzeitig ihre Objekte waren.
Die Künstler verwischten die Differenzen zwischen Soldaten und Produzenten, zwischen Rüstungs- und ziviler Industrie ebenso sehr wie die zwischen Mann und Frau.
Ein Plakat der PSUC setzte die Industrie in Kriegs- und Friedenszeiten in eins. In dem Bild formen die langen Schornsteine die Silhouette großer Kanonen. Ein berühmtes CNT-Plakat transportierte die gleiche Aussage: Im Vordergrund ein Soldat, der sein Gewehr abfeuert; er ergänzt einen Arbeiter im Hintergrund, der mit einer Sichel Weizen erntet, an sich faber und Mittelpunkt vieler Darstellungen.

Die Interpretation der Plakate hilft uns zu verstehen, wie einerseits Marxisten und Anarchosyndikalisten sich die Arbeiterklasse im wahrsten Sinne des Wortes vorstellten, und wie die Revolutionäre andererseits auf das reale Verhalten der Arbeiter während des Bürgerkriegs und der Revolution reagierten

Der spanische sozialistische Realismus versuchte die Arbeiter zu überzeugen: vom Kämpfen, vom Arbeiten und dem Sinn größerer Opfer. Es war Propaganda, die keinen Humor kannte und manchmal etwas Bedrohliches hatte.
Die Kunst der Frente Popular zielte darauf ab, den Arbeiterwiderstand gegen die Arbeit zu verringern, der (wie wir sehen werden) eines der drängendsten Probleme für die gesamte Linke war. Barcelonas Arbeiter waren dafür bekannt, an Feiertagen und insbesondere in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr nicht zur Arbeit zu erscheinen. Die PSUC reagierte auf einen solchen Absentismus mit einem Plakat, das einen Soldaten zeigte, dessen Bajonett den Samstag auf einem Kalender zerschneidet. Der Titel des Plakats rief zum Ende der Festlichkeiten auf und forderte, dass ein neuer „Kriegskalender“ zu gelten habe. Eine andere Darstellung forderte, dass der Erste Mai nicht Feiertag, sondern ein Tag der „Intensivierung der Produktion“ sein solle.
Manchmal setzten spanische Aktivisten exzessives Trinken und Faulheit mit Sabotage und gar Faschismus gleich. Ein Plakat der CNT, das in Barcelona für das Departamento de orden público de Aragon hergestellt



oder schwarz, sondern gelb und reflektierte die Farbtöne des sonnigen Spanien. Am unteren Rand stand zu lesen: Der faule Mann ist ein Faschist. Ein weiteres CNT-Plakat, wiederum für die Genossen in Aragonien, zeigte ebenfalls einen Mann, der eine Zigarette rauchte – ein Symbol, da mag man spekulieren, für Gleichgültigkeit und Frechheit, denn engagierte Arbeiter und Soldaten wurden nicht rauchend gezeigt. Dieser Mann war von großen Weinflaschen umgeben, und das Plakat führte den Schriftzug: „Ein Betrunkener ist ein Parasit. Schalten wir ihn aus.“
In einer Zeit, in der die Drohung mit Eliminierung nicht immer nur ein Ausspruch blieb und in der Arbeitslager für Feinde und Teilnahmslose durchaus in Be-

griff das Problem der Gleichgültigkeit der Arbeiter auf. Eines zeigte eine starke rote Gestalt, die mit einer Schaufel im Boden grub und Arbeiter bat, sich freiwillig den Arbeitsbrigaden anzuschließen. Viele dieser Brigaden wurden 1937 obligatorisch. Ein anderes Plakat, aus Madrid, forderte versehrte Veteranen auf, den Kampf durch Arbeit in den Fabriken zu unterstützen und damit bisher unverletzte Arbeiter für den Kampf freizusetzen. Ein drittes enthielt den sehr direkten Aufruf: „Arbeiter, Arbeite und Wir werden siegen.“
Es zeigte eine rote Gestalt mit freiem, gut gebauten Oberkörper, Schmied oder Metallarbeiter, zu dessen Füßen eine Reihe von Soldaten ihre Waffen auf den Feind abfeuerte.“ (S. 161-

rung bezeichneten Handlungsweisen ablegen würden – Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Zuspätkommen, Klauen und Sabotage. Die Kulturalisten (Gareth Stedman Jones und die Postmodernisten) argumentierten, dass die Sprache die Arbeit für die ArbeiterInnen sinnvoll mache.
Gegen die Arbeit versuchte zu zeigen, dass keine dieser Theorien in der Lage war, den andauernden Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Arbeit zu erklären. Ich hatte das Wort Widerstand mit Bedacht gewählt, ich war mir seiner antifaschistischen politischen Bedeutung voll bewusst.
Der Faschismus deutscher, italienischer und anderer Ausprägungen ist dem Kommunismus in seiner Vergöttlichung der Ar-

nung zwischen Staat und Kirche sowie zwischen Militär und Zivilregierung, zu vollenden.
In Barcelona übernahmen revolutionäre AnarchosyndikalistInnen, KommunistInnen und SozialistInnen die Leitung der Fabriken, sahen sich jedoch mit Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Gleichgültigkeit und geringer Produktivität seitens der gewöhnlichen ArbeiterInnen konfrontiert.
Die Militanten der Parteien und Gewerkschaften beantworteten den Widerstand der ArbeiterInnen mit den gleichen repressiven Mitteln wie zuvor die Kapitalisten: Der Lohn wurde an die Produktivität geknüpft und Fehlzeiten am Arbeitsplatz wurden bestraft. In vielerlei Hinsicht wiederholten die ArbeiterInnen und Führungskräfte während der Spanischen Revolution damit die Erfahrungen ihrer sowjetischen KollegInnen während und nach der Russischen Revolution.[7]
Die Volksfront in Frankreich – eine Koalition der Sozialisten, Kommunisten und zentristischen Radikalen – war, anders als in Spanien, nicht revolutionär, sondern reformistisch.
Die französische Bourgeoisie hatte das Modell der „bürgerlichen Revolution“ geschaffen, indem sie die Nation geeint, ein neues Verhältnis zwischen Religion und Staat eingeführt und die Produktivkräfte stetig entwickelt hatte.
Die Militanten der französischen Arbeiterklasse hatten andere Pläne als die Vollendung einer Revolution der Mittelschicht. Nach dem Wahlsieg der Volksfrontkoalition brach Mitte Mai 1936 eine Welle von Fabrikbesetzungen los, welche insbesondere die Region um Paris betraf:
„Als sie ein günstiges politisches und gesellschaftliches Klima verspürten, verließen

Diese Kunst befasste sich einzig und allein mit der konstruktiven oder destruktiven Fähigkeit ihrer Subjekte, die gleichzeitig ihre Objekte waren.
Die Künstler verwischten die Differenzen zwischen Soldaten und Produzenten, zwischen Rüstungs- und ziviler Industrie ebenso sehr wie die zwischen Mann und Frau.
Ein Plakat der PSUC setzte die Industrie in Kriegs- und Friedenszeiten in eins. In dem Bild formen die langen Schornsteine die Silhouette großer Kanonen. Ein berühmtes CNT-Plakat transportierte die gleiche Aussage: Im Vordergrund ein Soldat, der sein Gewehr abfeuert; er ergänzt einen Arbeiter im Hintergrund, der mit einer Sichel Weizen erntet, an sich schon ein Symbol der Arbeit in der sozialistisch-realistischen Ikonografie.
Die Figuren wären ununterscheidbar, wären da nicht ihre Gerätschaften und ihre Körperhaltung. Lebendiges Rot und Schwarz, die Farben der anarchistischen Bewegung, verstärkten das Profil der mächtigen Arbeiter. Die Titelzeile lautete: Genosse, arbeite und kämpfe für die Revolution.
Niemals bildeten die Künstler die Arbeiter und Soldaten auf den Plakaten müde, hungrig oder krank ab. Die Produktionsmittel – die Fabriken, Höfe und Werkstätten – wurden, ganz gleich wie hässlich sie waren, ebenso idealisiert wie die mutigen, starken und kraftstrotzenden Männer und Frauen, die für die Sache lebten und starben. Diese Darstellung der Produktivkräfte spiegelte den Produktivismus der Linken und ihren Modernisierungswillen. Die

und Neujahr nicht zur Arbeit zu erscheinen. Die PSUC reagierte auf einen solchen Absentismus mit einem Plakat, das einen Soldaten zeigte, dessen Bajonett den Samstag auf einem Kalender zerschneidet. Der Titel des Plakats rief zum Ende der Festlichkeiten auf und forderte, dass ein neuer „Kriegskalender" zu gelten habe. Eine andere Darstellung forderte, dass der Erste Mai nicht Feiertag, sondern ein Tag der „Intensivierung der Produktion" sein solle.
Manchmal setzten spanische Aktivisten exzessives Trinken und Faulheit mit Sabotage und gar Faschismus gleich. Ein Plakat der CNT, das in Barcelona für das Departamento de orden público de Aragon hergestellt wurde, stellte einen dicken Mann dar, der eine Zigarette raucht und sich, scheinbar auf dem Land, gemütlich ausruhte. Die Farben dieses Werkes waren andere als die der meisten Plakate: die Gestalt war nicht rot

reflektierte die Farbtöne des sonnigen Spanien. Am unteren Rand stand zu lesen: Der faule Mann ist ein Faschist. Ein weiteres CNT-Plakat, wiederum für die Genossen in Aragonien, zeigte ebenfalls einen Mann, der eine Zigarette rauchte – ein Symbol, da mag man spekulieren, für Gleichgültigkeit und Frechheit, denn engagierte Arbeiter und Soldaten wurden nicht rauchend gezeigt. Dieser Mann war von großen Weinflaschen umgeben, und das Plakat führte den Schriftzug: „Ein Betrunkener ist ein Parasit. Schalten wir ihn aus."
In einer Zeit, in der die Drohung mit Eliminierung nicht immer nur ein Ausspruch blieb und in der Arbeitslager für Feinde und Teilnahmslose durchaus in Betrieb waren, war diese Zeile besonders starker Tobak. Sowohl Marxisten als auch Anarchosyndikalisten standen den Unproduktiven feindlich gegenüber.
Eine Vielzahl von Plakaten


Michael Seidman Foto: privat

gültigkeit der Arbeiter auf. Eines zeigte eine starke rote Gestalt, die mit einer Schaufel im Boden grub und Arbeiter bat, sich freiwillig den Arbeitsbrigaden anzuschließen. Viele dieser Brigaden wurden 1937 obligatorisch. Ein anderes Plakat, aus Madrid, forderte versehrte Veteranen auf, den Kampf durch Arbeit in den Fabriken zu unterstützen und damit bisher unverletzte Arbeiter für den Kampf freizusetzen. Ein drittes enthielt den sehr direkten Aufruf: „Arbeiter, Arbeite und Wir werden siegen."
Es zeigte eine rote Gestalt mit freiem, gut gebauten Oberkörper, Schmied oder Metallarbeiter, zu dessen Füßen eine Reihe von Soldaten ihre Waffen auf den Feind abfeuerte." (S. 161-165)

Als *Gegen die Arbeit* im Jahr 1991 veröffentlicht wurde, forderten seine ikonoklastischen Thesen alle drei in den Achtzigerjahren maßgeblichen Schulen angloamerikanischer Arbeitergeschichtsschreibung in die Schranken: Marxismus, Modernisierungstheorie und Kulturalismus. Die Marxisten (E. P. Thompson, Eric Hobsbawm und Herbert Gutman) postulierten die fortschreitende Entwicklung des Klassenbewusstseins, welche die ArbeiterInnen und ihre VertreterInnen in die Lage versetzen würde, die Produktivkräfte effizient zu verwalten. Die Modernisierungstheoretiker (Peter Stearns und Charles Tilly) gingen davon aus, dass sich die ArbeiterInnen an die Industriegesellschaft anpassen und allmählich die von mir als Widerstand gegen die Arbeit oder Arbeitsverweige-

weisen ablegen würden – Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Zuspätkommen, Klauen und Sabotage. Die Kulturalisten (Gareth Stedman Jones und die Postmodernisten) argumentierten, dass die Sprache die Arbeit für die ArbeiterInnen sinnvoll mache.
Gegen die Arbeit versuchte zu zeigen, dass keine dieser Theorien in der Lage war, den andauernden Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Arbeit zu erklären. Ich hatte das Wort Widerstand mit Bedacht gewählt, ich war mir seiner antifaschistischen politischen Bedeutung voll bewusst.
Der Faschismus deutscher, italienischer und anderer Ausprägungen ist dem Kommunismus in seiner Vergöttlichung der Arbeit durchaus ähnlich. Wie der Kommunismus glorifiziert der Faschismus den Arbeiter, um ihn stärker auszubeuten.
Die Arbeitsverweigerungsformen der ArbeiterInnen waren größtenteils gewaltfrei im Sinne der „materialistischen Gewaltlosigkeit". Indem sie die Fabrik- und Verwaltungshierarchien in Frage stellten, waren sie zugleich implizit und explizit egalitär.
Selbstredend ist jeder Streik eine Weigerung, Lohnarbeit auszuführen. Andere Formen des Widerstands gegen die Arbeit wiederholen diese Verweigerungen in dem Versuch, Arbeitsplatz und Arbeitszeit zu meiden. Sie negieren tatsächlich auf Graswurzelebene die Bedingungen der Lohnarbeit.
Paradoxerweise wurden diese Verweigerungen Ende der 30er-Jahre unter den Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien, genauer gesagt von

als in Spanien, nicht revolutionär, sondern reformistisch.
Die französische Bourgeoisie hatte das Modell der „bürgerlichen Revolution" geschaffen, indem sie die Nation geeint, ein neues Verhältnis zwischen Religion und Staat eingeführt und die Produktivkräfte stetig entwickelt hatte.
Die Militanten der französischen Arbeiterklasse hatten andere Pläne als die Vollendung einer Revolution der Mittelschicht. Nach dem Wahlsieg der Volksfrontkoalition brach Mitte Mai 1936 eine Welle von Fabrikbesetzungen los, welche insbesondere die Region um Paris betraf:
„Als sie ein günstiges politisches und gesellschaftliches Klima verspürten, verließen viele Arbeiter – manchmal angeführt von Basisaktivisten der CGT oder des PCF, manchmal auf eigene Initiative hin – im Mai und Juni 1936 unerwartet ihre Maschinen oder legten ihre Werkzeuge nieder. Wie ein Historiker der Volksfront anmerkt: ‚Die einzig befriedigende These ist [...] die einer weitgehend spontanen Bewegung: Daher [rührte] ihre unerhörte Bedeutung – nahezu zwei Millionen Streikende. Daher auch das besonnene Verhalten der Arbeitgeber, die mit dem Strom schwammen, ohne einen Versuch ihn aufzuhalten.' Die Arbeiter waren glücklich, ja freudig, die Arbeit zu beenden und ergriffen die Gelegenheit, mit ihren Kollegen in den stillen Fabriken zu entspannen und manchmal auch Liebesaffären zu beginnen (Frauen stellten mehr als 20 Prozent der Arbeitskräfte in der Me-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Gegen die Arbeit

tallverarbeitung). Obwohl viele Besetzungen spontan entstanden, begannen CGT-Aktivisten bald, die Streikenden zu organisieren und Forderungen zu formulieren. Aktive Gewerkschafter sorgten mit Unterstützung der sozialistischen und kommunistischen Rathäuser für die Sicherheit und Verpflegung der Arbeiter." (S. 326-327)

Im Juni 1936 wurde Léon Blum, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Premierminister und gewährte den französischen ArbeiterInnen höhere Löhne, die Vierzig-Stunden-Woche und zwei Wochen bezahlten Urlaub.

Die Lohnabhängigen aber wollten mehr. Von 1936 bis 1938 führten sie einen Guerillakrieg gegen die Arbeit. In vielen wichtigen Pariser Fabriken sank die Produktivität, während der Einfluss der Gewerkschaftsaktivisten in den Belegschaften zunahm. Die Gewerkschafter setzten niedrige Produktionsquoten durch; somit wurde die Akkordarbeit ineffektiv.

Die geringen Produktionsmengen schufen für Blums Regierung und die Volksfront gewaltige politische und wirtschaftliche Probleme. Insbesondere die Verzögerungen bei der Fertigstellung zahlreicher Pavillons für die Pariser Weltausstellung 1937, die doch als Frankreichs großer Auftritt auf der globalen Bühne gedacht war, brachten Blums Regierung in



celona und Paris gemachten Erfahrungen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein würde, eine Arbeiterdemokratie am Arbeitsplatz aufzubauen.

Das Buch versuchte auch einen Beitrag zur Staatstheorie zu leisten, indem es die These vertrat, es bedürfe eines mächtigen und potentiell repressiven Staates, um die Arbeiter zum Arbeiten zu bringen. In den 1930er-Jahren lebte der Widerstand gegen die Arbeit in geschwächten oder nachgiebigen Staaten auf; repressive Staaten hingegen – bürgerliche wie proletarische – dämmten die Verweigerungen ein. Obwohl Parteien der Arbeiterklasse und Gewerkschaften an der Regierung waren, widersetzten sich die ArbeiterInnen den Zwängen von Arbeitsraum und Arbeitszeit.

In Frankreich führte der Widerstand gegen die Arbeit sogar zu wachsender Unterstützung des Faschismus und der extremen Rechten durch die Vorarbeiter und Manager, deren Anweisungen die ArbeiterInnen während der Volksfront missachtet hatten.

In diesem Sinne war der Faschismus eine ins Extreme übersteigerte Arbeitsideologie.

Die englische Originalausgabe von *Gegen die Arbeit* erschien 1991 unter dem Titel *Workers against Work* und wurde uneinheitlich aufgenommen.

Das akademische Interesse verebbte schon bald nach der

männlichen und weiblichen Lohnabhängigen eine gemeinsame Plattform zu bieten, sondern auch Übereinstimmungen zwischen der ArbeiterInnen- und der Ökologiebewegung zu entdecken, die ja für gewöhnlich als Gegnerinnen gelten.

Man kann die Zurückweisung der Lohnarbeit durch die ArbeiterInnen in den 1930er-Jahren durchaus als Vorläuferin der Ökologiebewegung betrachten.

Während der Fabrikbesetzungen im Frühjahr 1936 unterbrachen die ArbeiterInnen die Fertigung von Automobilen – den zentralen Konsumgütern der Konsumgesellschaft – und fanden sich statt dessen in der Fabrik in kleinen Gruppen zusammen, aßen und plauderten. „Musik, Gesang und Lachen" ersetzten „das unbarmherzige Dröhnen der Maschinen".[9]

Diese dramatische Veränderung kann als Vorwegnahme einer ökologischen Stadtutopie interpretiert werden.

Die Geschichte von *Gegen die Arbeit* ist ein Beispiel für die Wechselfälle intellektueller Produktion und Rezeption.

Ein in der akademischen Welt in den USA der frühen 1990er-Jahre mit gemischten Kritiken bedachtes Werk wurde eine Generation später in anderen Ländern mit mehr Begeisterung aufgenommen.

Die Geschichte der Arbeit ist zu ihren im frühen 19. Jahrhundert liegenden, unakademischen

tallverarbeitung). Obwohl viele Besetzungen spontan entstanden, begannen CGT-Aktivisten bald, die Streikenden zu organisieren und Forderungen zu formulieren. Aktive Gewerkschafter sorgten mit Unterstützung der sozialistischen und kommunistischen Rathäuser für die Sicherheit und Verpflegung der Arbeiter." (S. 326-327)

Im Juni 1936 wurde Léon Blum, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Premierminister und gewährte den französischen ArbeiterInnen höhere Löhne, die Vierzig-Stunden-Woche und zwei Wochen bezahlten Urlaub.

Die Lohnabhängigen aber wollten mehr. Von 1936 bis 1938 führten sie einen Guerillakrieg gegen die Arbeit. In vielen wichtigen Pariser Fabriken sank die Produktivität, während der Einfluss der Gewerkschaftsaktivisten in den Belegschaften zunahm. Die Gewerkschafter setzten niedrige Produktionsquoten durch; somit wurde die Akkordarbeit ineffektiv.

Die geringen Produktionsmengen schufen für Blums Regierung und die Volksfront gewaltige politische und wirtschaftliche Probleme. Insbesondere die Verzögerungen bei der Fertigstellung zahlreicher Pavillons für die Pariser Weltausstellung 1937, die doch als Frankreichs großer Auftritt auf der globalen Bühne gedacht war, brachten Blums Regierung in größte Verlegenheit.

Offizielle Vertreter der Volksfrontparteien und Gewerkschaften appellierten unentwegt an die ArbeiterInnen, sich mehr anzustrengen, um das Projekt rechtzeitig abzuschließen.

„Doch trotz aller öffentlichen Appelle ging die Produktion wie in Barcelona nur schlep-



celona und Paris gemachten Erfahrungen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein würde, eine Arbeiterdemokratie am Arbeitsplatz aufzubauen.

Das Buch versuchte auch einen Beitrag zur Staatstheorie zu leisten, indem es die These vertrat, es bedürfe eines mächtigen und potentiell repressiven Staates, um die Arbeiter zum Arbeiten zu bringen. In den 1930er-Jahren lebte der Widerstand gegen die Arbeit in geschwächten oder nachgiebigen Staaten auf; repressive Staaten hingegen – bürgerliche wie proletarische – dämmten die Verweigerungen ein. Obwohl Parteien der Arbeiterklasse und Gewerkschaften an der Regierung waren, widersetzten sich die ArbeiterInnen den Zwängen von Arbeitsraum und Arbeitszeit.

In Frankreich führte der Widerstand gegen die Arbeit sogar zu wachsender Unterstützung des Faschismus und der extremen Rechten durch die Vorarbeiter und Manager, deren Anweisungen die ArbeiterInnen während der Volksfront missachtet hatten.

In diesem Sinne war der Faschismus eine ins Extreme übersteigerte Arbeitsideologie.

Die englische Originalausgabe von *Gegen die Arbeit* erschien 1991 unter dem Titel *Workers against Work* und wurde uneinheitlich aufgenommen.

Das akademische Interesse verebbte schon bald nach der Veröffentlichung; im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts jedoch erregte das Buch unter Libertären und MarxistInnen erneut Aufmerksamkeit. Inzwischen ist es in fünf Sprachen übersetzt worden.

Die neuerliche Auseinandersetzung mit *Gegen die Arbeit* entsprang einem in der radika-

männlichen und weiblichen Lohnabhängigen eine gemeinsame Plattform zu bieten, sondern auch Übereinstimmungen zwischen der ArbeiterInnen- und der Ökologiebewegung zu entdecken, die ja für gewöhnlich als Gegnerinnen gelten.

Man kann die Zurückweisung der Lohnarbeit durch die ArbeiterInnen in den 1930er-Jahren durchaus als Vorläuferin der Ökologiebewegung betrachten.

Während der Fabrikbesetzungen im Frühjahr 1936 unterbrachen die ArbeiterInnen die Fertigung von Automobilen – den zentralen Konsumgütern der Konsumgesellschaft – und fanden sich statt dessen in der Fabrik in kleinen Gruppen zusammen, aßen und plauderten.

„Musik, Gesang und Lachen" ersetzten „das unbarmherzige Dröhnen der Maschinen".[9]

Diese dramatische Veränderung kann als Vorwegnahme einer ökologischen Stadtutopie interpretiert werden.

Die Geschichte von *Gegen die Arbeit* ist ein Beispiel für die Wechselfälle intellektueller Produktion und Rezeption.

Ein in der akademischen Welt in den USA der frühen 1990er-Jahre mit gemischten Kritiken bedachtes Werk wurde eine Generation später in anderen Ländern mit mehr Begeisterung aufgenommen.

Die Geschichte der Arbeit ist zu ihren im frühen 19. Jahrhundert liegenden, unakademischen Wurzeln zurückgekehrt – sowohl bei den „utopischen" als auch bei den „wissenschaftlichen" TheoretikerInnen der Arbeiterklasse.

Michael Seidman

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Henriette Keller

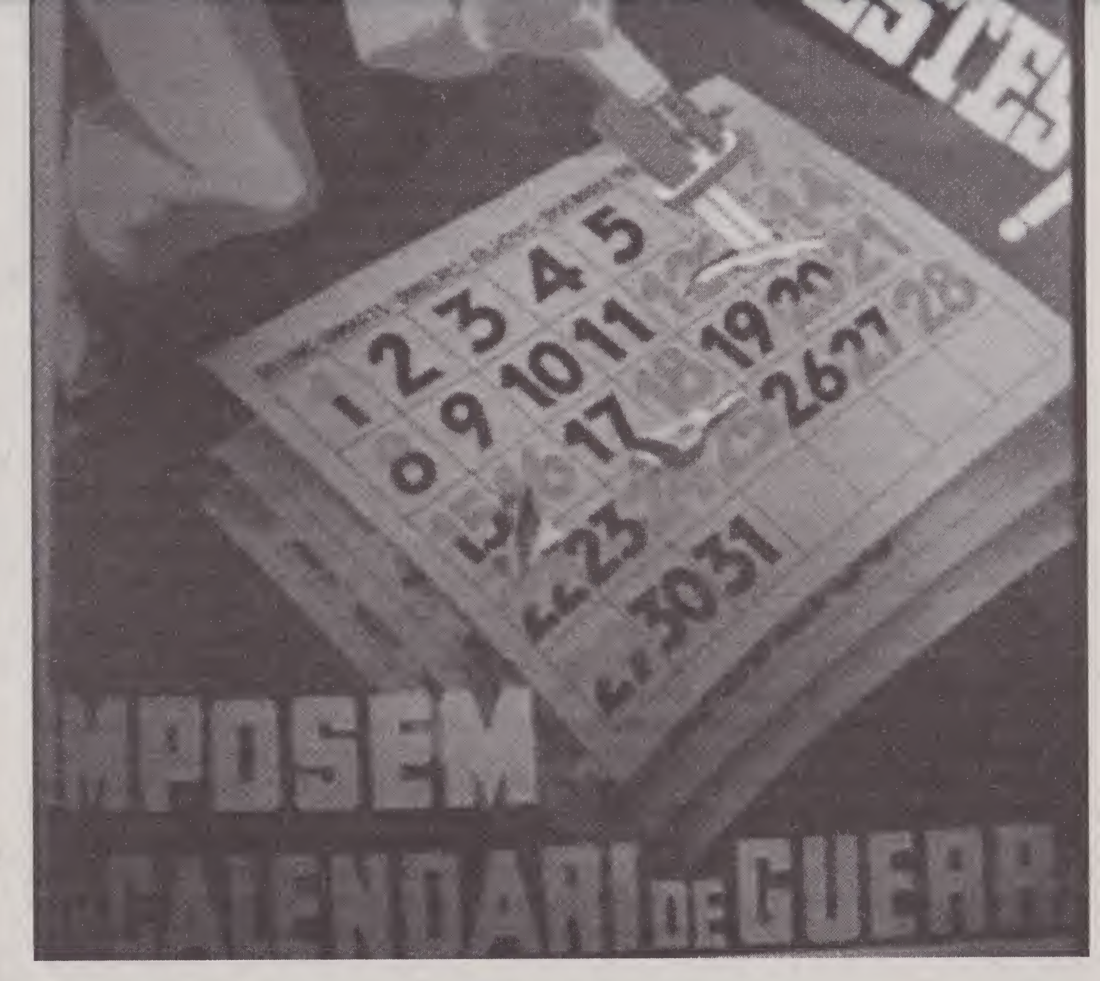
1 Der Autor dankt dem „Faculty Friday"-Semi

Die Lohnabhängigen aber wollten mehr. Von 1936 bis 1938 führten sie einen Guerillakrieg gegen die Arbeit. In vielen wichtigen Pariser Fabriken sank die Produktivität, während der Einfluss der Gewerkschaftsaktivisten in den Belegschaften zunahm. Die Gewerkschafter setzten niedrige Produktionsquoten durch; somit wurde die Akkordarbeit ineffektiv.

Die geringen Produktionsmengen schufen für Blums Regierung und die Volksfront gewaltige politische und wirtschaftliche Probleme. Insbesondere die Verzögerungen bei der Fertigstellung zahlreicher Pavillons für die Pariser Weltausstellung 1937, die doch als Frankreichs großer Auftritt auf der globalen Bühne gedacht war, brachten Blums Regierung in größte Verlegenheit.

Offizielle Vertreter der Volksfrontparteien und Gewerkschaften appellierten unentwegt an die ArbeiterInnen, sich mehr anzustrengen, um das Projekt rechtzeitig abzuschließen.

„Doch trotz aller öffentlichen Appelle ging die Produktion wie in Barcelona nur schleppend voran. Am 1. Februar 1937 richteten sich die wichtigsten Anführer der Volksfront gemeinsam an die versammelten Arbeiter der Weltausstellung. Blum erklärte: ‚Die Ausstellung wird ein Triumph der Arbeiterklasse, der Volksfront und der Freiheit sein. Sie wird zeigen, dass ein demokratisches Regime der Diktatur überlegen ist. [...] Die Reputation der Volksfront steht auf dem Spiel und ich sage euch ganz ehrlich, dass Samstags- und Sonntagsarbeit notwendig ist.' Der CGT-Vorsitzende Léon Jouhaux sagte der Menge, dass ‚Opfer gebracht werden' müssen. Marcel Gitton, einer der höchsten PCF-Funktionäre, wandte sich an das Publikum: ‚Die Ausstellung wird am 1. Mai eröffnen, dem Tag der Arbeit (fête du travail). Ihr Erfolg wird die Volksfront stärken. Die Ausstellung wird ein Sieg tausender Arbeiter und all der arbeitenden Massen zweiten und dritten Schicht waren schlecht ausgeführt und mussten nochmals gemacht werden. Zweitens hatte die Nachtschicht naturgemäß Probleme mit dem Licht und ihre abweichende Arbeitszeit war typischerweise viel weniger produktiv als die Tagschichten. Drittens widersetzten sich die Gewerkschaften dem Einsatz technisch fortschrittlicher Methoden und bevorzugten handwerkliche Techniken, um Arbeitsplätze zu schaffen. Sie verweigerten zum Beispiel den Einsatz von Farbspritzmaschinen. *Faktisch unterbanden die CGT-Delegierten auf der Ausstellung die Wochenendarbeit weitgehend, obwohl hocharbeit] erreicht wurde; [...] am folgenden Samstag untersagte eine gegenteilige, oft unerklärliche Anweisung den Arbeitern das Betreten der Baustelle." Zudem weigerten sich die Arbeiter die Tage nachzuarbeiten, die aufgrund schlechten Wetters oder durch Feiertage unter der Woche verloren gingen."* (S. 385-387)



Die zentristische Partei der Radikalen, die Königsmacherin der Regierungskoalition, entfremdete sich der Volksfront – in ihren Augen war sie für die niedrige Produktivität und die in der Folge einsetzende Inflation verantwortlich.

Die Parteien der Mitte und der Rechten waren der Auffassung,

Gewerkschaften an der Regierung waren, widersetzten sich die ArbeiterInnen den Zwängen von Arbeitsraum und Arbeitszeit.

In Frankreich führte der Widerstand gegen die Arbeit sogar zu wachsender Unterstützung des Faschismus und der extremen Rechten durch die Vorarbeiter und Manager, deren Anweisungen die ArbeiterInnen während der Volksfront missachtet hatten.

In diesem Sinne war der Faschismus eine ins Extreme übersteigerte Arbeitsideologie.

Die englische Originalausgabe von *Gegen die Arbeit* erschien 1991 unter dem Titel *Workers against Work* und wurde uneinheitlich aufgenommen.

Das akademische Interesse verebbte schon bald nach der Veröffentlichung; im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts jedoch erregte das Buch unter Libertären und MarxistInnen erneut Aufmerksamkeit. Inzwischen ist es in fünf Sprachen übersetzt worden.

Die neuerliche Auseinandersetzung mit *Gegen die Arbeit* entsprang einem in der radikalen Linken vorhandenen Wunsch, ihre Theorien einerseits zu verteidigen und andererseits zu revidieren.

Anders als frühere Generationen von Linken, die davon ausgingen, dass die ArbeiterInnen für die Revolution arbeiten würden, sind sich viele ihrer heutigen Erben darüber im Klaren, dass das größte Problem vielleicht nicht darin bestehen könnte, die Bourgeoisie zu stürzen, sondern darin, die Lohnabhängigen dazu zu bringen, für die Sache zu arbeiten.

Diese Linken waren in viel höherem Maße als so mancher Wissenschaftler bereit, die These von *Gegen die Arbeit* zu akzeptieren, dass die ArbeiterInnenbewegung oftmals in

den sich statt dessen in der Fabrik in kleinen Gruppen zusammen, aßen und plauderten. „Musik, Gesang und Lachen" ersetzten „das unbarmherzige Dröhnen der Maschinen".[9]

Diese dramatische Veränderung kann als Vorwegnahme einer ökologischen Stadtutopie interpretiert werden.

Die Geschichte von *Gegen die Arbeit* ist ein Beispiel für die Wechselfälle intellektueller Produktion und Rezeption.

Ein in der akademischen Welt in den USA der frühen 1990er-Jahre mit gemischten Kritiken bedachtes Werk wurde eine Generation später in anderen Ländern mit mehr Begeisterung aufgenommen.

Die Geschichte der Arbeit ist zu ihren im frühen 19. Jahrhundert liegenden, unakademischen Wurzeln zurückgekehrt – sowohl bei den „utopischen" als auch bei den „wissenschaftlichen" TheoretikerInnen der Arbeiterklasse.

Michael Seidman

Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch: Henriette Keller

1 Der Autor dankt dem „Faculty Friday"-Seminar der Historischen Fakultät der UNCW und besonders seinem Veranstalter Mark Spaulding sowie dem von Jim Winders und Don Reid veranstalteten Triangle Area French Cultural Studies Seminar für die dort geäußerten Anmerkungen und Fragen zu früheren Versionen dieses Essays.

2 Alexis Chassagne und Gaston Montracher, *La fin du travail* (Paris : Stock, 1978); *Le refus du travail*, Échanges et Mouvement (Paris 1977?); Bruno Astarian, *Aux origines de l'antitravail* (Paris : Echanges et Mouvements, 2005) ; Danièle Auffray, Thierry Baudouin, Michèle Collin, *Le travail, et après* (Paris : J. P. Delarge, 1978). Siehe auch Jacques Guigou und Jacques Wajnsztejn, *Mai 1968 et le mai rampant italien* (Paris : L'Harmattan, 2008), 150.

3 Antoine Prost, *La CGT à l'époque du front populaire: 1934-1939. Essai de description numérique* (Paris : Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, 1964); Rolande Trempé, *Les mineurs de Carmaux, 1848-1914* (Paris : Les Editions Ouvrières, 1971); Yves Lequin, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848-1914)*, (Lyon : Presses universitaires de Lyon, 1977).

4 Michelle Perrot, *Les ouvriers en grève: France 1871-1890*, 2 Bde. (Paris: Mouton, 1974); Michel Foucault, *Discipline and Punish: The Birth of the Prison*, übs. von Alan Sheridan (New York: Pantheon Books, 1977).

pend voran. Am 1. Februar 1937 richteten sich die wichtigsten Anführer der Volksfront gemeinsam an die versammelten Arbeiter der Weltausstellung. Blum erklärte: ‚Die Ausstellung wird ein Triumph der Arbeiterklasse, der Volksfront und der Freiheit sein. Sie wird zeigen, dass ein demokratisches Regime der Diktatur überlegen ist. [...] Die Reputation der Volksfront steht auf dem Spiel und ich sage euch ganz ehrlich, dass Samstags- und Sonntagsarbeit notwendig ist.' Der CGT-Vorsitzende Léon Jouhaux sagte der Menge, dass ‚Opfer gebracht werden' müssen. Marcel Gitton, einer der höchsten PCF-Funktionäre, wandte sich an das Publikum: ‚Die Ausstellung wird am 1. Mai eröffnen, dem Tag der Arbeit (fête du travail). Ihr Erfolg wird die Volksfront stärken. Die Ausstellung wird ein Sieg tausender Arbeiter und all der arbeitenden Massen sein. Die Feinde der Volksfront lechzen nach dem Scheitern der Ausstellung. Die Arbeiter wollen, dass sie ein unerhörter Erfolg wird.'

Ungeachtet der Appelle und Mahnungen der Führer eröffnete die Ausstellung mit großer Verspätung. Die CGT weigerte sich, die 40-Stunden-Woche zu verlängern. So mussten zwei oder drei Schichten pro Tag organisiert werden.

Die Arbeitsleistung dieser Zusatzschichten sank aufgrund verschiedener Faktoren beträchtlich. Erstens führte der Facharbeitermangel zur Einstellung unerfahrener Arbeiter für die zweite und dritte Schicht. Die CGT billigte diese Praxis vorbehaltlos und untersagte den Unternehmern sogar, einige ihrer qualifiziertesten Arbeiter einzusetzen, weil diese nicht zur Gewerkschaft gehörten.

Von den vier Zementarbeitern, die eine Firma einstellen musste, hatte nur einer wirkliche Erfahrung. Viele der Arbeiten der zweiten und dritten Schicht waren schlecht ausgeführt und mussten nochmals gemacht werden. Zweitens hatte die Nachtschicht naturgemäß Probleme mit dem Licht und ihre abweichende Arbeitszeit war typischerweise viel weniger produktiv als die Tagschichten. Drittens widersetzten sich die Gewerkschaften dem Einsatz technisch fortschrittlicher Methoden und bevorzugten handwerkliche Techniken, um Arbeitsplätze zu schaffen. Sie verweigerten zum Beispiel den Einsatz von Farbspritzmaschinen. *Faktisch unterbanden die CGT-Delegierten auf der Ausstellung die Wochenendarbeit weitgehend, obwohl hochrangige CGT-Funktionäre versprochen hatten, Samstags- und Sonntagsarbeit im Rahmen der 40-Stunden-Woche zu erlauben. Die Delegierten und Arbeiter ignorierten die Aufrufe sowohl der CGT als auch der Humanité, dass Wochenendarbeit notwendig sei, um die Ausstellung rechtzeitig zu eröffnen. Einige Wochen nach Blums Rede bestand ein Delegierter der Zimmerleute darauf, dass am Samstag und Sonntag nicht gearbeitet wird. Den Malern des Amerikanischen Pavillons wurde die Erlaubnis für Wochenendarbeit versagt. Kurz darauf wurde eine elektrische Umspannanlage beschädigt, vermutlich um das Recht auf ein arbeitsfreies Wochenende zu schützen. Dem offiziellen Bericht der Ausstellung zufolge waren die Gewerkschaftsführer nicht in der Lage, ihre Versprechen der Wochenendarbeit „einzulösen": „Selbst wenn eine Verständigung [über die Wochenendarbeit] erreicht wurde; [...] am folgenden Samstag untersagte eine gegenteilige, oft unerklärliche Anweisung den Arbeitern das Betreten der Baustelle." Zudem weigerten sich die Arbeiter die Tage nachzuarbeiten, die aufgrund schlechten Wetters oder durch Feiertage unter der Woche verloren gingen."* (S. 385-387)

Die zentristische Partei der Radikalen, die Königsmacherin der Regierungskoalition, entfremdete sich der Volksfront – in ihren Augen war sie für die niedrige Produktivität und die in der Folge einsetzende Inflation verantwortlich.

Die Parteien der Mitte und der Rechten waren der Auffassung, die geringe Produktivität im Luftfahrtsektor schade der französischen Verteidigungsfähigkeit, da die deutschen ArbeiterInnen unter der Naziherrschaft fünfzig bis sechzig Stunden pro Woche arbeiteten, die französischen dagegen nur vierzig.

Krieg und Kriegsgefahr bedeuten grundsätzlich mehr Arbeit – und höheren Produktivitätsdruck für die ArbeiterInnen.

Im Angesicht der wachsenden Macht der Deutschen und der steigenden Inflation übernahm schließlich die Rechte die Regierungsgewalt und besiegelte im November 1938 das Ende der Volksfront, indem sie einen Generalstreik zur Verteidigung der Vierzig-Stunden-Woche niederschlug.

Die Geschichte von *Workers against Work*

Gegen die Arbeit kam zu dem Schluss, dass es angesichts der während der 30er-Jahre in Barcelona vorhandenen Wunsch, ihre Theorien einerseits zu verteidigen und andererseits zu revidieren.

Anders als frühere Generationen von Linken, die davon ausgingen, dass die ArbeiterInnen für die Revolution arbeiten würden, sind sich viele ihrer heutigen Erben darüber im Klaren, dass das größte Problem vielleicht nicht darin bestehen könnte, die Bourgeoisie zu stürzen, sondern darin, die Lohnabhängigen dazu zu bringen, für die Sache zu arbeiten.

Diese Linken waren in viel höherem Maße als so mancher Wissenschaftler bereit, die These von *Gegen die Arbeit* zu akzeptieren, dass die ArbeiterInnenbewegung oftmals in dem Bemühen der Basis bestand, sich dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit zu entziehen.

Neue Elemente der radikalen Linken – Gimenologues und Échanges in Frankreich, Wildcat und Graswurzelrevolution in Deutschland – begrüßten die Infragestellung des Produktivismus, ob er nun der kapitalistischen, der anarchistischen oder marxistischen Tradition entstammte.

Eine neue Generation von Feministinnen – einige ihrer älteren Schwestern waren dem Buch anfangs recht kritisch gegenüber gestanden – wusste die Anerkennung zu schätzen, die *Gegen die Arbeit* der besonderen Rolle der Frauen als Widerständlerinnen entgegenbrachte, insbesondere ihren hohen Fehlzeiten und ihrer relativ geringen Identifikation mit dem Arbeitsplatz.8

Indem es den Produktivismus kritisch hinterfragt, ist *Gegen die Arbeit* nicht nur in der Lage,

nar der Historischen Fakultät der UNCW und besonders seinem Veranstalter Mark Spaulding sowie dem von Jim Winders und Don Reid veranstalteten Triangle Area French Cultural Studies Seminar für die dort geäußerten Anmerkungen und Fragen zu früheren Versionen dieses Essays.

2 Alexis Chassagne und Gaston Montracher, *La fin du travail* (Paris : Stock, 1978); *Le refus du travail*, Échanges et Mouvement (Paris 1977?); Bruno Astarian, *Aux origines de l'antitravail* (Paris : Echanges et Mouvements, 2005) ; Danièle Auffray, Thierry Baudouin, Michèle Collin, *Le travail, et après* (Paris : J. P. Delarge, 1978). Siehe auch Jacques Guigou und Jacques Wajnsztejn, *Mai 1968 et le mai rampant italien* (Paris : L'Harmattan, 2008), 150.

3 Antoine Prost, *La CGT à l'époque du front populaire: 1934-1939. Essai de description numérique* (Paris : Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, 1964); Rolande Trempé, *Les mineurs de Carmaux, 1848-1914* (Paris : Les Editions Ouvrières, 1971); Yves Lequin, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848-1914)*, (Lyon : Presses universitaires de Lyon, 1977).

4 Michelle Perrot, *Les ouvriers en grève: France 1871-1890*, 2 Bde. (Paris: Mouton, 1974); Michel Foucault, *Discipline and Punish: The Birth of the Prison*, übs. von Alan Sheridan (New York: Pantheon Books, 1977).

5 Foucault, zit. n. Richard Wolin, *The Wind from the East: French Intellectuals, the Cultural Revolution, and the Legacy of the 1960s* (Princeton: Princeton University Press, 2010), 308; Michel Foucault, *Foucault Live (Interviews, 1961-1984)*, (New York: Semiotext(e), 1996), 75.

6 Richard Gombin, *The Origins of Modern Leftism*, übs. von Michael K. Perl (Harmondsworth: Penguin, 1975).

7 Wendy Z. Goldman, *Women at the Gates: Gender and Industry in Stalin's Russia* (New York: Cambridge University Press, 2002); Donald Filtzer, "Labor Discipline, the Use of Work Time, and the Decline of the Soviet System, 1928-1991," *International Labor and Working Class History*, no. 50 (Herbst 1996), 9-28.

8 Zur anfänglichen Kritik vgl. die Rezensionen von *Workers against Work* von Helen Graham, *International Review of Social History*, XXXVII, 1992, 279-280, und Pamela Beth Radcliff, *Labor History* (Frühjahr/Sommer 1993), vol. 34, 2/3, 416-418. Eine spätere Würdigung findet sich in "Women's Subversive Individualism in Barcelona during the 1930s," *International Review of Social History*, XXXVII, 1992, 161-176. Elektronische Veröffentlichung (Juni 1999) durch Collective Action Notes unter www.geocities.com/CapitolHill/Lobby. Ins Französische übersetzt durch den Cercle Social (2002) www.geocities.com/demainlemonde/individualism.htm. Diese französische Übersetzung ist auf etwa einem Dutzend Webseiten reproduziert worden. Des Weiteren wurde der Autor von einer marxistisch-feministischen Gruppe eingeladen, auf der im Mai 2011 in New York City veranstalteten Historical Materialism Conference über *Workers against Work* zu sprechen.

9 Simone Weil, *La condition ouvrière* (Paris 1951), 231.

Anarchismus ohne Adjektive

Das Wiederauftauchen der Arbeiten des Konzeptkünstlers Christopher D´Arcangelo könnte daran erinnern, dass die Institutionskritik mehr als eine Kunstströmung ist

„When I state that I am an anarchist, I must also state that I am not an anarchist, to be in keeping with the (....) idea of anarchism. Long live anarchism."[1] Christopher D´Arcangelo



Foto: Jens Kastner

Es ist außergewöhnlich, wenn es über künstlerische Arbeiten im Folder einer Ausstellung heißt, „aus Respekt vor der Intention des Künstlers sind ausnahmslos keine Reproduktionen, Photos oder Kopien erlaubt."

Erarbeitet hat sich diesen Respekt Christopher D´Arcangelo (1955–1979). Die Arbeiten des US-amerikanischen Aktionskünstlers, der sich als Anarchist begriff, wurden 2011 im New Yorker Artists Space mit einer Einzelausstellung gewürdigt („Anarchism without adjectives", 11.09. bis 16.10.2011), im Wiener Künstlerhaus waren sie Teil der Sammelausstellung „Beziehungsarbeit – Kunst und Institution" (17.06. bis 16.10.2011). Aus deren Begleitheft stammt der zitierte Satz. Im Wiener Katalog sind keine Bilder von D´Arcangelos Arbeiten, in New York wurde erst gar keine Publikation produziert.

Institutionskritik als künstlerische Strömung

sed"[3] (und so war es dann auch); im argentinischen Rosario schloss die Gruppe Tucuman Arde 1968 die BesucherInnen einer Ausstellungseröffnung in der ansonsten leeren Galerie ein.

Arbeiten wie diese zielten auf mehrere Aspekte zugleich: darauf, dass der Galerie-Raum „die endgültige Umwandlung der Alltagswahrnehmung zu einer Wahrnehmung rein formaler Werte" vollzieht, wie Brian O´Doherty es in seinem zum Klassiker gewordenen Aufsatz „In der weißen Zelle" beschreibt;[4] darauf, dass die Kunstinstitution manche Menschen ausschließt und anderen im Kunstgenuss Zusammengehörigkeit stiftet; aber auch darauf, dass künstlerische Arbeit nicht nur in der Produktion von „Werken", also Produkten, besteht, sondern auch in Konzepten und Prozessen (wie etwa denjenigen, die Exklusionen theoretisieren).

Sich dieser Logik der Bilder-als-Produkte zu entziehen, darum ging es auch D´Arcangelo.

künstlers, der sich als Anarchist begriff, wurden 2011 im New Yorker Artists Space mit einer Einzelausstellung gewürdigt („Anarchism without adjectives", 11.09. bis 16.10.2011), im Wiener Künstlerhaus waren sie Teil der Sammelausstellung „Beziehungsarbeit – Kunst und Institution" (17.06. bis 16.10.2011). Aus deren Begleitheft stammt der zitierte Satz. Im Wiener Katalog sind keine Bilder von D´Arcangelos Arbeiten, in New York wurde erst gar keine Publikation produziert.

Institutionskritik als künstlerische Strömung

Was hat es mit diesem Bilderverbot auf sich? D´Arcangelo war Teil jener künstlerischen Strömung, die heute als Institutionskritik eingeordnet wird. In erster Linie wurden darin seit den 1960er Jahren die Institutionen des Kunstbetriebes, vor allem Galerien und Museen, analysiert und mit künstlerischen Mitteln angegriffen.

Im Zentrum der Kritik standen die Kunstinstitutionen als das, was der Soziologe Pierre Bourdieu „Konsekrationsinstanzen"[2] genannt hat: als Instanzen, die die Macht haben, einen Gegenstand zum Kunstwerk zu weihen (konsekrieren) und eine Person zum anerkannten Künstler bzw. zur anerkannten Künstlerin. (Bourdieu entnahm das Fremdwort nicht zufällig der kirchlichen Liturgie, in der das profane Stück Esspapier zum heiligen Leib Christie geweiht/konsekriert wird.)

Mit jeder „Weihe" werden Gegenstände oder Personen aufgewertet und andere ausgeschlossen. Die Trennung von profanem Alltäglichen und heiligem Außergewöhnlichen, auf dem das Kunstfeld fußt, ist immer auch ein auf Machtbefugnissen basierendes Bewer-

Wahrnehmung rein formaler Werte" vollzieht, wie Brian O´Doherty es in seinem zum Klassiker gewordenen Aufsatz „In der weißen Zelle" beschreibt;[4] darauf, dass die Kunstinstitution manche Menschen ausschließt und anderen im Kunstgenuss Zusammengehörigkeit stiftet; aber auch darauf, dass künstlerische Arbeit nicht nur in der Produktion von „Werken", also Produkten, besteht, sondern auch in Konzepten und Prozessen (wie etwa denjenigen, die Exklusionen theoretisieren).

Sich dieser Logik der Bilder-als-Produkte zu entziehen, darum ging es auch D´Arcangelo. Schwarzweißfotos seiner Aktionen liegen in einer Mappe aus, sie sind aber ausdrücklich nicht die Kunstwerke, sondern dienen nur der Bezeugung seiner Performances und Museumsinterventionen.

Am 8. März 1978 hängte er im Pariser Louvre ein Gemälde ab und stellte es auf den Fußboden. An die Stelle des Bildes pinnte er einen Zettel mit der Frage „Wann sehen sie sich ein Gemälde an, wo sehen sie sich dieses Gemälde an?/ Was ist der Unterschied zwischen einem Gemälde an der Wand und einem auf dem Boden?"[5]

Das Museum stattet nicht nur Gegenstände mit Wert aus, es lenkt auch die Blicke der BetrachterInnen. Diese Einübung des Blicks hat schließlich auch Auswirkungen außerhalb des Kunstraums. Darauf machte D´Arcangelo auch in einer Ausstellungsbeteiligung im Los Angeles Institute of Contemporary Art (LAICA) im Januar 1977 aufmerksam.

In seinem Statement „LAICA as an Alternative Museum" richtet sich seine Aufmerksamkeit auf die KuratorInnen. Die AusstellungsmacherInnen würden auf der Basis ihrer eigenen Vor-


Foto: Jens Kastner

Museum Proposal" („Vorschlag für ein offenes Museum") an, die er am 23. Juli 1975 im New Yorker Metropolitan Museum of Art durchführte.

Das Museum als Institution, heißt es in dem Text, bestimme den „Wert von Objekten und Aktivitäten". Es sei ein „Kriterien-Raum" („criteria space"), der „ein unausgeglichenes Wertsystem in der Welt" produziere. Die dann folgenden Vorschläge zielen darauf ab, dass die Leute ihre eigenen Dinge (oder auch Aufführungen) mit ins Museum bringen und von diesem sogar per Radio und Fernsehen dazu aufgefordert werden sollten.

Sieben Tage lang sollte für deren Aufbewahrung und Wertschätzung gesorgt sein. Der Vorschlag wurde, wie unschwer vorstellbar, nicht angenommen. Im New Yorker Artists Space war er neben Louise Lawler, Adrian Piper und Cindy Sherman (die alle drei später mehr oder weniger weltberühmte Künstlerinnen wurden) zur Ausstellung geladen.

Er beteiligte sich wieder mit kritischen Texten („Four Texts for Artists Space") und ließ seinen Namen von der Einladungskar-

Kunstfelds in Erscheinung. Wie sinnvoll allerdings solche namentlichen Zuordnungen sind, die immer auch Kanonbildung betreiben und dabei die einen auf- und die anderen abwerten, hat die Institutionskritik selbst am besten in Frage gestellt.[6]

Vielleicht ließe sich Institutionskritik daher besser an Haltungen – die eigene Arbeit auf die Bedingungen ihrer Möglichkeit hin zu befragen – festmachen als an Namen.

Kunstgeschichte ohne soziale Bewegungen

Wo der Begriff erstmals verwendet wurde, ist, wie so oft, umstritten.[7]

Eine viel zitierte Quelle ist etwa der Aufsatz des Kunsthistorikers Benjamin H.D. Buchloh „Von der Ästhetik der Verwaltung zur institutionellen Kritik" (1990). Darin beschreibt er die seines Erachtens wesentlichen Merkmale der konzeptuellen Kunst zwischen 1962 und 1969.[8]

Er nennt als diese zentralen Charakteristika die „Erosion der Hegemonie des Visuellen und der ästhetischen Erfahrung als

rahmt sind als durch Kunstinstitutionen, kommt er nicht. Auch dass die „Hegemonie des Visuellen" noch aus anderen als kunstinternen Gründen gebrochen werden könnte, darauf geht er ebenfalls nicht ein – obwohl er am Ende von der „Abschaffung von Objektstatus und Warenform"[10] spricht, die in der Kunst letztlich immer misslingen müsse.

Die Verbindung zu außerkünstlerischen Kritiken an Institutionen wird nicht hergestellt.

Buchlohs Position ist paradigmatisch für diese Art Selbstabschließung der Kunstgeschichte. Obwohl gleichzeitig mit dem Aufkommen der künstlerischen Institutionskritik Ende der 1960er Jahre die Kritik an gesellschaftlichen Institutionen, an deren autoritärer Struktur ebenso wie an ihrer kapitalistischer Ausrichtung, auf den Straßen tobte, bleibt die kunsthistorische Beschreibung ganz bei ihrem Gegenstand. Soziale Bewegungen kommen nicht vor. Nicht einmal dann, wenn Institutionskritik, wie bei der institutionskritischen Künstlerin Andrea Fraser, als eine definiert wird, die sich „vor allem auf Orte als gesellschaftliche Orte, strukturierte Formationen aus

anarchism. Long live anarchism." In seiner ersten dokumentierten Aktion, benannt nach dem Ort ihres Stattfindens (Whitney Museum of American Art, New York, 31.01.1975) hatte er sich diese Sätze mit Schablonenbuchstaben auf den Rücken schreiben lassen. Mit einer Kette fesselte er sich an die Eingangstür und verschloss diese damit.

Das Gesicht hatte er zur Tür gerichtet, sein Oberkörper war nackt, so dass die potenziellen MuseumsbesucherInnen gezwungen waren, statt den ausschließenden Kunsttempel zu betreten, von Anarchie zu lesen.

Dass die diesjährige D´Arcangelo-Retrospektive im New Yor-

Fortsetzung nächste Seite

Im Zentrum der Kritik standen die Kunstinstitutionen als das, was der Soziologe Pierre Bourdieu „Konsekrationsinstanzen“[2] genannt hat: als Instanzen, die die Macht haben, einen Gegenstand zum Kunstwerk zu weihen (konsekrieren) und eine Person zum anerkannten Künstler bzw. zur anerkannten Künstlerin. (Bourdieu entnahm das Fremdwort nicht zufällig der kirchlichen Liturgie, in der das profane Stück Esspapier zum heiligen Leib Christie geweiht/konsekriert wird.)
Mit jeder „Weihe“ werden Gegenstände oder Personen aufgewertet und andere ausgeschlossen. Die Trennung von profanem Alltäglichen und heiligem Außergewöhnlichen, auf dem das Kunstfeld fußt, ist immer auch ein auf Machtbefugnissen basierendes Bewertungsgerangel.
Von den Kunstinstitutionen ausgehend, hat sich in der so genannten Institutionskritik schnell eine Erweiterung der Perspektive ergeben: In den Blick gerieten institutionelle Settings schlechthin, also auch die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Kunstproduktion und -rezeption prägen. Die künstlerischen Verfahrensweisen, mit denen solche Analysen betrieben und Interventionen veranstaltet wurden, waren recht unterschiedlich.
Daniel Buren klebte 1968 die Galerie Appolinaire in Mailand mit Grün-Weißen Längsstreifen zu; der US-amerikanische Konzeptkünstler Robert Barry verschickte 1969 eine Einladungskarte zu einer Ausstellung, auf der nur stand „During the exhibition the gallery will be closed.“ An die Stelle des Bildes pinnte er einen Zettel mit der Frage „Wann sehen sie sich ein Gemälde an, wo sehen sie sich dieses Gemälde an?/ Was ist der Unterschied zwischen einem Gemälde an der Wand und einem auf dem Boden?“[5]
Das Museum stattet nicht nur Gegenstände mit Wert aus, es lenkt auch die Blicke der BetrachterInnen. Diese Einübung des Blicks hat schließlich auch Auswirkungen außerhalb des Kunstraums. Darauf machte D´Arcangelo auch in einer Ausstellungsbeteiligung im Los Angeles Institute of Contemporary Art (LAICA) im Januar 1977 aufmerksam.
In seinem Statement „LAICA as an Alternative Museum“ richtet sich seine Aufmerksamkeit auf die KuratorInnen. Die AusstellungsmacherInnen würden auf der Basis ihrer eigenen Vorlieben von Kunst, Kunstgeschichte, Ästhetik, Politik, Ökonomie etc. Werke auswählen, sie platzieren und damit „die Art und Weise kontrollieren, wie wir Kunstwerke und im weiteren Sinne die Welt betrachten.“
Schon früh kritisiert er hier die Rolle des Kurators/der Kuratorin und spricht gar von einer „kuratorischen Kontrolle“.
Die Position der KuratorInnen hatten sich im Kunstfeld erst Anfang der 1970er Jahre als entscheidungstragende und prestigeträchtige etabliert.
Im LAICA-Heft zur Ausstellung hat D´Arcangelo die Seiten nach seinem Statement leer gelassen. Hier sollte das Publikum sozusagen selbst das Kuratieren übernehmen.
Eine gleichberechtigte Beteiligung des Publikums strebte er auch in der Aktion „The Open der „ein unausgeglichenes Wertsystem in der Welt“ produziere. Die dann folgenden Vorschläge zielen darauf ab, dass die Leute ihre eigenen Dinge (oder auch Aufführungen) mit ins Museum bringen und von diesem sogar per Radio und Fernsehen dazu aufgefordert werden sollten.
Sieben Tage lang sollte für deren Aufbewahrung und Wertschätzung gesorgt sein. Der Vorschlag wurde, wie unschwer vorstellbar, nicht angenommen. Im New Yorker Artists Space war er neben Louise Lawler, Adrian Piper und Cindy Sherman (die alle drei später mehr oder weniger weltberühmte Künstlerinnen wurden) zur Ausstellung geladen.
Er beteiligte sich wieder mit kritischen Texten („Four Texts for Artists Space“) und ließ seinen Namen von der Einladungskarte entfernen, die folglich mit einer Lücke begann.
Der Platzierung von Namen ist einer der wichtigsten Mechanismen des Kunstbetriebes, darin tradiert sich die Idee vom Schöpfer-Genie und geht nahtlos in die Celebrity-Kultur über. Auch gegen diese Art der Institutionalisierung richtete sich D´Arcangelo. Im Jahr darauf nahm er sich nach nur vierjährigem Schaffen das Leben.
Zum Kanon der Institutionskritik gehört er bislang nicht.
Während der historischen Institutionskritik neben Daniel Buren Künstler wie Michael Asher, Hans Haacke, Marcel Broodthaers und John Knight zugerechnet werden, kam es in den 1990er Jahren zu einem neuen Aufschwung der Institutionskritik. Hier trat vor allem Andrea Fraser mit verschiedenen Untersuchungen des tionskritik daher besser an Haltungen – die eigene Arbeit auf die Bedingungen ihrer Möglichkeit hin zu befragen – festmachen als an Namen.

Kunstgeschichte ohne soziale Bewegungen

Wo der Begriff erstmals verwendet wurde, ist, wie so oft, umstritten.[7]
Eine viel zitierte Quelle ist etwa der Aufsatz des Kunsthistoriker Benjamin H.D. Buchloh „Von der Ästhetik der Verwaltung zur institutionellen Kritik“ (1990). Darin beschreibt er die seines Erachtens wesentlichen Merkmale der konzeptuellen Kunst zwischen 1962 und 1969.[8]
Er nennt als diese zentralen Charakteristika die „Erosion der Hegemonie des Visuellen und der ästhetischen Erfahrung als einer scheinbar autonomen und unabhängigen [Erfahrung] [...]“[9] und leitet sie aus den kunsthistorischen Entwicklungen seit Marcel Duchamps ready mades her. Duchamps unbearbeitete Alltagsgegenstände im Museum (Flaschenständer, Pissoir etc.) hatten bereits darauf hingewiesen, dass es für ein Kunstwerk weder eine/n begnadete/n SchöpferIn braucht noch eine schöne, visuell zu erfassende und zu genießende Schöpfung. Institutionelle und konventionelle Beglaubigungen (in Form des Ausstellungsortes bzw. der Künstlersignatur) waren wichtiger dafür, dass ein Gegenstands als Kunstwerk anerkannt wurde. Buchloh allerdings belässt es bei der Ausbuchstabierung dieser kunstinternen Genealogie. Auf die Idee, dass ästhetische Erfahrungen auch noch anders ge- die in der Kunst letztlich immer misslingen müsse.
Die Verbindung zu außerkünstlerischen Kritiken an Institutionen wird nicht hergestellt.
Buchlohs Position ist paradigmatisch für diese Art Selbstabschließung der Kunstgeschichte. Obwohl gleichzeitig mit dem Aufkommen der künstlerischen Institutionskritik Ende der 1960er Jahre die Kritik an gesellschaftlichen Institutionen, an deren autoritärer Struktur ebenso wie an ihrer kapitalistischer Ausrichtung, auf den Straßen tobte, bleibt die kunsthistorische Beschreibung ganz bei ihrem Gegenstand. Soziale Bewegungen kommen nicht vor. Nicht einmal dann, wenn Institutionskritik, wie bei der institutionskritischen Künstlerin Andrea Fraser, als eine definiert wird, die sich „vor allem auf Orte als gesellschaftliche Orte, strukturierte Formationen aus (in der Hauptsache gesellschaftlichen) Verhältnissen“ beziehe.[11]

Institutionskritik und Anarchie

Die Arbeit von Christopher D´Arcangelo könnte hier mal wieder etwas Bewegung in die Geschichte bzw. in die Geschichtsschreibung bringen.
Denn seine Bezugnahme auf radikale, institutionskritische Bewegungsströmungen ist dermaßen explizit, dass es selbst KunstwissenschaftlerInnen schwer fallen dürfte, sie zu ignorieren.[12]
D´Arcangelo stellte seinen Museumsinterventionen fast immer folgendes Statement anbei: „When I state that I am an anarchist, I must also state that I am not an anarchist, to be in keeping with the (....) idea of Eingangstür und verschloss diese damit.
Das Gesicht hatte er zur Tür gerichtet, sein Oberkörper war nackt, so dass die potenziellen MuseumsbesucherInnen gezwungen waren, statt den ausschließenden Kunsttempel zu betreten, von Anarchie zu lesen.
Dass die diesjährige D´Arcangelo-Retrospektive im New Yor-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Anarchismus ohne Adjektive

ker Artists Space „Anarchism without adjectives“ heißt, ist einer Interpretation der AusstellungsmacherInnen zu verdanken. Sie leiteten aus der Auslassung in D´Arcangelos Statement, den Punkten bzw. Strichen in Klammern, das Aussparen eines Adjektivs und damit den Bezug zu einem historischen Slogan ab: Im November 1889 hielt der kubanische Anarchist Fernando Tarrida del Mármol (1861–1915) in Barcelona eine Rede mit dem Titel „anarquismo sin adjetivos“ („Anarchismus ohne Adjektive“).

Der Text erschien im Jahr darauf in der anarchistischen Zeitschrift *La Révolté* in Paris.[13] Er forderte zum Zusammenhalt der verschiedenen anarchistischen Kräfte auf. Tarrida de Mármols Plädoyer war vor allem darauf gerichtet, sich auf die gemeinsamen Ziele zu konzentrieren, anstatt die adjektivische Konkretisierung – kollektivistisch, kommunistisch etc. – des Anarchismus überzubetonen.[14]

Nach Michail Bakunins Tod (1876) waren die Streitigkeiten zwischen den anarchistischen Strömungen neu entbrannt.

In den inner-anarchistischen Flügelkämpfen ging es u.a. immer auch um die Frage der angemessenen Organisierung.

Diese Frage war auch deshalb so heiß umkämpft, weil im Anarchismus – anders als in anderen Teilen der sozialistischen Bewegung – die Organisationsform schon die Prinzipien der befreiten Gesellschaft vorwegnehmen soll(te). In dem Streit, ob die angestrebte enge Beziehung zwischen Mittel und Zweck des Kampfes besser in Räten, Geheimbünden oder in Kommunen zum Ausdruck komme, steckt selbst schon ein institutionskritischer Impuls: Die (lebendige, dynamische, relativ spontane) Organisation sollte keine (nach bloß formellen Regeln funktionierende, starre und relativ statische) Institution werden.

Banksy-Graffiti, Berlin, März 2010 Foto: Jens Kastner

Anarchistische Institutionskritik war in diesem Sinne häufig rigoros. Sie richtete sich nicht nur gegen konkrete Institutio-

Mit der zunehmenden Autonomisierung des künstlerischen Feldes, also der Ausbildung und Ausgestaltung von

Kunstgeschichte so gründlich ausgeblendete – Verknüpfung der Kunstproduktion mit den Anliegen sozialer Bewegungen

Anmerkungen:

1 „Wenn ich behaupte, Anarchist zu sein, muss ich auch behaupten, kein Anarchist zu sein, um der (...) Idee des Anarchismus gerecht zu werden. Lang lebe der Anarchismus!“

forderte zum Zusammenhalt der verschiedenen anarchistischen Kräfte auf. Tarrida de Mármols Plädoyer war vor allem darauf gerichtet, sich auf die gemeinsamen Ziele zu konzentrieren, anstatt die adjektivische Konkretisierung – kollektivistisch, kommunistisch etc. – des Anarchismus in den Kommunen zum Ausdruck komme, steckt selbst schon ein institutionskritischer Impuls: Die (lebendige, dynamische, relativ spontane) Organisation sollte keine (nach bloß formellen Regeln funktionierende, starre und relativ statische) Institution werden.



Banksy-Graffiti, Berlin, März 2010

Foto: Jens Kastner

Anarchistische Institutionskritik war in diesem Sinne häufig rigoros. Sie richtete sich nicht nur gegen konkrete Institutionen (wie die Partei), sondern auch gegen gesellschaftliche Institutionalisierungen im Sinne bestimmter gesellschaftlicher Sondersphären mit eigenen Regeln wie etwa „Kunst" oder auch „Politik". Wenn etwa Anarchisten wie Herbert Read (1893–1968) sich als „unpolitisch" beschreiben, meinen sie in der Regel gerade nicht die Abkehr von den sozialen und ökonomischen Belangen, die alle betreffen.

Was abgelehnt wird, ist die vom Alltag abgetrennte, staatlich organisierte, bürokratisch verwaltete, von ExpertInnen betriebene Institutionalisierung von Politik.[15]

Herbert Read ist in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel, weil er diese Ablehnung auch hinsichtlich der Kunst beschrieben hat. Auch die Kunst ist seit ihrer Separierung vom Handwerk so eine Sondersphäre, vom Alltäglichen abgespalten und nach bestimmten eigenen Regeln funktionierend.

„Zur Hölle mit dem Künstler", schrieb Read deshalb – selbst Kunsthistoriker.[16] Denn als

Mit der zunehmenden Autonomisierung des künstlerischen Feldes, also der Ausbildung und Ausgestaltung von „Kunst" als separatem sozialen Praxisfeld in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, spaltete sich auch die anarchistische Bezugnahme darauf: Zum einen ließen sich anarchistisch gesinnte, aber bürgerliche KünstlerInnen – wie etwa die bekannten Neo-Impressionisten Camille Pissarro und Paul Signac – auf diese Trennung ein und gewannen Anerkennung im Kunstfeld. Zum anderen existierte eine eher proletarische, autodidaktische Kunst, die mit dem Alltagsleben verknüpft blieb, dafür aber keine gesellschaftliche Legitimation erfuhr.[17]

Motive, Maßstab und Kritik

Beide Strömungen, bürgerliche „Anarcho-Ästheten" und proletarische Milieus der „Selbstvergesellschaftung" (Halfbrodt), blieben allerdings aufeinander bezogen.

Damit ist nicht nur gemeint, dass etwa Pissarro anarchistische AktivistInnen nach der Niederschlagung der Pariser Commune finanziell unterstütz-

Kunstgeschichte so gründlich ausgeblendete – Verknüpfung der Kunstproduktion mit den Anliegen sozialer Bewegungen nicht geben, Haackes Frage wäre sinnlos.

Ähnliches lässt sich für D´Arcangelo behaupten. Sich nicht als Anarchisten bezeichnen zu wollen, um doch dem Anarchismus gerecht zu werden, wie es in D´Arcangelo Statement heißt, ist vielleicht eine Konsequenz aus dem grundsätzlichen Zwiespalt: sich an einem System zu beteiligen, das man eigentlich als solches ablehnt.

Institutionskritik muss – und kann – angesichts allgegenwärtiger gesellschaftlicher Institutionen (im konkreten wie allgemeinen Sinne) nicht heißen, nur „gegen Institutionen" zu sein. Die „Kritik" in Institutionskritik kann auch eine reflektierte Haltung zum Ausdruck bringen, die die eigene Involviertheit nicht leugnet und sich dennoch bzw. gerade deshalb um ein distanziertes Bewegen in den Institutionen bemüht.[19]

Die Distanz besteht im Fall D´Arcangelo in der künstlerischen Analyse der Machtbefugnisse jener Institutionen, deren Teil der/die KünstlerIn als KünstlerIn selber ist. Der Pro-

Anmerkungen:

1 „Wenn ich behaupte, Anarchist zu sein, muss ich auch behaupten, kein Anarchist zu sein, um der (...) Idee des Anarchismus gerecht zu werden. Lang lebe der Anarchismus!"

2 Pierre Bourdieu: *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag 2001, S. 362.

3 Während der Ausstellung bleibt die Galerie geschlossen

4 Brian O´Doherty: *In der weißen Zelle*. Berlin: Merve Verlag 1996, S. 10.

5 Das Statement wurde auf Französisch aufgehängt und in der Künstler-Mappe zusätzlich auf Englisch dokumentiert. Diese und die folgenden Übersetzung aus dem Englischen: JK. Neben den beiden, auf der Seite oben platzierten Fragen stand ganz unten auf dem Blatt hier weiter unten erläuterte Satz, den D´Arcangelo nahezu allen seinen Arbeiten hinzufügte: „When I state that I am an anarchist..."

6 Vgl. Stefan Nowotny: „Anti-Kanonisierung. Das differenzielle Wissen der Institutionskritik." In: Stefan Nowotny/Gerald Raunig: *Instituierende Praxen. Bruchlinien der Institutionskritik*. Wien: Verlag Turia + Kant 2008, S. 11-20.

7 Vgl. etwa Isabelle Graw: „Jenseits der Institutionskritik. Ein Vortrag im Los Angeles County Museum of Art." In: *Texte zur Kunst*, Berlin, Heft Nr. 59/ September 2005, S. 40-53.

8 Benjamin H. D. Buchloh: „Von der Ästhetik der Verwaltung zur institutionellen Kritik. Einige Aspekte der Konzeptkunst von 1962-1969". In: Städtische Kunsthalle Düsseldorf/ Syring, Marie Luise (Hg.): *Um 1968. Konkrete Utopien in Kunst und Gesellschaft*. Köln: Dumont 1990, S. 86-99.

9 Ebd., S. 89.

10 Ebd., S. 97.

11 Andrea Fraser: „Was ist Institutionskritik?" In: *Texte zur Kunst*, Berlin, Heft Nr. 59/ September 2005, S. 86-89, hier S. 87.

12 In der Kunstgeschichtsschreibung zum Konzeptualismus in Lateinamerika ist das durchaus anders, hier werden Strukturähnlichkeiten zu zeitgleichen sozialen Bewegungen durchaus mitgedacht, vgl. etwa Luis Camnitzer: *Conceptualism in Latin American Art: Didactics of Liberation*. Austin, TX: Texas University Press 2007.

tisch beschreiben, meinen sie in der Regel gerade nicht die Abkehr von den sozialen und ökonomischen Belangen, die alle betreffen.

Was abgelehnt wird, ist die vom Alltag abgetrennte, staatlich organisierte, bürokratisch verwaltete, von ExpertInnen betriebene Institutionalisierung von Politik.[15]

Herbert Read ist in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel, weil er diese Ablehnung auch hinsichtlich der Kunst beschrieben hat. Auch die Kunst ist seit ihrer Separierung vom Handwerk so eine Sondersphäre, vom Alltäglichen abgespalten und nach bestimmten eigenen Regeln funktionierend.

„Zur Hölle mit dem Künstler", schrieb Read deshalb – selbst Kunsthistoriker.[16] Denn als VertreterIn eines separaten Berufstandes könne der/die KünstlerIn nur privilegierte/r RepräsentantIn dieser separaten Einheit „Kunst" oder „Kultur" sein, anstatt ein/e ArbeiterIn von vielen. In der gerechten Gesellschaft gebe es nur mehr gleichwertige ArbeiterInnen. (Dass Read diese utopische Gesellschaft immer „natürliche Gesellschaft" nennt, hat er ebenfalls mit anderen AnarchistInnen gemein.

Diese Idee gründet auf der Vorstellung, man müsse die Gesellschaft nur von ihrer kapitalistischen und staatlichen Überformung befreien und zum Vorschein käme die eigentliche, eben natürliche Gesellschaft. Abgesehen davon, dass jede „gesellschaftliche Natur" immer nur die politisch motivierte Erzählung über diese „Natur" ist, hat diese Vorstellung viele anarchistische Kämpfe zu antimodernistischen und rückwärtsgewandten werden lassen.)

linie Pissarro und Paul Signac – auf diese Trennung ein und gewannen Anerkennung im Kunstfeld. Zum anderen existierte eine eher proletarische, autodidaktische Kunst, die mit dem Alltagsleben verknüpft blieb, dafür aber keine gesellschaftliche Legitimation erfuhr.[17]

Motive, Maßstab und Kritik

Beide Strömungen, bürgerliche „Anarcho-Ästheten" und proletarische Milieus der „Selbstvergesellschaftung" (Halfbrodt), blieben allerdings aufeinander bezogen.

Damit ist nicht nur gemeint, dass etwa Pissarro anarchistische AktivistInnen nach der Niederschlagung der Pariser Commune finanziell unterstützte und *La Révolté* im Abo hatte. Sondern es geht um die strukturelle Bezogenheit einiger Kunstströmungen wie eben auch der Institutionskritik auf die Motive und Motivationen sozialer Bewegungen. Nicht nur die Ausformulierung und Radikalisierung künstlerischer Probleme (Duchamps Infragestellung), sondern auch die Problematisierungen sozialer Bewegungen (Bakunins Erbe) werden – ob bewusst oder nicht – in der Kunstproduktion verhandelt.

Sie sind ihr ein möglicher Impuls: „Ich frage mich auch, warum zur Hölle ich überhaupt noch in diesem Feld arbeite", schreibt ein angesichts der Ermordung Martin Luther Kings 1968 von der gesellschaftlich-emanzipatorischen Wirkungslosigkeit der Kunst empörter Hans Haacke (der zum Glück Antworten fand).[18]

Würde es die immanente – und von der zeitgenössischen

quenz aus dem grundsätzlichen Zwiespalt: sich an einem System zu beteiligen, das man eigentlich als solches ablehnt.

Institutionskritik muss – und kann – angesichts allgegenwärtiger gesellschaftlicher Institutionen (im konkreten wie allgemeinen Sinne) nicht heißen, nur „gegen Institutionen" zu sein. Die „Kritik" in Institutionskritik kann auch eine reflektierte Haltung zum Ausdruck bringen, die die eigene Involviertheit nicht leugnet und sich dennoch bzw. gerade deshalb um ein distanziertes Bewegen in den Institutionen bemüht.[19]

Die Distanz besteht im Fall D´Arcangelo in der künstlerischen Analyse der Machtbefugnisse jener Institutionen, deren Teil der/die KünstlerIn als KünstlerIn selber ist. Der Produktion von warenförmigen Produkten verweigerte er sich weitgehend. Mit dem ausdrücklichen Anarchismus-Bekenntnis stellt D´Arcangelo sich und den BetrachterInnen immer auch einen außerkünstlerischen Maßstab für sein Kunstschaffen zur Seite und Verfügung.

Er nutzt als Künstler damit die Möglichkeit, die strukturelle Bezogenheit auf soziale Bewegung noch zu betonen.

Daniel Buren hingegen, längst einer der erfolgreichsten GegenwartskünstlerInnen der Welt, ließ die vormals geniekult- und institutionskritischen Streifen zu seinem Markenzeichen werden. Bei den Skulptur Projekten in Münster 1997 etwa hingen sie als Wimpelketten wie zur Behübschung bei Stadtfesten über der Haupteinkaufsstraße. Das ist die andere Möglichkeit.

Jens Kastner

erläuterte Satz, den D´Arcangelo nahezu allen seinen Arbeiten hinzufügte: „When I state that I am an anarchist..."

6 Vgl. Stefan Nowotny: „Anti-Kanonisierung. Das differenzielle Wissen der Institutionskritik." In: Stefan Nowotny/Gerald Raunig: *Instituierende Praxen. Bruchlinien der Institutionskritik*. Wien: Verlag Turia + Kant 2008, S. 11-20.

7 Vgl. etwa Isabelle Graw: „Jenseits der Institutionskritik. Ein Vortrag im Los Angeles County Museum of Art." In: *Texte zur Kunst*, Berlin, Heft Nr. 59/ September 2005, S. 40-53.

8 Benjamin H. D. Buchloh: „Von der Ästhetik der Verwaltung zur institutionellen Kritik. Einige Aspekte der Konzeptkunst von 1962-1969". In: Städtische Kunsthalle Düsseldorf/ Syring, Marie Luise (Hg.): *Um 1968. Konkrete Utopien in Kunst und Gesellschaft*. Köln: Dumont 1990, S. 86-99.

9 Ebd., S. 89.

10 Ebd., S. 97.

11 Andrea Fraser: „Was ist Institutionskritik?" In: *Texte zur Kunst*, Berlin, Heft Nr. 59/ September 2005, S. 86-89, hier S. 87.

12 In der Kunstgeschichtsschreibung zum Konzeptualismus in Lateinamerika ist das durchaus anders, hier werden Strukturähnlichkeiten zu zeitgleichen sozialen Bewegungen durchaus mitgedacht, vgl. etwa Luis Camnitzer: *Conceptualism in Latin American Art: Didactics of Liberation*. Austin, TX: Texas University Press 2007.

13 Der Text ist als „Brief an La Révolté" auf Spanisch im Netz zu finden: http://es.wikisource.org/wiki/Carta_de_Fernando_Tarrida_del_M%C3%A1rmol_a_La_R%C3%A9volte [21.09.2011]

14 Tarrida de Mármol spielte auch eine nicht unbedeutende Rolle für die Verbreitung anarchistischer Ideen in den antikolonialen Befreiungskämpfen gegen die spanische Kolonialmacht am Ende des 19. Jahrhunderts, vgl. Benedict Anderson: *Under Three Flags. Anarchism and the Anti-Colonial Imagination*. London/New York: Verso 2005.

15 Herbert Read: „Die Politik der Unpolitischen." In: Herbert Read: *Kunst, Kultur und Anarchie. Politische Essays wider den Zeitgeist*. Hrsg. von Ulrich Klemm. Grafenau: Trotzdem Verlag 1991, S. 45-59.

16 Herbert Read: „To Hell with Culture." In: Herbert Read: *To Hell with Culture and other Essays on Art and Society*. London/ New York: Verso 2002, S. 10-36, hier S. 23.

17 Vgl. Michael Halfbrodt: „Kritik der Trennungen. Eine historisch-soziologische Skizze zum Verhältnis von Anarchismus und Kunst." In: Graswurzelrevolution (Hg.): *Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende*. Heidelberg: Verlag Graswurzelrevolution 1999, S. 125-152.

18 Hans Haacke: „Letter, April 1968." In: Will Bradley und Charles Esche (Hg.): *Art and Social Change. A Critical Reader*. London: Tate Publishing 2007, S. 174.

19 Vgl. hierzu auch Nowotny/Raunig 2008, a.a.O.

Street Art zwischen Revolte, Repression und Kommerz

„Was Street Art ausmacht, ist die politische Dimension in Form von Illegalität und der Aneignung von Stadt - viel mehr noch als ihr künstlerisches Erscheinungsbild. Dass diese Tatsache die Kunst vor der Kommerzialisierung nicht bewahrt, kann man in den letzten Jahren besonders gut an den Arbeiten von Banksy sehen", sagt Rudolf D. Klöckner.



Foto: Rudolf D. Klöckner / urbanshit

Klöckner setzt sich seit fünf Jahren mit der Entwicklung der Street-Art-Szene auf seinem Blog www.urbanshit.de auseinander.

„Die Mauern und Hauswände auf denen der Künstler in der Stadt arbeitet, werden rausgeflext und finden sich zwei Tage später auf Ebay wieder, um danach in irgendwelchen Wohnzimmern zu verschwinden. Das ist schade, entspricht aber auch irgendwie dem Zeitgeist und der Logik unserer kapitalistischen Gesellschaft. Im Wesen bleibt die Kunst vom Kommerz aber unberührt. Das macht mir Hoffnung."

Damit scheint die Entwicklung der Street Art treffend charakterisiert. Gerade in der Linken wird Street Art hauptsächlich mit einem rebellierenden Aufbegehren gegen die Verwertungsinteressen der Kulturindustrie in Verbindung gesetzt.

Wenn sie aber in Galerien und Museen ausgestellt wird, steht der Vorwurf des kommerziellen Ausverkaufs und des politischen Verrats schnell im Raum. Schablonenbilder, Tags und Graffitis werden meistens illegal auf Wände gebracht - meistens ohne explizit politische

Gefängnis wegen fortgesetzter Sachbeschädigung.

In Paris verziert Miss.Tic mit poetischen Pochoirs Häuserwände ganz in der situationistischen Tradition des Pariser Mai. Auch sie wurde dafür angeklagt.

„Es ist diese Leere, die ihre Kraft ausmacht"

Auf den Aufstand der Zeichen, wie Jean Baudrillard in seinem Buch „Kool Killer" [1] geschrieben hat, reagieren die für Ordnung und Sauberkeit zuständigen staatlichen Organe meistens mit Verfolgung. Aber warum?

Der französische Strukturalist liefert dafür gleich einen möglichen Grund: *„Mit den Graffiti von New York wurden zum ersten Mal in großem Ausmaß und in höchst intensiver Freiheit die urbanen Bahnen und beweglichen Träger benutzt. Aber vor allem wurden zum ersten Mal die Medien selbst attackiert, also in ihrer Produktions- und Verteilungsweise. Und zwar eben deshalb, weil die Graffiti keinen Inhalt, keine Botschaft haben. Es ist diese Leere, die ihre Kraft ausmacht*

OZ inzwischen im Kunstbetrieb angekommen zu sein, auch wenn er persönlich den medialen Auftritt meidet. Vielleicht ist das aber auch nur eine Frage der Zeit?" Denn die Anwaltskanzlei muss bezahlt werden. Nicht zuletzt deshalb haben die OZM-Galerie und die

bereits als rückfällig gelten und ins Gefängnis kommen würde. „Ich bin ja nicht maso und so ein Adrenalinkick ist nur von kurzer Dauer." Da sie in der Zeit ihres Prozesses auch Politiker kennenlernte, die sich mit ihr solidarisierten, bekam sie bald darauf öffentliche Aufträge.

gen Graffitis eingestellt, wie das noch vor 20 Jahren der Fall war. Graffitis sind ein Teil der Popkultur geworden. Selbst die Industrie möchte sich damit schmücken."

Im Fall von OZ wäre zunächst einmal wichtig, dass er nicht länger kriminalisiert wird, um

werden.

Um das zu verhindern, bedarf es allerdings eines noch entschiedeneren Engagements auch derjenigen, die mit seiner Kunst bisher nichts anzufangen wissen.

KP Flügel

zimmern zu verschwinden. Das ist schade, entspricht aber auch irgendwie dem Zeitgeist und der Logik unserer kapitalistischen Gesellschaft. Im Wesen bleibt die Kunst vom Kommerz aber unberührt. Das macht mir Hoffnung."

Damit scheint die Entwicklung der Street Art treffend charakterisiert. Gerade in der Linken wird Street Art hauptsächlich mit einem rebellierenden Aufbegehren gegen die Verwertungsinteressen der Kulturindustrie in Verbindung gesetzt.

Wenn sie aber in Galerien und Museen ausgestellt wird, steht der Vorwurf des kommerziellen Ausverkaufs und des politischen Verrats schnell im Raum. Schablonenbilder, Tags und Graffitis werden meistens illegal auf Wände gebracht - meistens ohne explizit politische Aufstandsparolen. Dabei wird phantasievoll mit tradierten Sehgewohnheiten gespielt.

So malt der englische Street-Art-Künstler und Anarchist Banksy einem Streetfighter statt Steine einen Blumenstrauß in die Hand. In Hamburg sprüht Walter F. alias OZ immer gleiche Smiley-Zeichen auf Rückseiten von Verkehrsschildern oder auf hässlich-graue Bunkerwände. Dafür saß er seit 1982 insgesamt über 8 Jahre im

Auf den Aufstand der Zeichen, wie Jean Baudrillard in seinem Buch „Kool Killer" [1] geschrieben hat, reagieren die für Ordnung und Sauberkeit zuständigen staatlichen Organe meistens mit Verfolgung. Aber warum?

Der französische Strukturalist liefert dafür gleich einen möglichen Grund: *„Mit den Graffiti von New York wurden zum ersten Mal in großem Ausmaß und in höchst intensiver Freiheit die urbanen Bahnen und beweglichen Träger benutzt. Aber vor allem wurden zum ersten Mal die Medien selbst attackiert, also in ihrer Produktions- und Verteilungsweise. Und zwar eben deshalb, weil die Graffiti keinen Inhalt, keine Botschaft haben. Es ist diese Leere, die ihre Kraft ausmacht* [S. 29 f]. *"*

Gerade am Beispiel von OZ lässt sich exemplarisch die Frage stellen, warum sich der repressive Verfolgungswahn auf ihn konzentriert. Andreas Blechschmidt von der OZ verteidigenden Anwaltskanzlei Beuth: *„Er ist Erster unter Gleichen, weil er so beharrlich seinem Anspruch treu bleibt, dass der öffentliche Raum allen gehört und nicht der Werbeindustrie. Andererseits scheint OZ inzwischen im Kunstbetrieb angekommen zu sein, auch wenn er persönlich den medialen Auftritt meidet. Vielleicht ist das aber auch nur eine Frage der Zeit?"* Denn die Anwaltskanzlei muss bezahlt werden. Nicht zuletzt deshalb haben die OZM-Galerie und die Vicious Gallery Werke von OZ ausgestellt bzw. sich an der Herausgabe des Buches „Es lebe der Sprühling" [2] beteiligt.

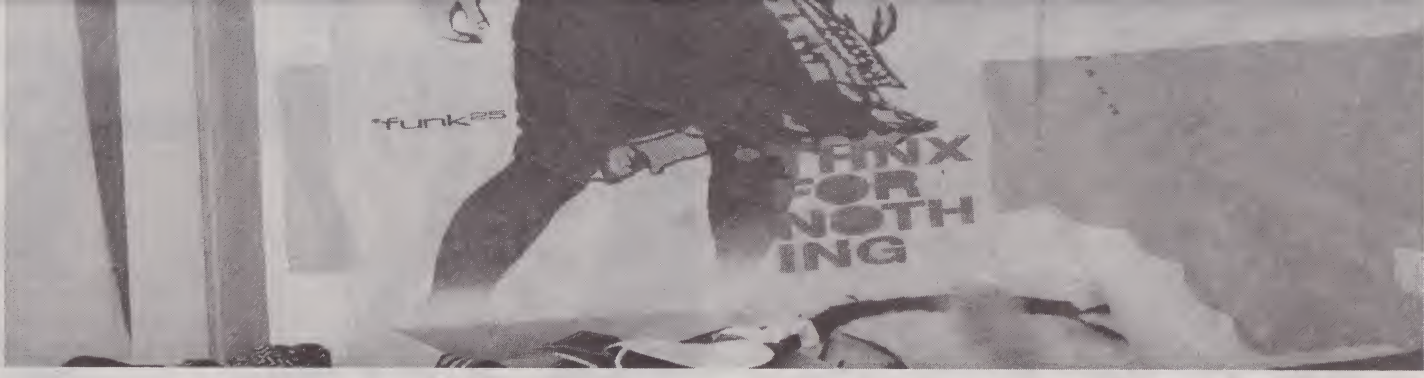


Foto: Rudolf D. Klöckner / urbanshit

„So ein Adrenalinkick ist nur von kurzer Dauer"

Nachdem Miss.Tic [3] zu einer Strafe von damals 22.000 Francs verurteilt wurde, sagte sie sich, dass sie aufhören müsse ohne Genehmigungen zu arbeiten, da sie sonst beim nächsten Mal bereits als rückfällig gelten und ins Gefängnis kommen würde. „Ich bin ja nicht maso und so ein Adrenalinkick ist nur von kurzer Dauer." Da sie in der Zeit ihres Prozesses auch Politiker kennenlernte, die sich mit ihr solidarisierten, bekam sie bald darauf öffentliche Aufträge.

„Ich bin sozusagen vom Status einer Straffälligen zum Status einer Künstlerin gelangt, deren Genehmigungsgesuche akzeptiert werden."

Christoph Tornow von der sich auf Urban Art spezialisierten Vicious Gallery begründet die zunehmende Akzeptanz von Street Art mit dem sich verändernden Zeitgeist .

„Mittlerweile sind junge Leute, die mit Graffitis aufgewachsen sind, nicht negativ und gegen Graffitis eingestellt, wie das noch vor 20 Jahren der Fall war. Graffitis sind ein Teil der Popkultur geworden. Selbst die Industrie möchte sich damit schmücken."

Im Fall von OZ wäre zunächst einmal wichtig, dass er nicht länger kriminalisiert wird, um eines fernen Tages in den Museen und Kunsthallen der Stadt zur allgemeinen öffentlichen Bewunderung eingesperrt zu werden.

Um das zu verhindern, bedarf es allerdings eines noch entschiedeneren Engagements auch derjenigen, die mit seiner Kunst bisher nichts anzufangen wissen.

KP Flügel

Anmerkungen:
[1] Jean Baudrillard, Kool Killer, Berlin 1978
[2] Es lebe der Sprühling, Hamburg 2009
[3] Bomb it, Miss.Tic, Hamburg 2011

Die Rolle von Frauen in der Neonazi-Szene

Von völkischen Müttern und „autonomen Nationalistinnen"

Buchbesprechung

Andrea Röpke/Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Ch. Links Verlag, Berlin 2011, 240 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 9783861536154

zuordnen sind, wie die *Mädelgruppe* der *Kameradschaft Tor Berlin*, *Arbeitskreis Mädelschar* oder die *Düütschen Deerns*.

Neben diesem Fokus liegt ein Hauptaugenmerk auf diversen

Bewegung stark orientiert, erhält man in dem Buch aber leider kaum.

Eines lässt sich jedoch aus den Ausführungen erkennen: Egal ob völkischer Frauenverband oder „autonome Nationalisten",

abwechslungsreiche, spannend zu lesende Abhandlung zum Thema verfasst. Sie haben das Buch primär im Stil einer Reportage geschrieben. Das hat Vorteile, läuft aber gleichzeitig Gefahr, in Trivialitäten ab-



oder auf hässlich-graue Bunkerwände. Dafür saß er seit 1982 insgesamt über 8 Jahre im

dass der öffentliche Raum allen gehört und nicht der Werbeindustrie. Andererseits scheint

dass sie aufhören müsse ohne Genehmigungen zu arbeiten, da sie sonst beim nächsten Mal

„Mittlerweile sind junge Leute, die mit Graffitis aufgewachsen sind, nicht negativ und ge-

Die Rolle von Frauen in der Neonazi-Szene

Von völkischen Müttern und „autonomen Nationalistinnen"

Buchbesprechung

Andrea Röpke/Andreas Speit: Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Ch. Links Verlag, Berlin 2011, 240 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 9783861536154

Das Frauenbild des Nationalsozialismus ist simpel: Die Frau hat primär dafür zu sorgen, dass die „arische Rasse" so bleibt, wie sie ist, und ist deshalb dazu angehalten, „arische" Kinder von „arischen" Männern zu gebären und diese im nationalsozialistischen Sinne großzuziehen. So weit, so gruselig. Wie aber verhält es sich mit Frauen in der Neonazi-Szene? Welche Rolle spielen sie, wie sieht ihr Frauenbild aus und wie reagiert die männlich-dominierte Szene auf sie? Diesen Fragen versucht das Buch *Mädelsache!* auf den Grund zu gehen.

Es werden einerseits diverse Organisationen wie der *Ring Nationaler Frauen* und die *Gemeinschaft Deutscher Frauen* analysiert, die sich bei oder im Umfeld der NPD aufhalten, andererseits aber auch Gruppierungen, die eher den „Freien Kameradschaften" oder den „autonomen Nationalisten" zuzuordnen sind, wie die *Mädelgruppe* der *Kameradschaft Tor Berlin*, *Arbeitskreis Mädelschar* oder die *Düütschen Deerns*.

Neben diesem Fokus liegt ein Hauptaugenmerk auf diversen Individuen, die in der Szene einflussreich sind. Man erfährt im Zuge dessen einiges über das Leben und Wirken dieser Personen und welche Rolle sie in der Szene inne haben.

Die Bandbreite der porträtierten Frauen reicht von der 1928 geborenen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck bis zu der jungen „autonomen Nationalistin" Anne-Marie Doberenz. Dabei können die Vorstellungen, welche Rolle Frauen in der Bewegung spielen, auch schon mal recht weit auseinander gehen. Dass sich „autonome Nationalistinnen" weniger mit der Vorstellung anfreunden können, Anfang 20 eine Familie zu gründen, um dann als „deutsche Mutter" ihre „Pflicht" zu erfüllen, verträgt sich nicht immer mit traditionsbewussten völkischen Frauen, die dies bewusst anstreben.

Historische Hintergrundinformationen über das Frauen- und Familienbild des Nationalsozialismus, an dem sich ein Teil der Bewegung stark orientiert, erhält man in dem Buch aber leider kaum.

Eines lässt sich jedoch aus den Ausführungen erkennen: Egal ob völkischer Frauenverband oder „autonome Nationalisten", Frauen sind überall mit einem Frauenbild konfrontiert, das sich am Nationalsozialismus orientiert, lediglich unterschiedlich in die Praxis umgesetzt wird und diese deshalb oft in einer ambivalenten Position zurück lässt, inwieweit sie ihre „naturgegebene Rolle" als Frau erfüllen oder gegen diese (z.B. bei Demos, als Organisatorinnen, etc.) verstoßen. Dass eigene Frauengruppen in der Szene nie wirklich in eine Art „rechten Feminismus" münden, dafür sorgen die Neonazistinnen in der Regel schon selbst, wenn sie sich in diversen Schriften stets vom Feminismus (der als linkes und liberales Phänomen gegeißelt wird) distanzieren und diesen diffamieren.

Ein weiteres Lieblingsthema rechter Frauen scheint das Gender-Mainstreaming zu sein. Hier hört man viel über die „naturgegebenen" Aufgaben von Mann und Frau, die es zu respektieren gelte.

Röpke und Speit haben eine abwechslungsreiche, spannend zu lesende Abhandlung zum Thema verfasst. Sie haben das Buch primär im Stil einer Reportage geschrieben. Das hat Vorteile, läuft aber gleichzeitig Gefahr, in Trivialitäten abzudriften. Als zum Beispiel von einem Ausflug der NPD die Rede ist, erfährt man – warum auch immer – folgendes: „Die Männer bestellen sich Bier, die Frauen sorgen für Wurst und Pommes frites. […] Währenddessen schimpfen die NPD-Anhänger an den beiden Biertischen über die kalten Pommes am Stand und erzählen sich Anekdoten aus der Schulzeit, als einer die Englischlehrerin ärgerte." (S. 87) Zuvor erfährt man noch Bekleidungsdetails, dass die Neonazistin Ricarda Riefling nämlich mit einem knielangen Kleid und einer blauen Sommerbluse (mit Puffärmel) unterwegs gewesen sei. Passagen mit irrelevanten Informationen wie diesen finden sich leider immer wieder im Buch.

Trotzdem: Das Buch *Mädelsache!* ist eine informative Publikation zum Thema Frauen in der Neonazi-Bewegung. Es kann mit Gewinn gelesen werden.

Sebastian Kalicha

Harmonischer Farbauftrag, Punk und Diskurs

Allan Antliffs Studie zum Verhältnis von Anarchie und Kunst ist leider nur zum Teil gelungen

Ad Reinhardt war sicherlich kein unpolitischer Mensch. Der renommierte Künstler schrieb für linke, US-amerikanische Zeitschriften und engagierte sich gewerkschaftlich in der Artist´s Union. Politik in der Kunst aber lehnte Reinhardt (1913–1967) strikt ab.

Er gilt als einer der wichtigsten VertreterInnen modernistischer Prinzipien. Diesen zufolge hat Kunst weder hinsichtlich der Motivation ihrer Produktion noch in der Betrachtung etwas mit persönlichen Erfahrungen oder mit Kommunikation zu tun. Sie dreht sich – und soll auch nichts anderes – nur um Formen und Farben anderer, früherer Kunst, auf die sie sich bezieht.

Die ModernistInnen der 1940er und 1950er Jahre verstanden sich daher als VertreterInnen der Freiheit, die die Kunst von allen Zweckbestimmungen rein und die KünstlerInnen von Propaganda fern halten wollten.

Mit einem ganz anderen Verständnis von Freiheit und Kunst wurden Leute wie Reinhardt dann in den 1960er Jahren konfrontiert.

In dem Buch von Allan Antliff wird diese Konfrontation ausführlich von der Künstlerin Susan Simensky Bietla geschildert, die damals in Antikriegs- und feministischen Initiativen aktiv war – und am New Yorker Brooklyn College bei Reinhardt studierte.

Kunstrichtung standen dem Anarchismus nahe.

Auch von einigen KünstlerInnen aus dem Kubismus- und erst recht dem Dada-Umfeld sind libertäre Haltungen bekannt. Antliff vollzieht sie am Beispiel Francis Picabias (1879–1953) in den 1910er Jahren nach. Für sich genommen ist das sicher eine aufschlussreiche biografische Ergänzung. Aber was bedeutet Picabias Begeisterung für den Individualanarchisten Max Stirner? Stand sie im Gegensatz zu kollektivistischen Positionen? War sie wegen ihrer starken Ego-Bezogenheit etwa „typisch künstlerisch“?

Wohl eher nicht. Denn für die Zeit zwischen 1968 und dem Fall der Berliner Mauer beispielsweise widmet sich Antliff eher Positionen, die sozialen Bewegungen nahe standen oder zumindest sehr subkulturverbunden waren: der Collagistin Gee Vaucher, die die Plattenvover der anarchopazifistischen Punk-Band *CRASS* gestaltete, der Künstlerin Freddie Baer, die für anarchistische Zeitschriften wie *Fifths Estate* Bilder schuf und dem Grafiker Richard



jedes künstlerische Schaffen in der bürgerlichen Gesellschaft – wie etwa der anarchistische Kunsttheoretiker Herbert Read (1893–1968) einst meinte – nur in einem privilegierten und vom Alltag abgetrennten Bereich namens Kunst stattfinden kann?

Müsste Anarchismus dann nicht darauf zielen, die Kunst als einen solchen Bereich zu zerstören? Oder sollte er ihn vielleicht doch, umgekehrt, wegen der außergewöhnlichen Gewährung individueller Freiheit gar pflegen und gegen Außeneinflüsse verteidigen? Wäre insofern sogar ein Anarchismus als ein Modernismus im Sinne Ad Reinhardts denkbar?

Anarchistische Ideen, libertäre KünstlerInnen

Mit all diesen Fragen, die innerhalb anarchistischer Bewegung und Theorie durchaus diskutiert worden sind, beschäftigt sich Antliff nicht.

Sein Buch ist dadurch letztlich vor allem eine Skizze des Anarchismus entlang von künstlerischen Ereignissen und Biografien. Die enthält immer wieder aufschlussreiche Aspekte.

Aber neben ein paar Infos über relativ unbekannte Gestalten und weniger prominente Akti-

oder mit Kommunikation zu tun. Sie dreht sich – und soll auch nichts anderes – nur um Formen und Farben anderer, früherer Kunst, auf die sie sich bezieht.
Die ModernistInnen der 1940er und 1950er Jahre verstanden sich daher als VertreterInnen der Freiheit, die die Kunst von allen Zweckbestimmungen rein und die KünstlerInnen von Propaganda fern halten wollten.
Mit einem ganz anderen Verständnis von Freiheit und Kunst wurden Leute wie Reinhardt dann in den 1960er Jahren konfrontiert.
In dem Buch von Allan Antliff wird diese Konfrontation ausführlich von der Künstlerin Susan Simensky Bietla geschildert, die damals in Antikriegs- und feministischen Initiativen aktiv war – und am New Yorker Brooklyn College bei Reinhardt studierte.
Freiheit sollte nicht mehr ohne soziale Gerechtigkeit gedacht werden, Kunstschaffen nicht ohne politisches Engagement. Simensky Bietla gehörte einer künstlerischen Minderheit an, die Kunst als „Teil des gesellschaftlichen Diskurses" (173) begriff.
Das Interview mit der Künstlerin gehört zu den theoretisch aufschlussreichsten Teilen des Bandes, weil über ihre Lebensgeschichte die Gegensätze zwischen der offiziellen Kunstwelt auf der einen und den 60er-Jahre Subkulturen und sozialen Bewegungen auf der anderen Seite offen verhandelt werden.

Freiheit der Kunst, Kunst der Freiheit

Ansonsten fällt die Studie in theoretischer Hinsicht leider eher schwach aus. So wird etwa die zu Beginn geschilderte Grundsatzdebatte zwischen

Beispiel Francis Picabias (1879–1953) in den 1910er Jahren nach. Für sich genommen ist das sicher eine aufschlussreiche biografische Ergänzung. Aber was bedeutet Picabias Begeisterung für den Individualanarchisten Max Stirner? Stand sie im Gegensatz zu kollektivistischen Positionen? War sie wegen ihrer starken Ego-Bezogenheit etwa „typisch künstlerisch"?
Wohl eher nicht. Denn für die Zeit zwischen 1968 und dem Fall der Berliner Mauer beispielsweise widmet sich Antliff eher Positionen, die sozialen Bewegungen nahe standen oder zumindest sehr subkulturverbunden waren: der Collagistin Gee Vaucher, die die Plattenvover der anarchopazifistischen Punk-Band *CRASS* gestaltete, der Künstlerin Freddie Baer, die für anarchistische Zeitschriften wie *Fifths Estate* Bilder schuf und dem Grafiker Richard Mock. Warum er ausgerechnet diese drei Leute bespricht, erwähnt er nicht. Und warum er hier, anders als beim Neoimpressionismus und Picabia, Beispiele aus der Subkultur und nicht aus dem Zentrum des künstlerischen Feldes bespricht, erklärt er auch nicht.
Prinzipiell ist gegen episodische, anekdotische und auch subjektiv auswählende Vorgehensweisen ja nichts einzuwenden. Nur begründet sollten sie sein. Denn man möchte als LeserIn doch wissen, warum man nur diese wenigen ausgesuchten Positionen geschildert bekommt und was es mit der Auswahl auf sich hat.
Ob er sie für kunsthistorisch bedeutsam und/oder für die anarchistische Geschichte paradigmatisch hält, oder nur persönlich sympathisch findet, darüber lässt uns Antliff im Unklaren. Und obwohl er gleich zu Beginn des Buches den An-



pressionistische Maltechnik geprägt, der gepunktete Farbauftrag habe darauf abgezielt, jenen „harmonischen Gesamteindruck hervorzurufen" (42), den die NeoimpressionistInnen für die Darstellung des einfachen bäuerlichen Lebens anstrebten.
Solche Werkbetrachtungen und die jeweiligen sozialen Kontexte bleiben merkwürdig unvermittelt.
Wer wann jeweils in welcher Form den Ton angab, wie also das Kunstfeld nicht nur hinsichtlich der dominanten künstlerischen Techniken beschaffen war, welche Positionen warum hegemonial waren und wie AnarchistInnen dazu standen, diese Fragen werden gar nicht gestellt. Sie haben aber Auswirkungen auf die Kunst. Auf ihre Produktion ebenso wie auf die Rezeption: Ein *CRASS*-Plattencover um 1980 ist schließlich etwas ganz anderes als ein neoimpressionistisches Genre-Gemälde hundert Jahre zuvor.
Es wird anders gemacht und von anderen Leuten zu anderen Zwecken benutzt. Ist das eine ebenso „anarchistische Kunst" wie das andere?
Dann wäre anarchistische Kunst einfach nur Kunst, die von AnarchistInnen gemacht ist. Ist dann jede Kunst, die eine Anarchistin macht, anarchistisch? Und können nicht-anarchistische KünstlerInnen dann etwa keine Kunst machen, die implizit oder explizit Herrschaft kritisiert, angreift oder auch abschaffen will? Warum sollten sie das nicht können? Vielleicht weil sie KünstlerInnen sind und zerstören? Oder sollte er ihn vielleicht doch, umgekehrt, wegen der außergewöhnlichen Gewährung individueller Freiheit gar pflegen und gegen Außeneinflüsse verteidigen? Wäre insofern sogar ein Anarchismus als ein Modernismus im Sinne Ad Reinhardts denkbar?

Anarchistische Ideen, libertäre KünstlerInnen

Mit all diesen Fragen, die innerhalb anarchistischer Bewegung und Theorie durchaus diskutiert worden sind, beschäftigt sich Antliff nicht.
Sein Buch ist dadurch letztlich vor allem eine Skizze des Anarchismus entlang von künstlerischen Ereignissen und Biografien. Die enthält immer wieder aufschlussreiche Aspekte.
Aber neben ein paar Infos über relativ unbekannte Gestalten und weniger prominente Aktionen hat man am Ende der Lektüre vor allem erfahren, dass es zu allen Zeiten und an verschiedenen Orten auch Künstlerinnen und Künstler gab, die anarchistischen Ideen nahe standen. Der Titel des Buches aber verspricht wesentlich mehr.

Jens Kastner

Allan Antliff: *Anarchie und Kunst. Von der Pariser Kommune bis zum Fall der Berliner Mauer*. Übersetzt von Katja Cronauer. Verlag Edition AV, Lich/ Hessen 2011, 237 S., ISBN 978-3-86841-052-5, 18 Euro [D] / 18,50 Euro [A].

Kriminalisierung der Tierbefreiungs-Bewegung in Österreich

Ein neues Buch ermöglicht Einblicke in Repressionsstrategien

Das Interview mit der Künstlerin gehört zu den theoretisch aufschlussreichsten Teilen des Bandes, weil über ihre Lebensgeschichte die Gegensätze zwischen der offiziellen Kunstwelt auf der einen und den 60er-Jahre Subkulturen und sozialen Bewegungen auf der anderen Seite offen verhandelt werden.

Freiheit der Kunst, Kunst der Freiheit

Ansonsten fällt die Studie in theoretischer Hinsicht leider eher schwach aus. So wird etwa die zu Beginn geschilderte Grundsatzdebatte zwischen Pierre-Joseph Proudhon und Émile Zola nicht wieder aufgegriffen. Sie hätte insofern einen Leitfaden abgeben können, als dass bereits darin die Freiheit der Kunst umstritten war, deren Verwirklichung einerseits in ihrer gesellschaftspolitischen Aufgabe (Proudhon) und andererseits eben im individuellen Stil (Zola) gesehen wurde.
Aber Antliffs Buch bleibt bei all seinen interessanten Einzelstudien ohne These. Und der im Untertitel – „Von der Pariser Kommune bis zum Fall der Berliner Mauer" – so umfassend und systematisch anklingende Anspruch wird nicht eingelöst. Es kommen zwar KünstlerInnen aus allen Zeiten innerhalb des abgesteckten Rahmens vor.
Welchen Stellenwert sie und ihr künstlerisches Schaffen aber haben, bleibt bedauerlicher Weise unklar. So leuchtet es zwar ein, sich, wie Antliff es tut, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dem Neoimpressionismus zu widmen. Denn nicht wenige der VetreterInnen dieser damals tonangebenden Prinzipiell ist gegen episodische, anekdotische und auch subjektiv auswählende Vorgehensweisen ja nichts einzuwenden. Nur begründet sollten sie sein. Denn man möchte als LeserIn doch wissen, warum man nur diese wenigen ausgesuchten Positionen geschildert bekommt und was es mit der Auswahl auf sich hat.
Ob er sie für kunsthistorisch bedeutsam und/oder für die anarchistische Geschichte paradigmatisch hält, oder nur persönlich sympathisch findet, darüber lässt uns Antliff im Unklaren. Und obwohl er gleich zu Beginn des Buches den Anspruch formuliert, mit seiner Studie in ein „neu entstehendes Forschungsgebiet in der Kunstgeschichte" (7) einzugreifen, bleiben die Ausführungen doch eher ideen- und sozialgeschichtlich als kunstfeldspezifisch.

Kunstwerk, Kunstsystem und Anarchie

Das ist im Hinblick auf den Anarchismus selbstverständlich alles andere als uninteressant. Denn hier werden bisher eher randständig rezipierte Figuren wie der libertäre Antikolonialist Ananda Coomaraswamy (1847–1947) oder der schwule Dichter Robert Duncan (1919–1988) in die Hauptströmungen des Anarchismus, in ihre Kämpfe und Positionen, neu eingeschrieben.
In Bezug auf das Verhältnis der Kunst zur Politik allerdings bleibt das Buch recht unspezifisch. Zwar gibt es immer wieder kunsttheoretische Einsprengsel. Die „anarchistische Politik" etwa habe die neoim- und die jeweiligen sozialen Kontexte bleiben merkwürdig unvermittelt.
Wer wann jeweils in welcher Form den Ton angab, wie also das Kunstfeld nicht nur hin- cover um 1980 ist schließlich etwas ganz anderes als ein neoimpressionistisches Genre-Gemälde hundert Jahre zuvor.
Es wird anders gemacht und von anderen Leuten zu ande- etwa keine Kunst machen, die implizit oder explizit Herrschaft kritisiert, angreift oder auch abschaffen will? Warum sollten sie das nicht können? Vielleicht weil sie KünstlerInnen sind und

Allan Antliff: *Anarchie und Kunst. Von der Pariser Kommune bis zum Fall der Berliner Mauer.* Übersetzt von Katja Cronauer. Verlag Edition AV, Lich/ Hessen 2011, 237 S., ISBN 978-3-86841-052-5, 18 Euro [D] / 18,50 Euro [A].

Kriminalisierung der Tierbefreiungs-Bewegung in Österreich

Ein neues Buch ermöglicht Einblicke in Repressionsstrategien

Buchbesprechung

Christoph Mackinger, Birgit Pack (Hg.): §278a – Gemeint sind wir alle! Der Prozess gegen die Tierbefreiungs-Bewegung und seine Hintergründe, Mandelbaum Verlag, Reihe Kritik & Utopie, Wien 2011, 407 S., ISBN 978-3-85476-600-1, 16,90 Euro.

Am 2. Mai 2011 endete vorerst der am 2. März 2010 begonnene Schauprozess gegen 13 TierrechtsaktivistInnen in Österreich wegen §278a (Mitgl. in einer kriminellen Organisation – das österreichische Pendant zum deutschen §129a) durch einen überraschenden Freispruch. Bis dahin war Richterin Arleth lediglich durch ihre autoritäre Prozessführung aufgefallen.
Die Staatsanwaltschaft legte sofort Berufung ein, so dass diese für Österreich beispiellose Kriminalisierung einer Bewegung in ihre nächste Runde geht.
Die nun vorliegende Aufsatzsammlung, herausgegeben von zwei AktivistInnen der Basisgruppe Tierrechte, gibt einen umfassenden Überblick über die Repressionsgeschichte der österreichischen Staatsorgane.
Ein Geheimnis der relativ erfolgreichen Tierrechtsbewegung in Österreich war das „Campaigning", direkte gewaltfreie Aktionen, Mahnwachen und Boykottaufrufe, über eine lange Zeit hinweg, vor Eingängen von Geschäften, die Pelzprodukte verkauften, ergänzt durch Go-Ins, Run-Ins oder Sabotageaktionen. Das zermürbte Firmen wie C&A, Peek&Cloppenburg, bis sie schließlich den Pelzverkauf einstellten.
Nicht so bei der Firma Kleider Bauer, die seit 2000 von den Brüdern Graf geleitet wird. Diese reagierten offensiv und forderten die Polizei und die österreichischen Verfassungsorgane erfolgreich auf, gegen die kleine aber effiziente Bewegung mit einer Soko vorzugehen.
Die Repressionsorgane erscheinen hier wie Auftragnehmer der Privatindustrie und entfachten von 2006 bis 2008 eine Überwachungskampagne unter sofortiger Geltendmachung des §278a mittels in Wohnungen installierten Mikrofonen, Telefon- und Funkzellen-Auswertungen, Peilsendern an Autos, Videoüberwachungen, Kontenüberprüfungen, Personenobservationen, eingeschleusten verdeckten Ermittlerinnen, einem Großen Lauschangriff und schließlich 23 Hausdurchsuchungen und einer Verhaftungswelle am 21. Mai 2008. Die Betroffenen wurden mit der Pistole am Kopf geweckt, zehn Verhaftete blieben z.T. mehr als drei Monate im Gefängnis – traumatische Erlebnisse, die ihren persönlichen Alltag radikal veränderten.
Der Einleitungsbeitrag ruft all das plastisch in Erinnerung, umrahmt von Hafterfahrungsberichten und Artikeln zur Solidaritätsarbeit. Einen weiteren Schwerpunkt des Buches bildet ein langer Bericht zum Prozessverlauf, in welchem trotz permanenter Unterschlagung von entlastendem Material keinem der Angeklagten gewaltsame Aktionen nachgewiesen werden konnten.
Dies wird ergänzt durch Artikel zur Geschichte des §287a in Österreich, zur Repression gegen die britische und US-amerikanische Tierrechtsbewegung sowie durch die Prozesserklärungen der Angeklagten.
Eine wichtige Darstellung, die tiefe Einblicke in Repressionsstrategien gewährt und soziale Bewegungen auch in der BRD warnen sollte, dass sich so etwas jederzeit auch gegen sie wenden könnte.

Slipperman

Historisches Subjekt und Mythos

Die Rückkehr der ArbeiterInnenklasse in Theorie und Praxis

Rezensionen

Marcel van der Linden & Karl Heinz Roth (Hg.): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts, unter Mitarbeit von Max Henninger, Assoziation A, Berlin/Hamburg 2009, 608 Seiten, 29,80 Euro

Hans-Günter Thien (Hg.): Klassen im Postfordismus, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 381 Seiten, 29,90 Euro

Hans-Günter Thien: Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 214 Seiten, 24,90 Euro

In Krisenzeiten erwacht das Interesse an der von Marx als historischem Subjekt verstandenen ArbeiterInnenklasse bzw. einem Mythos dieser Klasse neu. Denn „Krise“ schließt die Erwartung ein, dass diese nun handeln müsse oder würde.
Was ist sie also, die sagenumwobene ArbeiterInnenklasse? Mit dem neuen Interesse am Klassenbegriff sind zahlreiche Bücher und Broschüren erschienen, die versuchen, dies-

se entgegen zu argumentieren. Denn Bourdieu betont, dass man keine homogene „Gegenkultur“ in der strukturell bestimmten Klasse finde, sondern „nichts als lose Fragmente“ (Bourdieu, hier zit. nach VK, S. 86). Mit dieser Berufung auf Bourdieu grenzt sich Thien auch gegenüber Karl Heinz Roths Untersuchung einer „anderen Arbeiterbewegung“ ab.

Die Öffnung des Marxismus

Thiens Skepsis gegenüber dem Rothschen Ansatz zieht sich bis heute durch. In der Einleitung zu den „Verlorenen Klassen“ findet Thien auch heute eher die „Zersprengung der ‚GesamtarbeiterIn'“ (VK, S. 15) als ein „Multiversum der Arbeiterinnen und Arbeiter“. Ein solches konstatieren van der Linden und Roth im Nachwort zu „Über Marx hinaus“.
Offenbar liegt der Hauptunterschied darin, dass Thien zu einer pessimistischeren – vielleicht: realistischeren – Sichtweise tendiert.
Dennoch hat er in seinem zweiten Sammelband „Klassen im Postfordismus“ (KP) van der Linden das Schlusswort überlassen. Dieser Beitrag unterscheidet sich in seinen Hauptaussagen kaum von jenen in



MayDay-Demo, Wien 2011

Foto: Jens Kastner

Euro

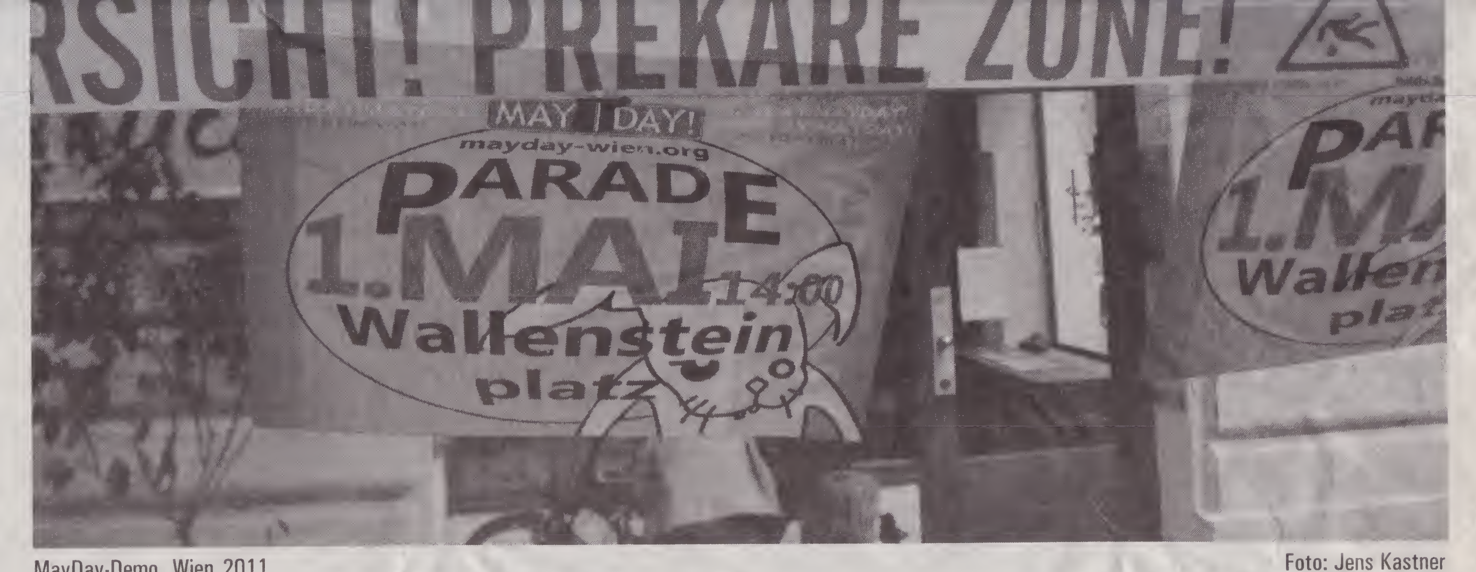
Hans-Günter Thien: Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 214 Seiten, 24,90 Euro

In Krisenzeiten erwacht das Interesse an der von Marx als historischem Subjekt verstandenen ArbeiterInnenklasse bzw. einem Mythos dieser Klasse neu. Denn „Krise“ schließt die Erwartung ein, dass diese nun handeln müsse oder würde.
Was ist sie also, die sagenumwobene ArbeiterInnenklasse? Mit dem neuen Interesse am Klassenbegriff sind zahlreiche Bücher und Broschüren erschienen, die versuchen, dies zu klären.[1]

Struktur und Kultur

Offenbar stehen verschiedene Klassenbegriffe zur Debatte. Hans-Günter Thien stellt insbesondere im ersten Beitrag seines Bandes „Die Verlorene Klasse“ (VK) die strukturelle Variante in den Vordergrund.
Der Sammelband „Über Marx hinaus“ (ÜM) von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden dagegen macht einen politischen Klassenbegriff – im Sinne von sozialer Bewegung – stark. Womit nicht gesagt ist, dass der strukturelle Ansatz ‚unpolitisch’ sei, die AutorInnen von „Über Marx hinaus“ setzen lediglich das (historische) Klassenhandeln in den Mittelpunkt ihres Klassenbegriffs.
In Thiens „Verlorener Klasse“ ist zu beobachten, dass sich ein Wandel seiner Position vollzieht. Der Soziologe hat in dem Band seine Beiträge zum Thema von 1985 bis 2006 gesammelt, und bereits im ersten Beitrag wird deutlich, dass *nur* der strukturelle Klassenbegriff

tung zu den „Verlorenen Klassen“ findet Thien auch heute eher die „Zersprengung der ‚GesamtarbeiterIn’“ (VK, S. 15) als ein „Multiversum der Arbeiterinnen und Arbeiter“. Ein solches konstatieren van der Linden und Roth im Nachwort zu „Über Marx hinaus“.
Offenbar liegt der Hauptunterschied darin, dass Thien zu einer pessimistischeren – vielleicht: realistischeren – Sichtweise tendiert.
Dennoch hat er in seinem zweiten Sammelband „Klassen im Postfordismus“ (KP) van der Linden das Schlusswort überlassen. Dieser Beitrag unterscheidet sich in seinen Hauptaussagen kaum von jenen in „Über Marx hinaus“. Die Kernthese lautet, „das enge Konzept des Proletariats im neunzehnten Jahrhundert, wie wir es bei Marx [...] finden“ (KP, S. 458), sei überholt bzw. nie richtig gewesen.
Thien hat recht, wenn er konstatiert, dass das „für undogmatische Marxisten doch ohnehin seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit“ (VK, S. 15) sei, aber sie kann gerade heute nicht oft genug wiederholt werden: Wenn es mit der Krise einen neuen Trend zum Marxismus gibt, dann muss von undogmatischer Seite erst recht auf die Folgen einer orthodoxen Marx-Exegese hingewiesen werden. Dafür sind die Beiträge in „Über Marx hinaus“ geeignet. Hervorzuheben sind in diesem Sinne die Beiträge Silvia Federicis über „Altenpflegearbeit und die Grenzen des Marxismus“ und Max Henningers „Kritik der Marx’schen Begriffsbestimmungen“.
Etwas mehr erwartet hätte man von Sergio Bologna, dessen Innenansicht des Operaismus stark autobiographischen Charakter trägt, aber kaum Einsichten in eine Theorieentwicklung



MayDay-Demo, Wien 2011

Foto: Jens Kastner

Klasse („für sich“), wenn sie ein gemeinsames Projekt hatte.
Anhand dieses Diktums gehen z.B. Hirsch und Wissel (in: KP) der Frage nach, ob es eine „transnationale Bourgeoisie“ gebe, und kommen zu dem Schluss, es gebe sie nicht, da das gemeinsame politische Projekt fehle.
Die Frage, die hier aufgeworfen wird, ist die nach dem Klassenbewusstsein: Ist erst die „Klasse für sich“ die eigentliche Klasse?
Auch Bourdieu kam anhand seiner Distinktionsstudie[3] zu dem Schluss, dass die von ihm analysierten Klassen auf „Entscheidungen in seinem Kopf“ beruhten und nur „virtuelle“ Klassen seien, die aber die Chance hätten, Klassen im Sinne des Marxismus zu werden.[4]
Bourdieus Worte sind wohl bedacht gewesen: Die Klasse in dieser Form an ein Bewusstsein zu binden, hat weniger mit Marx zu tun als vielmehr mit dem orthodoxen Marxismus bzw. auch Marxismus-Leninismus. Dieses „Bewusstsein“, von Lenin als „politisches Bewusstsein“ verstanden, findet sich wieder in Poulantzas’ These von der Klas-

ner „Gegensätzlichkeit gleichzeitiger Bewusstseinsmomente“ (VK, S. 56).
Kategorien eines Leninismus, der eine „Klasse für sich“[5] erst zu konstruieren hat, spuken zu oft noch in vielen linken – auch libertären – Konzepten herum. Auch Bourdieus „Klassen im Sinne des Marxismus“ (s.o.) meinen eine solche politisch bewusste Klasse für sich. Und Poulantzas’ „gemeinsames Projekt“ bedeutet im Grunde dasselbe. Es stellt sich heraus, dass selbst die fortschrittlicheren marxistischen Ansätze oft noch das leninistische Klassenverständnis voraussetzen: dass dieses „Klassenbewusstsein“ ein politisches sei, das die ArbeiterInnenklasse von selber nicht erlangen könne, sondern das ihr beigebracht werden müsse, da sie von alleine nur ein „trade-unionistisches“ Bewusstsein habe.[6]
Kaum jemand scheint sich für die „Klasse an sich“ zu interessieren und zu fragen, ob diese ein Potential hat. Poulantzas’ Analyseinstrument der Beobachtung eines kollektiven politischen Projekts könnte man aber auch ohne diese Be-

und Reproduktion gibt ihnen jedoch eine spezifische ArbeiterInnenmacht.[7] Auch Thien weist mehrfach darauf hin (z.B. VK, S. 54f.).
Eine bestimmte Kultur oder Politik ist nichts, was die ArbeiterInnenklasse gemeinsam hätte. Solche Bestimmungen einer ArbeiterInnenklasse sind als Konstruktionen zu identifizieren und zu dekonstruieren. Die Frage ist, wie denn eine solche Dekonstruktion aussieht.
Was etwa van der Linden in seinem Beitrag (in: KP, S. 357-378) dekonstruieren möchte, ist die Marxsche Engführung des Proletariats auf den „doppelt freien Lohnarbeiter“: Van der Linden zeigt auf, dass dieser „nur eine Variante bildet“ (KP, S. 360) und keineswegs die entscheidende im Kapitalismus sei. Diese „Dekonstruktion“ mache den Weg frei „für eine neue Konzipierung“ (ebd.) der ArbeiterInnenklasse: „In der historischen Wirklichkeit hat es [...] viele Misch- und Übergangsformen zwischen Sklaverei und ‚freier’ Lohnarbeit gegeben. [...] Es ist an der Zeit, die Werttheorie so zu erweitern, dass auch die produktive Ar-

gen von Sozialdemokratie bis Leninismus.
Der Rezensent Karl Reitter betont in seiner kritischen Besprechung von „Über Marx hinaus“: „Wenn wir [...] einen möglichst breiten [...] Begriff des Proletariats benötigen, finden wir bei Marx dazu alle Voraussetzungen.“[8] Wobei es sicher relevanter ist – um abschließend einen Rezensenten von Thiens „Die verlorene Klasse“ zu zitieren, „die Frage nach dem ‚historischen Subjekt‘ einer anti-kapitalistischen Politik [..] aus der Sphäre der philosophisch-politischen Spekulation isolierter Intellektueller“ herauszuholen und „in die Sphäre der praktischen Projekte“ zurück zu verlagern, um „gemeinsame Interessen und Zielsetzungen artikulieren, sowie Bündnisse mit denen schließen, die dazu bereit sind“.[9]

Torsten Bewernitz

Anmerkungen

1 Neben den rezensierten Bänden sind z.B. zu nennen: Kemper, Andreas und Heike Weinbach: Klassismus. Eine Einführung, Unrast-Verlag, Münster 2009; Kuhn, Gabriel: Mit geballter Faust in der Tasche. Syndikat A, Moers 2009 sowie Danlyuk, Roman: Klassen.Kämpfe.Bewusstsein, Syndikat A, Moers 2010

2 Poulantzas, Nicos: Zum marxistischen Klassenbegriff. Merve, Berlin 1973. S. 7

Variante in den Vordergrund.

Der Sammelband „Über Marx hinaus“ (ÜM) von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden dagegen macht einen politischen Klassenbegriff – im Sinne von sozialer Bewegung – stark. Womit nicht gesagt ist, dass der strukturelle Ansatz ‚unpolitisch‘ sei, die AutorInnen von „Über Marx hinaus“ setzen lediglich das (historische) Klassenhandeln in den Mittelpunkt ihres Klassenbegriffs.

In Thiens „Verlorener Klasse“ ist zu beobachten, dass sich ein Wandel seiner Position vollzieht. Der Soziologe hat in dem Band seine Beiträge zum Thema von 1985 bis 2006 gesammelt, und bereits im ersten Beitrag wird deutlich, dass *nur* der strukturelle Klassenbegriff nicht unbedingt hilfreich ist: Obwohl Thien hier auf einen solchen besteht, stellt er abschließend fest, dass diese Struktur überinterpretiert werden könnte, indem „aus der allgemeinen Klassenstruktur direkte Konsequenzen für die Arbeiterbewegung und das politische Bewusstsein von Arbeitern“ (VK, S. 53) abgeleitet werden. Stattdessen verweist er auf den Ansatz E.P. Thompsons, Erfahrungsprozesse der Klassenindividuen in die Analyse aufzunehmen.

Dies impliziert zwei Veränderungen in der strukturellen Analyse: Zum einen nähert sich Thien mit dem Verweis auf Bewegung dem Ansatz van der Lindens und Roths. Zum anderen öffnet er sich damit auch der kulturellen Ebene. Er bringt Bourdieu ein, um der Vorstellung einer homogenen Kultur der Klassen [...] hin seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit“ (VK, S. 15) sei, aber sie kann gerade heute nicht oft genug wiederholt werden: Wenn es mit der Krise einen neuen Trend zum Marxismus gibt, dann muss von undogmatischer Seite erst recht auf die Folgen einer orthodoxen Marx-Exegese hingewiesen werden. Dafür sind die Beiträge in „Über Marx hinaus“ geeignet. Hervorzuheben sind in diesem Sinne die Beiträge Silvia Federicis über „Altenpflegearbeit und die Grenzen des Marxismus“ und Max Henningers „Kritik der Marx’schen Begriffsbestimmungen“.

Etwas mehr erwartet hätte man von Sergio Bologna, dessen Innenansicht des Operaismus stark autobiographischen Charakter trägt, aber kaum Einsichten in eine Theorieentwicklung des Operaismus gibt. Diesem ist aber in „Über Marx hinaus“ nahezu eine ganze Sektion gewidmet mit den Beiträgen von Massimiliano Tomba und Riccardo Bellofiore, Steve Wright, C. George Caffentzis und Carlo Vercellone.

Die Nähe zum Operaismus erklärt auch den bewegungszentrierten Definitionsansatz der AutorInnen. Den finden wir aber auch bei Nicos Poulantzas: „die Klassen existieren nur im Kampf der Klassen“[2].

Poulantzas hat gleichzeitig eine „Bestimmung durch die Struktur“ benannt. Dementsprechend sind die Klassenbegriffe in den Sammelbänden nicht so unterschiedlich, wie es den Anschein hat. Dennoch gibt es Differenzen, und auch diese sind in den Definitionsversuchen Poulantzas’ zu finden. Für Poulantzas war die Klasse erst [...]

Die Frage, die hier aufgeworfen wird, ist die nach dem Klassenbewusstsein: Ist erst die „Klasse für sich“ die eigentliche Klasse?

Auch Bourdieu kam anhand seiner Distinktionsstudie[3] zu dem Schluss, dass die von ihm analysierten Klassen auf „Entscheidungen in seinem Kopf“ beruhten und nur „virtuelle“ Klassen seien, die aber die Chance hätten, Klassen im Sinne des Marxismus zu werden.[4]

Bourdieus Worte sind wohl bedacht gewesen: Die Klasse in dieser Form an ein Bewusstsein zu binden, hat weniger mit Marx zu tun als vielmehr mit dem orthodoxen Marxismus bzw. auch Marxismus-Leninismus. Dieses „Bewusstsein“, von Lenin als „politisches Bewusstsein“ verstanden, findet sich wieder in Poulantzas’ These von der Klasse, die sich erst durch ein gemeinsames Projekt definiert.

Bewusstsein und Macht

„Über Marx hinaus“ wie auch die beiden Bände Thiens haben nicht nur die Frage nach dem Klassenbegriff zum Thema, sondern die eigentliche Frage ist die nach dem Handeln der Klassensubjekte.

Es ist fragwürdig, diese Handlungsfrage mit einem zu erzeugenden „Bewusstsein“, einem politischen Projekt oder aber durch eine gemeinsame Kultur zu identifizieren. Zwar rekurrieren Thien wie auch die AutorInnen in „Klassen im Postfordismus“ immer wieder auf dieses Bewusstsein. Allerdings ist den AutorInnen durchaus klar, dass es sich bei dem Bewusstsein um ein widersprüchliches handelt. Thien spricht von ei[...]

[...] des Marxismus (s.o.) meinen eine solche politisch bewusste Klasse für sich. Und Poulantzas’ „gemeinsames Projekt“ bedeutet im Grunde dasselbe. Es stellt sich heraus, dass selbst die fortschrittlicheren marxistischen Ansätze oft noch das leninistische Klassenverständnis voraussetzen: dass dieses „Klassenbewusstsein“ ein politisches sei, das die ArbeiterInnenklasse von selber nicht erlangen könne, sondern das ihr beigebracht werden müsse, da sie von alleine nur ein „trade-unionistisches“ Bewusstsein habe.[6]

Kaum jemand scheint sich für die „Klasse an sich“ zu interessieren und zu fragen, ob diese ein Potential hat. Poulantzas’ Analyseinstrument der Beobachtung eines kollektiven politischen Projekts könnte man aber auch ohne diese Bewusstseinsidee nutzen: Hat die ArbeiterInnenklasse bei allen Unterschieden nicht doch das gemeinsame Projekt, sich nicht (dermaßen) ausbeuten zu lassen? Und bedeutet das nicht das abstrakte Ziel, nicht mehr Arbeiterklasse sein zu wollen – handelt es sich also nicht sogar um ein anspruchsvolles gemeinsames politisches Projekt?

Eine andere Form von Dekonstruktion

Gerade Libertären stände es m.E. wohl an, wenn sie sich, statt auf ein bestimmtes, politisch definiertes Bewusstsein, auf die Möglichkeiten der ArbeiterInnenklasse bezögen. In Bezug auf emanzipatorische Ideen und Theorien mögen ArbeiterInnen nichts Besonderes sein, die spezifisch kapitalistische Struktur von Produktion [...]

[...] ArbeiterInnenklasse sind als Konstruktionen zu identifizieren und zu dekonstruieren. Die Frage ist, wie denn eine solche Dekonstruktion aussieht.

Was etwa van der Linden in seinem Beitrag (in: KP, S. 357-378) dekonstruieren möchte, ist die Marxsche Engführung des Proletariats auf den „doppelt freien Lohnarbeiter“: Van der Linden zeigt auf, dass dieser „nur eine Variante bildet“ (KP, S. 360) und keineswegs die entscheidende im Kapitalismus sei. Diese „Dekonstruktion“ mache den Weg frei „für eine neue Konzipierung“ (ebd.) der ArbeiterInnenklasse: „In der historischen Wirklichkeit hat es [...] viele Misch- und Übergangsformen zwischen Sklaverei und ‚freier‘ Lohnarbeit gegeben. [...] Es ist an der Zeit, die Werttheorie so zu erweitern, dass auch die produktive Arbeit von [...] unfreien Arbeitern als wesentlicher Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft anerkannt wird.“ (ÜM, S. 586)

Roth und van der Linden nutzen diese Erkenntnis, um einen neuen Klassenbegriff zu definieren:

„Alle diejenigen Menschen, die sich im widerständigen Prozess der Enteignung, der disziplinarischen Zurichtung und der Entäußerung sowie Verwertung ihres Arbeitsvermögens befinden, konstituieren das globale Proletariat, das Multiversum der Ausgebeuteten.“ (ÜM, S. 592)

Als Manifest ist das behaltenswert. Allerdings ist in Frage zu stellen, ob wir dafür „über Marx hinaus“ müssen oder lediglich zurück zu Marx, aber (und das ist eindeutig) weg vom Marxismus in seinen verschiedenen politischen Ausprägun[...]

[...] setzungen.“[8] Wobei es sicher relevanter ist – um abschließend einen Rezensenten von Thiens „Die verlorene Klasse“ zu zitieren, „die Frage nach dem ‚historischen Subjekt‘ einer anti-kapitalistischen Politik [...] aus der Sphäre der philosophisch-politischen Spekulation isolierter Intellektueller“ herauszuholen und „in die Sphäre der praktischen Projekte“ zurück zu verlagern, um „gemeinsame Interessen und Zielsetzungen artikulieren, sowie Bündnisse mit denen schließen, die dazu bereit sind“.[9]

Torsten Bewernitz

Anmerkungen

1 Neben den rezensierten Bänden sind z.B. zu nennen: Kemper, Andreas und Heike Weinbach: Klassismus. Eine Einführung, Unrast-Verlag, Münster 2009; Kuhn, Gabriel: Mit geballter Faust in der Tasche. Syndikat A, Moers 2009 sowie Danlyuk, Roman: Klassen.Kämpfe.Bewusstsein, Syndikat A, Moers 2010

2 Poulantzas, Nicos: Zum marxistischen Klassenbegriff. Merve, Berlin 1973. S. 7

3 Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 1987 [1982].

4 Bourdieu, Michel: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a.M. 1998 [1985]. S. 24.

5 Ein Begriff, der bei Marx nur eine untergeordnete Rolle spielt. Marx verwendet zwar im „Elend der Philosophie“ die Begriffe „an sich“ und „für sich“ in diesem Sinne (MEW 4, S. 180f.), die Erwartung, dass die „Klasse an sich“ erst zu einer „Klasse für sich“ werden muss bzw. nach Lenin gemacht werden muss, ist aber eine Erfindung der orthodoxen MarxistInnen. Vgl. Michael Vesters Beitrag zum Thema im historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus: www.inkrit.de/hkwm/artikel/HKWM-7-1-klasseansich-fursich.pdf

6 Vgl. Lenin, Was tun? Werke, Bd. 5, S. 386

7 Vgl. Silver, Beverly J.: Forces of Labour. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Assoziation A, Hamburg/Berlin 2005. S. 30f

8 Reitter, Karl: Kritische Bemerkungen zum Marxverständnis von Marcel van der Linden und Karl Heinz Roth. In: Grundrisse Nr. 33. Download von http://www.grundrisse.net/grundrisse33/Kritische_Bemerkungen_zum_Marxverstaendnis.htm.

9 Wolf, Frieder Otto: Klassenkampf, Klassenherrschaft und Klassenstruktur. Zur Wiederkehr einer Problematik. Zitiert von: www.gegenblende.de/04-2010/++co++362fde1a-8e6e-11df-5545-001ec9b03e44

Gegendarstellung

Betr.: Copy-and-paste-Syndikalismusforschung. Helge Döhrings bedenklicher Umgang mit Quellen, Rezension von Dieter Nelles, in: Libertäre Buchseiten (GWR 362), Oktober 2011, S. 5

In den *Libertären Buchseiten* der Zeitung *Graswurzelrevolution*, Ausgabe Oktober 2011, ist auf Seite 5 ein Artikel von Dieter Nelles abgedruckt mit dem Titel „Copy-and-paste-Syndikalismusforschung".
Es handelt sich hierbei um eine Rezension folgender Veröffentlichungen:
Helge Döhring: Die Presse der syndikalistischen Arbeiterbewegung in Deutschland 1918 bis 1933. Edition Syfo, Nr. 1, Syndikat-A Medienvertrieb, Moers 2011, ISBN 978-3-9810846-8-9, 92 S., 8,90 Euro
und
Helge Döhring: Schwarze Scharen. Anarcho-Syndikali9stische Arbeiterwehr (1929-1933), Edition AV, Lich/Hessen 2011, ISBN 978-3-86841-054-9, 183 Seiten, 14,90 Euro

Dieser Artikel in den *Libertären Buchseiten* enthält Falschbehauptungen, die ich im folgenden richtig stelle:
1. Dieter Nelles behauptet, ich würde mich bei meiner Veröffentlichung zur syndikalistischen Presse in Deutschland bei meinen Angaben „auf die DadA-Datenbank" stützen. Ich hätte Quellenhinweise „wiederum der DadA-Datenbank entnommen". Meine Bibliographie sei eine „erweiterte Printfassung der DadA" und sie sei im „copy-and-paste-Verfahren" hergestellt worden.
Diese Behauptungen sind falsch. Meine Forschungen stützten sich auf direktes Quellenstudium in Archiven, Bibliotheken, den von mir angegebenen Bibliographien und Sammlungen.

2. Dieter Nelles behauptet, dass ich bei meiner Veröffentlichung zu den „Schwarzen Scharen" bereits „vorliegende Erkenntnisse der vorhandenen Quellen" erweitert hätte, ohne dieselben zu analysieren.
Diese Behauptungen sind falsch. Meine Forschungen und Analysen stützten sich auf direktes Quellenstudium in Archiven, Bibliotheken, den von mir angegebenen Bibliographien und Sammlungen.

3. Zur Stützung seiner „copy-and-paste"-These, behauptet Dieter Nelles, mir habe ein Manuskript von Ulrich Linse mit dem Titel „Militante Abwehr des Nationalsozialismus 1929-1933. ‚Schwarze Scharen' und ‚Kampfgemeinschaften gegen Reaktion und Faschismus'" vorgelegen.



GWR-Leserinnen in Egmont. Foto: Jule Wilda

den muss, um irgendeine Schweinerei zu verhindern. In diesem Sinne habe ich schon manche Unterschrift bei Avaaz, Campact, oder zum Beispiel beim antirassistischen US-Netzwerk ColorOfChange.org geleistet - ich glaube, ohne dass mich das zum phlegmatischen Sesselfurzer gemacht hätte.
Außerdem ist es nicht prinzipiell zu verurteilen, wenn eine Kampagne von Herrschenden bestimmte Entscheidungen einfordert. Die sind es doch, denen in jedem Fall etwas abgetrotzt werden muss. Da muss man sich schon mal die Hände schmutzig machen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Das bedeutet nicht automatisch, „dass Gutes ‘von Oben’ kommt".

schwer umzusetzen, aber ohne Überlegungen geht's nun mal nicht, um dann (vielleicht) handeln zu können. Wie erfolgreiche anarchistische Monatszeitungen aussehen können, das zeigt wie gesagt die GWR selbst und auch die „direkte aktion" der Gewerkschaft FAU. Vielleicht schaffen wir ja auch mal den Schritt zu einem häufiger erscheinenden Blatt?
Auch sonst brauchen wir mehr Achtsamkeit gegenüber den eigenen Inhalten und der eigenen Geschichte. Dann müsste die interessante Arbeit des engagierten Historikers Dieter Nelles über deutsche Anarchosyndikalisten 1936 in Barcelona nicht von M. Baxmeyer auf Spanisch entdeckt werden (Danke!). Schließlich ist

tungen, die ich im folgenden richtig stelle:

1. Dieter Nelles behauptet, ich würde mich bei meiner Veröffentlichung zur syndikalistischen Presse in Deutschland bei meinen Angaben „auf die DadA-Datenbank“ stützen. Ich hätte Quellenhinweise „wiederum der DadA-Datenbank entnommen“. Meine Bibliographie sei eine „erweiterte Printfassung der DadA“ und sie sei im „copy-and-paste-Verfahren“ hergestellt worden.
Diese Behauptungen sind falsch. Meine Forschungen stützten sich auf direktes Quellenstudium in Archiven, Bibliotheken, den von mir angegebenen Bibliographien und Sammlungen.

2. Dieter Nelles behauptet, dass ich bei meiner Veröffentlichung zu den „Schwarzen Scharen“ bereits „vorliegende Erkenntnisse der vorhandenen Quellen“ erweitert hätte, ohne dieselben zu analysieren.
Diese Behauptungen sind falsch. Meine Forschungen und Analysen stützten sich auf direktes Quellenstudium in Archiven, Bibliotheken, den von mir angegebenen Bibliographien und Sammlungen.

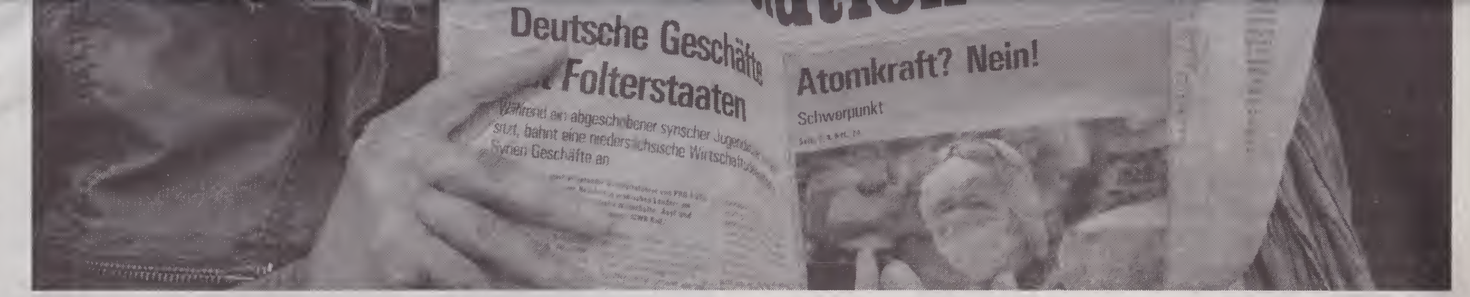
3. Zur Stützung seiner „copy-and-paste“-These, behauptet Dieter Nelles, mir habe ein Manuskript von Ulrich Linse mit dem Titel „Militante Abwehr des Nationalsozialismus 1929-1933. ‚Schwarze Scharen‘ und ‚Kampfgemeinschaften gegen Reaktion und Faschismus‘“ vorgelegen.
Diese Behauptung ist falsch, mir ist dieses Manuskript nicht bekannt.
Bei näherem Interesse verweise ich auf meine Autorenseite: http://syndikalismusforschunghd.wordpress.com

Helge Döhring, Bremen, 12. Oktober 2011

„Redaktionsschwanz“[1]

... zur obigen Gegendarstellung von Helge Döhring

GWR-Autor Dieter Nelles bleibt bei seiner Darstellung.
Mitte Oktober 2011 hat Hartmut Rübner in einer E-Mail an die GWR-Redaktion die Angaben von Dieter Nelles bestätigt: „Helge Döhring hat sich seinerzeit in Bremen diesen Text, meine Materialien aus verschiedenen Archiven (IISG, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, IGA Bochum, Privatarchiv Albert de Jong, Bundesarchiv usw.) sowie meine handschriftlichen Auswertungen und Faksimiles der syndikalistischen Presse ausgeliehen und diese Unterlagen mit meinem Einverständnis für private Zwecke kopiert. Seitdem hat er diesen Dokumentenfundus als Grundlage seiner Arbeiten verwendet, ohne die Herkunft seiner Nachkopien anzugeben. Darauf lege ich auch keinen Wert, aber nun auf die Exklusivität der Quellen bzw. auf eigene Forschungen zu verweisen, ist doch ziemlich dreist. (...) Da Dieter Nelles nun mit falschen Beschuldigungen da steht, würde ich gern einen kurzen Kommentar abgeben. Also nur, dass Helge Döhring u. a. der Linse-Text vorlag. Und dazu, dass er den archivarischen Forschungsstand von 2001 komplett von mir übernommen hat. Und ich habe dieses Material wiederum zum großen Teil von Dieter Nelles erhalten. Unter anderem eben das Ms von Ulrich Linse und das in der Be-



GWR-Leserinnen in Egmont. Foto: Jule Wilda

den muss, um irgendeine Schweinerei zu verhindern. In diesem Sinne habe ich schon manche Unterschrift bei Avaaz, Campact, oder zum Beispiel beim antirassistischen US-Netzwerk ColorOfChange.org geleistet - ich glaube, ohne dass mich das zum phlegmatischen Sesselfurzer gemacht hätte.
Außerdem ist es nicht prinzipiell zu verurteilen, wenn eine Kampagne von Herrschenden bestimmte Entscheidungen einfordert. Die sind es doch, denen in jedem Fall etwas abgetrotzt werden muss. Da muss man sich schon mal die Hände schmutzig machen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Das bedeutet nicht automatisch, „dass Gutes ‘von Oben’ kommt“.
Es ist allerdings richtig, dass Avaaz-Kampagnen häufig die alleinige Zuständigkeit für Entscheidungen bei den Regierungen verorten und sich lediglich als „Petitionsausschuss“ verstehen. Manche der Kampagnen sind taktischer Blödsinn, und andere, wie die erwähnte Libyen-„Flugverbotszone“, sind auch inhaltlich daneben und sogar schädlich.
Aber es gibt, darauf will ich hinweisen, gute und wichtige Avaaz-Kampagnen.
Ein Beispiel ist die Aktion 2009ff gegen die geplante Todesstrafe für Schwule in Uganda. Hier scheinen die Massen-Unterschriften aus der Weltbürger-Gesellschaft tatsächlich eine Hauptrolle bei der (vorläufigen) Vereitelung der Pläne gespielt zu haben.
Ein anderes Beispiel ist die Kampagne zur Unterstützung der „Occupy Wall Street“-Bewegung in New York, die gerade läuft, als ich diese Zeilen schreibe. Der Adressat der Unterschriftenliste ist in diesem Fall die Menge, die den Zuccotti Park in Manhattan besetzt hält. Es ist ein Zeichen der weltweiten Solidarität, das diese Leute gut gebrauchen können. Und wenn man die Avaaz-Livecam, die dort aufgestellt ist, über die Tage beobachtet hat, dann sah man plötzlich nicht mehr nur Leute vor dem großen Avaaz-Counter herumschlendern, sondern sich vor der Kamera aufbauen und spontan ihre Statements ins Mikro der Webcam rufen. Manche haben sich sogar ein Manuskript zu diesem Zweck erstellt, das sie vorlesen. Das Ganze ist eine schöne anarchische Selbstermächtigung.
Also: mit dem „Slacktivism“ ist es nicht ganz so einfach, wie Detlev es darstellt. Die Wirklichkeit ist auch hier dialektisch. „Clicktivism“ kann entpolitisierend wirken auf Leute, die sonst mehr getan hätten, um ihr Gewissen zu beruhigen. Aber vielleicht wirkt es zugleich politisierend als „Vorzimmer“ des Engagements für Leute, die sonst nie etwas tun würden, weil ihnen die Hürden zu hoch sind, denen man dann aber ruhig die nächste Tür offenhalten sollte.

schwer umzusetzen, aber ohne Überlegungen geht’s nun mal nicht, um dann (vielleicht) handeln zu können. Wie erfolgreiche anarchistische Monatszeitungen aussehen können, das zeigt wie gesagt die GWR selbst und auch die „direkte aktion“ der Gewerkschaft FAU. Vielleicht schaffen wir ja auch mal den Schritt zu einem häufiger erscheinenden Blatt?
Auch sonst brauchen wir mehr Achtsamkeit gegenüber den eigenen Inhalten und der eigenen Geschichte. Dann müsste die interessante Arbeit des engagierten Historikers Dieter Nelles über deutsche Anarchosyndikalisten 1936 in Barcelona nicht von M. Baxmeyer auf Spanisch entdeckt werden (Danke!). Schließlich ist Dieter Nelles bereits seit 1986 durch den zusammen mit Ulrich Klan geschriebenen und im Trotzdem Verlag erschienen legendären Band „Es lebt noch eine Flamme“ kein Unbekannter mehr!
Fazit:
Ganz egoistisch: Ich möchte die Nelles-Arbeit auf Deutsch lesen, da ich einfach zu schlecht Spanisch kann!* Und an alle anarchistisch orientierten Menschen, die für „GWR“, „da“, „Hintergrund“, auch für „junge Welt“ oder andere Zeitungen schreiben - da ich es nicht einschätzen kann: Gibt es den Raum zur Verwirklichung einer anarchistischen Tageszeitung?

fragt Oliver Steinke

** Anmerkung der Redaktion:*
Lieber Oliver, das von M. Baxmeyer in der GWR 362 rezensierte Buch „Antifascistas alemanes en Barcelona (1933-1939)“ wird jetzt ins Deutsche übersetzt und erscheint voraussichtlich 2012 im Verlag Graswurzelrevolution. Vorbestellungen bitte direkt an: buchverlag@graswurzel.net

vermasselt

Betr.: Shanghai – Das Ende der Zukunft, Artikel von Wolfgang Sterneck, in: GWR 362, Oktober 2011, S. 1, 15

Liebe Freunde,
ich habe gerade lieben Besuch aus Shanghai, der sich sehr über diesen Artikel geärgert hat.
Wolfgang Sterneck vermasselt mit der Taxi-Intro-Geschichte seine ganze Glaubwürdigkeit.
Offensichtlich spricht der Autor kein chinesisch, sonst hätte er mitbekommen, dass diese Filmsequenz ein Appell an die immer fetter werdende Jugend ist, mehr Sport zu treiben.
Und - auch ohne chinesische Sprachkenntnisse: Schon die Schilderung des Ablaufs als Beweis für Egozentrik zu sehen, ist höflich

... zur obigen Gegendarstellung von Helge Döhring

GWR-Autor Dieter Nelles bleibt bei seiner Darstellung.
Mitte Oktober 2011 hat Hartmut Rübner in einer E-Mail an die GWR-Redaktion die Angaben von Dieter Nelles bestätigt: „Helge Döhring hat sich seinerzeit in Bremen diesen Text, meine Materialien aus verschiedenen Archiven (IISG, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, IGA Bochum, Privatarchiv Albert de Jong, Bundesarchiv usw.) sowie meine handschriftlichen Auswertungen und Faksimiles der syndikalistischen Presse ausgeliehen und diese Unterlagen mit meinem Einverständnis für private Zwecke kopiert. Seitdem hat er diesen Dokumentenfundus als Grundlage seiner Arbeiten verwendet, ohne die Herkunft seiner Nachkopien anzugeben. Darauf lege ich auch keinen Wert, aber nun auf die Exklusivität der Quellen bzw. auf eigene Forschungen zu verweisen, ist doch ziemlich dreist. (...) Da Dieter Nelles nun mit falschen Beschuldigungen da steht, würde ich gern einen kurzen Kommentar abgeben. Also nur, dass Helge Döhring u. a. der Linse-Text vorlag. Und dazu, dass er den archivarischen Forschungsstand von 2001 komplett von mir übernommen hat. Und ich habe dieses Material wiederum zum großen Teil von Dieter Nelles erhalten. Unter anderem eben das Ms von Ulrich Linse und das in der Besprechung erwähnte Dokument der Gestapo Oppeln über die FAUD."
Nach Rücksprache mit Hartmut Rübner haben wir Helge Döhring auf die E-Mail von Rübner hingewiesen und ihm vergeblich dazu geraten, seine Gegendarstellung zurückzuziehen oder aufgrund der vorliegenden Informationen zu überarbeiten.

GWR-Red.

Anmerkung: 1 siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Gegendarstellung#Redaktionsschwanz

LeserInnenbriefe

Ihr werdet es nicht fassen – man muss „Avaaz" nicht hassen

Betr.: Ihr werdet's nicht vermuten – „Avaaz" sind nicht „Die Guten", Artikel von Detlev Beutner, in: GWR 361, September 2011, S. 16

Detlev Beutners Analyse über Avaaz ist gut recherchiert und erhellend, und weitgehend kann man ihm zustimmen.
Aber ich möchte davor warnen, die durch Avaaz, Campact und ähnliche Netzwerke eröffneten Möglichkeiten „niedrigschwelligen" Engagements in Bausch und Bogen als „slacktivism" zu verdammen.
Es gibt nämlich mindestens ein Kriterium, das eine solche Kampagnen-Struktur sinnvoll macht: die Funktion einer zivilgesellschaftlichen „Task-Force", wenn sehr schnell massenhaft reagiert wer-

aus der Weltbürger-Gesellschaft tatsächlich eine Hauptrolle bei der (vorläufigen) Vereitelung der Pläne gespielt zu haben.
Ein anderes Beispiel ist die Kampagne zur Unterstützung der „Occupy Wall Street"-Bewegung in New York, die gerade läuft, als ich diese Zeilen schreibe. Der Adressat der Unterschriftenliste ist in diesem Fall die Menge, die den Zuccotti Park in Manhattan besetzt hält. Es ist ein Zeichen der weltweiten Solidarität, das diese Leute gut gebrauchen können. Und wenn man die Avaaz-Livecam, die dort aufgestellt ist, über die Tage beobachtet hat, dann sah man plötzlich nicht mehr nur Leute vor dem großen Avaaz-Counter herumschlendern, sondern sich vor der Kamera aufbauen und spontan ihre Statements ins Mikro der Webcam rufen. Manche haben sich sogar ein Manuskript zu diesem Zweck erstellt, das sie vorlesen. Das Ganze ist eine schöne anarchische Selbstermächtigung.
Also: mit dem „Slacktivism" ist es nicht ganz so einfach, wie Detlev es darstellt. Die Wirklichkeit ist auch hier dialektisch. „Clicktivism" kann entpolitisierend wirken auf Leute, die sonst mehr getan hätten, um ihr Gewissen zu beruhigen. Aber vielleicht wirkt es zugleich politisierend als „Vorzimmer" des Engagements für Leute, die sonst nie etwas tun würden, weil ihnen die Hürden zu hoch sind, denen man dann aber ruhig die nächste Tür offenhalten sollte.
Diesen Widerspruch müssen wir aushalten.

Rüdiger Haude, Wuppertal

Zur GWR 362

Betr.: „junge Welt, alte Mauern", Kommentar von Horst Blume, in GWR 362, Oktober 2011, S. 2 ; und „Anarchisten auf der Gangway", Rezension von M. Baxmeyer, in: GWR 362, Libertäre Buchseiten (S. 4)

Eigentlich find ich Loben (Strafen sowieso) nicht mehr so toll (weil es ja meist mehr über die eigenen Vorstellungen aussagt, als über die oder den Anderen). Manchmal kann ich aber eben nicht anders und einmal muss es dann doch gesagt werden: Ich finde die Graswurzelrevolution ist eine der unkonventionellsten und inspirierenden Zeitungen im deutschsprachigen Raum!
Dazu noch mal ein Extra Kompliment für die aktuelle Ausgabe - besonders auch für die Libertären Buchseiten, die eine Reihe absolut lesenwerter Bücher besprechen.
Selten ist die Reife und Fairness anzutreffen, die euer Autor Horst Blume gegenüber einer anderen Zeitschrift, der marxistischen „jungen Welt" zeigt. Er kritisiert sie zu Recht äußerst scharf und schonungslos, verdammt sie aber nicht in Bausch und Boden. Tatsächlich wäre niemanden außer den Herrschenden mit einem Boykott der jungen Welt gedient.
Wenn wir in dieser Hinsicht (es geht um das Stärken anarchistischer Positionen) etwas verändern wollen, dann wäre dies - und in diese Richtung denkt ja auch Blume - zum Beispiel die Inangriffnahme einer anarcho-(syndikalistischen) Tages- oder zumindest Wochenzeitung. Ich weiß, ich weiß, ist leicht gesagt und äußerst

** Anmerkung der Redaktion:*
Lieber Oliver, das von M. Baxmeyer in der GWR 362 rezensierte Buch „Antifascistas alemanes en Barcelona (1933-1939)" wird jetzt ins Deutsche übersetzt und erscheint voraussichtlich 2012 im Verlag Graswurzelrevolution. Vorbestellungen bitte direkt an: buchverlag@graswurzel.net

vermasselt

Betr.: Shanghai – Das Ende der Zukunft, Artikel von Wolfgang Sterneck, in: GWR 362, Oktober 2011, S. 1, 15

Liebe Freunde,
ich habe gerade lieben Besuch aus Shanghai, der sich sehr über diesen Artikel geärgert hat.
Wolfgang Sterneck vermasselt mit der Taxi-Intro-Geschichte seine ganze Glaubwürdigkeit.
Offensichtlich spricht der Autor kein chinesisch, sonst hätte er mitbekommen, dass diese Filmsequenz ein Appell an die immer fetter werdende Jugend ist, mehr Sport zu treiben.
Und - auch ohne chinesische Sprachkenntnisse: Schon die Schilderung des Ablaufs als Beweis für Egozentrik zu sehen, ist höflich ausgedrückt unlogisch. Die füllige alte Dame überholt den dynamischen Mann... Klingelt es da nicht? Auch bei Euch?
Verärgerte Abonnentengrüße von

Uwe Niese

Kein Beleg

Betr.: Copy-and-paste-Syndikalismusforschung. Helge Döhrings bedenklicher Umgang mit Quellen, Rezension von Dieter Nelles, in: Libertäre Buchseiten (GWR 362), Oktober 2011, S. 5

hallo,
ich habe auch noch was zum seltsamen umgang helge döhrings mit seinen quellen beizutragen. auf seite 176 des bandes über die „schwarzen scharen" erscheint ein foto von adolf sauer mit dem hinweis, er sei mitglied der „schwarzen scharen" gewesen. es gibt in dem buch keinen beleg dafür, dass sauer wirklich mitglied war.
Das foto stammt aus einem konvolut der tochter von pilarski.
Sie schrieb mir 1999 u.a. dazu: „...adolf sauer, very close comrade and very brave man. he survived the war in zabrze."
Zabrze hiess vorher hindenburg (oberschlesien) und pilarski und sauer hatten sich 1918-20 dort kennengelernt. Sauer war führender genosse im spartakusbund und später in der KPD, was kein hinderungsgrund für ihre freundschaft bildete. natürlich weiss helge döhring so etwas nicht und so wird sauer der einfachheit halber zum mitglied der „schwarzen scharen" gemacht. das foto war halt da und es wäre doch schade gewesen, es nicht zu verwenden. denk ich mir

knut bergbauer

Verantwortungslosigkeit?

Augustin Souchy und die anarchosyndikalistische DAS. Eine historische Ergänzung

Im Oktober 2011 hat M. Baxmeyer in den Libertären Buchseiten der Graswurzelrevolution Nr. 362 das u.a. von Dieter Nelles in Spanien herausgegebene Buch „Antifascistas alemanes en Barcelona (1933-1939)" vorgestellt. Dieses Buch über die Geschichte der deutschen AntifaschistInnen und der Exilorganisation DAS (Deutsche Anarchosyndikalisten), die an der Seite der CNT/FAI im spanischen Bürgerkrieg gegen die Franco-Faschisten gekämpft haben, wird nun ins Deutsche übersetzt und erscheint voraussichtlich 2012 im Verlag Graswurzelrevolution.[1] Wolfgang Haug bezieht sich mit dem folgenden Artikel auf M. Baxmeyers Rezension und den Konflikt, den Teile der DAS mit dem bekannten Anarchisten Augustin Souchy hatten (GWR-Red.).

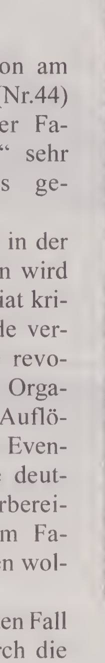


Foto: Jens Kastner

Die anarchosyndikalistische Freie Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) hatte ihren Einfluss mehr und mehr eingebüßt, kurz vor Hitlers Machtergreifung zählte die Organisation nur noch ca. 5.000 Mitglieder.
Dennoch spielte die FAUD über ihre maßgeblichen Ideengeber international noch eine große Rolle und deshalb befand sich das IAA-Archiv bis zum Schluss in Berlin und fiel der Gestapo in die Hände.

Naivität?

Weil diese Akten in falsche Hände gerieten, warfen einige Genossen dem Geschäftskomitee (GK) und insbesondere Augustin Souchy politische Naivität und Verantwortungslosigkeit vor.
Wenn politische Naivität eine Rolle gespielt haben sollte,



Auch Souchy hatte schon am 1.11.1930 im *Syndikalist* (Nr.44) mit seinem Artikel „Der Faschismus im Anmarsch" sehr deutlich vor den Nazis gewarnt:
„Sitzt die Nazipartei erst in der Reichsregierung, ... dann wird die Lage für das Proletariat kritischer. Die Zensur würde verschärft werden, und die revolutionären proletarischen Organisationen könnten der Auflösung verfallen. Auf diese Eventualität müssen sich die deutschen Syndikalisten vorbereiten, wenn sie nicht dem Faschismus zum Opfer fallen wollen."
1932 legte die FAUD für den Fall der Machtergreifung durch die Nazis fest, dass das GK in Berlin und die örtlichen Gruppen selbst aufgelöst und die Aufgaben auf bestimmte Mitglieder, die der GK auf Mitglieder

den Verlust des IAA-Archivs beachtet werden:
„Ich protestiere gegen den Vorwurf, Mangel an Verantwortlichkeit gezeigt zu haben, der –

die ins Exil geflüchteten FAUD-GenossInnen dort, in Holland und in Schweden organisierte. Da er jedoch viele Kontakte in Spanien besaß, konnte er sich

tajes, Barcelona 1937
Seine Nachfolger als Sekretäre bei der IAA, sein Ex-FAUD-Genosse Helmut Rüdiger und der Franzose Pierre Besnard mach-

son Souchys dies vermocht hätte, selbst wenn man ihm diesbezügliche Aktivitäten unterstellt, für die es wiederum keine Belege gibt. Ihm wurde

ihre maßgeblichen Ideengeber international noch eine große Rolle und deshalb befand sich das IAA-Archiv bis zum Schluss in Berlin und fiel der Gestapo in die Hände.

Naivität?

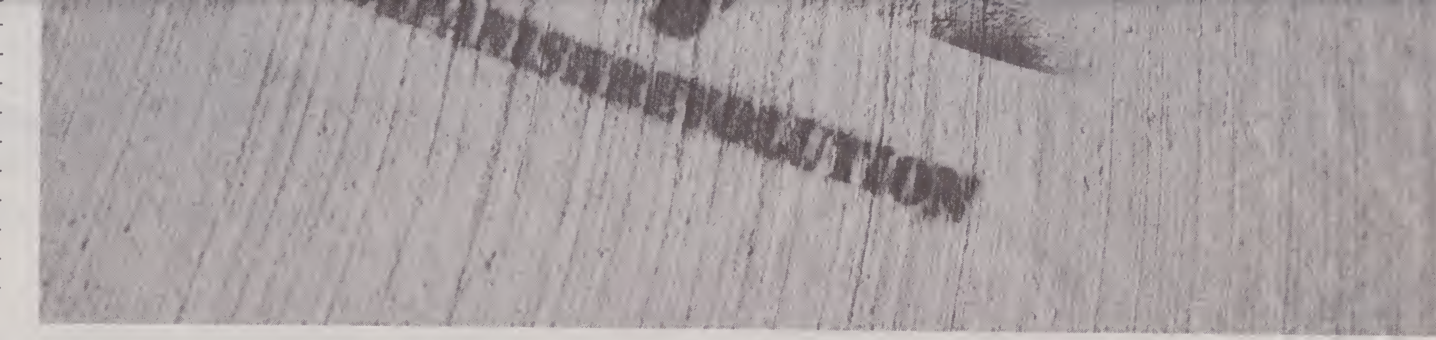
Weil diese Akten in falsche Hände gerieten, warfen einige Genossen dem Geschäftskomitee (GK) und insbesondere Augustin Souchy politische Naivität und Verantwortungslosigkeit vor.
Wenn politische Naivität eine Rolle gespielt haben sollte, dann wohl aufgrund der politischen Bedeutungslosigkeit, in der man sich selbst sah und weshalb man folgerte, dass für die Nazis kein schneller Handlungszwang gegen die FAUD bestand. Doch auch geringe politische Resonanz bewahrte die FAUD nicht vor der sofortigen Verfolgung. Andererseits waren sich die leitenden Personen der Gefahr aber durchaus bewusst.



Augustin Souchy Foto: Archiv

Als in der Nacht zum 28.02.1933 der Reichstag brannte, wurde es für die bekannteren Anarchisten Zeit, das Land zu ver-

die Lage für das Proletariat kritischer. Die Zensur würde verschärft werden, und die revolutionären proletarischen Organisationen könnten der Auflösung verfallen. Auf diese Eventualität müssen sich die deutschen Syndikalisten vorbereiten, wenn sie nicht dem Faschismus zum Opfer fallen wollen."
1932 legte die FAUD für den Fall der Machtergreifung durch die Nazis fest, dass das GK in Berlin und die örtlichen Gruppen selbst aufgelöst und die Aufgaben auf bestimmte Mitglieder, die der GK auf Mitglieder nach Erfurt übertragen werden sollen.
Fast alle noch bestehenden Gruppen reagierten rechtzeitig, nur das Berliner GK, das auch die Materjalien der IAA und die Geschäftsräume des ASY-Verlags und der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde organisierte, wurde am 09.03.1933 von der Gestapo durchsucht und ein Großteil der Materialien und Dokumente wurde beschlagnahmt, darunter die umfangreiche Korrespondenz der IAA.
In einem Brief an Rocker wehrte sich Souchy explizit gegen die Vorwürfe, die zu seiner Absetzung als IAA-Sekretär führten und insbesondere von den Exildeutschen der Gruppe DAS (Deutsche Anarcho Syndikalisten) in Spanien und von den dann zuständigen IAA-Vertretern Helmut Rüdiger und Pierre Besnard erhoben wurden.
Die Gestapo kam anscheinend zu der Zeit, als der Umzug in Verstecke gerade ablaufen sollte. Bei den späteren Vorhaltungen darf deshalb auch eine länger bestehende Rivalität zwischen Souchy und Rüdiger unterstellt werden. Rüdiger war so etwas wie Souchys Nachfolger, einmal als verantwortlicher Redakteur des *Syndikalist*, und dann als IAA-Sekretär



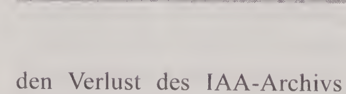


Foto: Jens Kastner

den Verlust des IAA-Archivs beachtet werden:
„Ich protestiere gegen den Vorwurf, Mangel an Verantwortlichkeit gezeigt zu haben, der – (nach der mit 3 Stimmen gegen eine Stimme angenommenen Resolution) [auf dem Amsterdamer Kongress der IAA 1933, Anm. W.H.] – in Gemeinschaft mit meinem angeblichen übertriebenen Optimismus die Hauptursache dafür sein soll, dass das Archiv der IAA beschlagnahmt wurde. Ich stelle fest, dass ich bereits vor dem 1. März den wichtigsten Teil des Archivs in Sicherheit gebracht habe und auch nach dem 5. März bis zum 17. März weitere Teile sicherstellte. Für den Umstand, dass das sichergestellte Material durch Denunziation entdeckt und beschlagnahmt wurde, kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Ich stelle ferner fest, dass ich Maßnahmen getroffen habe, um den Rest des Archivs sicherzustellen. Ich habe selbst alles Material allein verpackt. Am 15. März sollte der Abtransport getroffen werden. Dennoch wurde der Transport bemerkt und gerade während des Umzugs und auf Grund des Umzugs wurde das Material beschlagnahmt und die Personen, die den Abtransport vornahmen, wurden verhaftet." (Rocker-Archiv)
Als Souchy von drei Männern überfallen wurde, entschloss er sich zur Flucht per Zug nach

die ins Exil geflüchteten FAUD-GenossInnen dort, in Holland und in Schweden organisierte. Da er jedoch viele Kontakte in Spanien besaß, konnte er sich dort seine eigene Position schaffen.
Bei Ausbruch des Bürgerkriegs in Spanien 1936 übernahm Souchy in Barcelona die Informationsstelle für das Ausland der spanischen anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT. Er baute diese Abteilung der CNT, als die Querelen um das IAA-Archiv ihn einholten. Weil die CNT 1936 beschlossen hatte, diese Aufgabe der IAA zu übertragen, wechselte er zur FAI, in deren Comité Peninsular er weiterhin für die Auslandspropaganda zuständig blieb.
Insgesamt arbeitete er 15 Monate dafür. Seine Hauptaufgabe bestand in dem eher vergeblichen Versuch, Geld und Waffen in Frankreich, England, der Tschechoslowakei und Skandinavien zu organisieren und Propaganda für die libertären Kämpfe in Spanien zu machen. Wie wir heute wissen, scheiterte die Beschaffung von Waffen aufgrund der Appeasementpolitik von England und Frankreich, die sich neutral raushalten wollten, - es handelte sich deshalb um ein aussichtsloses Unterfangen.
Mehr konnte er in der Propagandaarbeit leisten, was nicht zuletzt viele Publikationen in dieser Zeit verdeutlichen. Dr-

tajes, Barcelona 1937
Seine Nachfolger als Sekretäre bei der IAA, sein Ex-FAUD-Genosse Helmut Rüdiger und der Franzose Pierre Besnard machten Souchy dafür verantwortlich, dass die Zusammenarbeit zwischen CNT und IAA zunehmend nicht funktionierte.
Die Vorwürfe und Ausgrenzungen seitens der IAA, die darin gipfelten, dass Souchy inhaftierte DAS-Genossen als zurecht eingekerkert bezeichnet haben soll, tragen durchaus verleumderische Züge.
Es sind zahlreiche Belege vorhanden, dass sich Souchy, häufig zusammen mit Emma Goldman, für inhaftierte deutsche Genossen der Gruppe DAS einsetzte (vgl. z.B. Briefe von und an Gustel Doster aus Darmstadt) und zwar auch dann noch, als das IAA-Sekretariat und damit auch Rüdiger und Besnard Spanien schon verlassen hatten.
Es scheint sich niemand hinterfragt zu haben, weshalb die CNT/FAI die Hilfe der IAA nicht als wesentliche Hilfe verstand, sondern am Ende als Belastung für die wenigen finanziellen Ressourcen. CNT-Quellen sprechen zudem davon, dass die Gruppe DAS am Anfang gute Arbeit geleistet habe, als sie deutsche Nazi-Verbindungen aufdeckte, deren Material beschlagnahmte und im Schwarz-rot-Buch veröffentlichte.

son Souchys dies vermocht hätte, selbst wenn man ihm diesbezügliche Aktivitäten unterstellt, für die es wiederum keine Belege gibt. Ihm wurde seitens der IAA (auf deutsch geschrieben von Helmut Rüdiger) im November 1937 deutlich die Alleinschuld am Zerwürfnis zugeschoben. Schon am 26.04.1937, also noch vor den dramatischen Maitagen, griff Rüdiger Souchy in einer IAA-Mitteilung, in der er die Vorbehalte der Spanier gegen die IAA erörtert, heftig an:
„Die ausländischen Genossen hier hätten die Aufgabe gehabt, sie mehr für die IAA zu interessieren. Stattdessen hat ein früherer Sekretär der IAA der FAI die Idee suggeriert, dass die FAI ihre Propaganda nicht der IAA ausliefern kann und dass sie ihre eigene Internationale gründen muss, die Privateigentum der FAI und deren Sekretär diesem früheren Sekretär der IAA sein wird und praktisch schon ist." (IAA-Rundbrief, IISG Amsterdam)
Im gleichen Rundbrief schildert Rüdiger die Vorbehalte der CNT gegen die IAA, ohne zu erkennen, dass hier die wirklichen Wurzeln der Entfrendung lagen:
„'...die IAA hat versagt', verkündete mir Federica Montseny, [anarchistische Ministerin der CNT]. Auf meine erstaunte Frage, bedeutete sie mir, dass

nen der Gefahr aber durchaus bewusst.



Augustin Souchy Foto: Archiv

Als in der Nacht zum 28.02.1933 der Reichstag brannte, wurde es für die bekannteren Anarchisten Zeit, das Land zu verlassen. Als Milly Wittkop-Rocker und Rudolf Rocker hastig ihre Koffer packten, erfuhren sie, dass Erich Mühsam bereits in den frühen Morgenstunden verhaftet worden war.
Augustin Souchy hatte am Abend vorher noch mit Mühsam gesprochen und ihm angeboten, in seiner Wohnung zu bleiben, weil er von einem SPD-Polizeibeamten aus dem nahegelegenen Revier gewarnt werden würde, wenn eine Verhaftung bevorstand. Mühsam war nach Hause gegangen, um zu packen, weil er anderntags nach Prag ausreisen wollte. Rudolf und Milly konnten noch per Zug über Magdeburg, Frankfurt nach Basel entkommen, ihr Weg führte ins amerikanische Exil, Helmut Rüdiger ging nach Spanien.
Während sich Rocker einen Tag nach dem Reichstagsbrand zum Drucker Werner aufmachte und am nächsten Tag im Zug saß, blieb Souchy und versuchte dabei zu helfen, Materialien wegzuschaffen. Deshalb sollte auch seine Rechtfertigung über

Großteil der Materialien und Dokumente wurde beschlagnahmt, darunter die umfangreiche Korrespondenz der IAA.
In einem Brief an Rocker wehrte sich Souchy explizit gegen die Vorwürfe, die zu seiner Absetzung als IAA-Sekretär führten und insbesondere von den Exildeutschen der Gruppe DAS (Deutsche Anarcho Syndikalisten) in Spanien und von den dann zuständigen IAA-Vertretern Helmut Rüdiger und Pierre Besnard erhoben wurden.
Die Gestapo kam anscheinend zu der Zeit, als der Umzug in Verstecke gerade ablaufen sollte. Bei den späteren Vorhaltungen darf deshalb auch eine länger bestehende Rivalität zwischen Souchy und Rüdiger unterstellt werden. Rüdiger war so etwas wie Souchys Nachfolger, einmal als verantwortlicher Redakteur des *Syndikalist*, und dann als IAA-Sekretär.
Beiden ging es wohl um so etwas wie die ungeteilte Anerkennung der Bewegung und beide strebten nach internationalem Einfluss innerhalb der anarchosyndikalistischen Bewegung.
Solange Rocker die IAA theoretisch geprägt und zusammengehalten hatte, ließen sich diese politisch ausgetragenen persönlichen Rivalitäten immer wieder den gemeinsamen politischen Zielen unterordnen, nachdem er in den USA weilte, brachen sie sich ihre Bahn.

März den wichtigsten Teil des Archivs in Sicherheit gebracht habe und auch nach dem 5. März bis zum 17. März weitere Teile sicherstellte. Für den Umstand, dass das sichergestellte Material durch Denunziation entdeckt und beschlagnahmt wurde, kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Ich stelle ferner fest, dass ich Maßnahmen getroffen habe, um den Rest des Archivs sicherzustellen. Ich habe selbst alles Material allein verpackt. Am 15. März sollte der Abtransport getroffen werden. Dennoch wurde der Transport bemerkt und gerade während des Umzugs und auf Grund des Umzugs wurde das Material beschlagnahmt und die Personen, die den Abtransport vornahmen, wurden verhaftet." (Rocker-Archiv)
Als Souchy von drei Männern überfallen wurde, entschloss er sich zur Flucht per Zug nach Paris. „Als ich im Zug saß, der mich nach Paris brachte, klebten an den Berliner Litfasssäulen Bilder von gesuchten Antinazis, darunter auch meines." (S.75 V.A.)
In Paris schrieb Souchy seine Bücher „Die braune Pest" auf schwedisch und verdiente sein Geld als Journalist für schwedische Zeitungen und die jiddische *Freie Arbeiter Stimme* in New York.
Der Verlust des IAA-Archivs wurde Souchy persönlich angekreidet, und so verlor er 1933 auf dem IAA-Kongress in Amsterdam seine Funktion als IAA-Sekretär. Souchy sollte kein wichtiges Amt mehr bekleiden. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass er auch nicht Mitglied der Gruppe DAS in Spanien wurde, die

CNT 1936 beschlossen hatte, diese Aufgabe der IAA zu übertragen, wechselte er zur FAI, in deren Comité Peninsular er weiterhin für die Auslandspropaganda zuständig blieb.
Insgesamt arbeitete er 15 Monate dafür. Seine Hauptaufgabe bestand in dem eher vergeblichen Versuch, Geld und Waffen in Frankreich, England, der Tschechoslowakei und Skandinavien zu organisieren und Propaganda für die libertären Kämpfe in Spanien zu machen. Wie wir heute wissen, scheiterte die Beschaffung von Waffen aufgrund der Appeasementpolitik von England und Frankreich, die sich neutral raushalten wollten, - es handelte sich deshalb um ein aussichtsloses Unterfangen.
Mehr konnte er in der Propagandaarbeit leisten, was nicht zuletzt viele Publikationen in dieser Zeit verdeutlichen. Darunter bekannte und weniger bekannte, ins Deutsche oft nicht übersetzte Arbeiten: Zu den bekannteren zählen *The tragic week in May*, Barcelona 1937 und *Entre los campesinos de Aragón. El comunismo libertario en las comarcas liberadas*, Barcelona 1937; zu den unbekannteren gehören: *Spain July 19, 1936 ... July 19, 1937*, New York 1937; *Spain assailed. Report on the Spanish tragedy*, London 1937; *Spain and the world. The innocent victims of fascist bestiality need your solidarity*, London 1937; *Spain against the invaders, Napoleón 1808, Hitler and Mussolini 1936*, London 1938 und zusammen mit Paul Folgare: *Colectivizaziones.La obra constructiva de la revolución espanola. Ensayos, documentos, repor-*

Es sind zahlreiche Belege vorhanden, dass sich Souchy, häufig zusammen mit Emma Goldman, für inhaftierte deutsche Genossen der Gruppe DAS einsetzte (vgl. z.B. Briefe von und an Gustel Doster aus Darmstadt) und zwar auch dann noch, als das IAA-Sekretariat und damit auch Rüdiger und Besnard Spanien schon verlassen hatten.
Es scheint sich niemand hinterfragt zu haben, weshalb die CNT/FAI die Hilfe der IAA nicht als wesentliche Hilfe verstand, sondern am Ende als Belastung für die wenigen finanziellen Ressourcen. CNT-Quellen sprechen zudem davon, dass die Gruppe DAS am Anfang gute Arbeit geleistet habe, als sie deutsche Nazi-Verbindungen aufdeckte, deren Material beschlagnahmte und im Schwarzrot-Buch veröffentlichte.
Positiv wurde auch der Einsatz und die Zuverlässigkeit der DAS-Mitglieder in den Milizen der Kolonne Durruti und der Kolonne Ascaso eingeschätzt. Dass aber die Gruppe DAS das Schwarzrot-Buch nicht der CNT übergab und selbst publizierte und dass das beschlagnahmte Material, gerade weil es nicht der CNT übergeben worden war, sondern im Haus der Gruppe DAS verblieb, nach dem Mai 1937 in die Hände der Kommunisten fiel, und dass es tatsächlich gewisse Unregelmäßigkeiten einzelner Mitglieder gab, oder dass im ‚Deutschen Bulletin der CNT-FAI', von der CNT finanziert, immer häufiger CNT-kritische Artikel erschienen, dürfte wesentlich mehr zur Entfremdung zwischen CNT und DAS bzw. IAA beigetragen haben als die Per-

heftig an.
„Die ausländischen Genossen hier hätten die Aufgabe gehabt, sie mehr für die IAA zu interessieren. Stattdessen hat ein früherer Sekretär der IAA der FAI die Idee suggeriert, dass die FAI ihre Propaganda nicht der IAA ausliefern kann und dass sie ihre eigene Internationale gründen muss, die Privateigentum der FAI und deren Sekretär diesem früheren Sekretär der IAA sein wird und praktisch schon ist." (IAA-Rundbrief, IISG Amsterdam)
Im gleichen Rundbrief schildert Rüdiger die Vorbehalte der CNT gegen die IAA, ohne zu erkennen, dass hier die wirklichen Wurzeln der Entfremdung lagen:
„'...die IAA hat versagt', verkündete mir Federica Montseny, [anarchistische Ministerin der CNT]. Auf meine erstaunte Frage, bedeutete sie mir, dass keine Aktion von ihr durchgeführt worden sei, kein Geld komme, ein Unverständnis regiere in den anarchistischen Kreisen des Auslandes. ‚Sieh Dir L'Espagne Antifasciste' an, die Haltung solcher Genossen wie Volin und AML." [Artur Müller-Lehning, Anm. W.H.]
Souchy selbst hat meines Wissens später übrigens nie negativ über diese eher schwierige Phase seines Engagements und der zumindest zeitweiligen Entfremdung mit einem Großteil der den Krieg überlebenden deutschen AnarchosyndikalistInnen gesprochen.

Wolfgang Haug

Anmerkung:
1 Vorbestellungen bitte direkt an buchverlag@graswurzel.net

Wendezeiten: Weltpolitische Umbrüche – Chance oder Gefahr?

IMI-Kongress 5./6. November 2011 Ort: Schlatterhaus, Österbergstr. 2, 72074 Tübingen

IMI-Kongress 5./6. November 2011 Tübingen
WENDE ZEITEN
WELTPOLITISCHE UMBRÜCHE: CHANCE ODER GEFAHR?

„Mögest Du in interessanten Zeiten leben", dieses alte chinesische Sprichwort wird fälschlicherweise zumeist als Segen interpretiert, ist jedoch eigentlich als Fluch gemeint. Ambivalent hingegen stellen sich die zahlreichen gravierenden Umbrüche der letzten Jahre dar: Sie eröffnen Chancen für eine friedlichere, sozialere Welt, bergen aber auch die Gefahr, einer weiteren Militarisierung und sich verschärfender Konflikte. Dieses Spannungsverhältnis wollen wir anhand verschiedener Themenbereiche auf dem diesjährigen IMI-Kongress diskutieren.

Was bedeutet der machtpolitische Abstieg des Westens? Eröffnet er Perspektiven für eine friedlichere Welt oder ist er Ausgangspunkt für neue geopolitische Konfliktkonstellationen? Ist die zunehmende Militarisierung der Weltmeere ein Ausdruck dieser neuen geopolitischen Konflikte oder ein (verzweifelter) Versuch zur repressiven Kontrolle der Bevölkerung, die mit anderen Mitteln nicht mehr gewährleistet werden kann?

Auch die nordafrikanisch-arabischen Revolutionen bergen sowohl große Chancen als auch Gefahren. Verliert der Westen durch die Demokratiebewegungen in der Region seine Kontrolle über die dortigen Volkswirtschaften und Gesellschaften oder dienen sie ihm als Gelegenheit, seine Kontrollstrategien zu intensivieren und neue Formen der Unterdrückung zu entwickeln? Muss man nicht angesichts der verheerenden



10 JAHRE AFGHANISTAN-EINSATZ - WENN DAS KEIN GRUND IST, STOLZ ZU SEIN!

sieren, wie u.a. ihre Rolle bei den Interventionen in Libyen und der Elfenbeinküste zeigt. Andererseits diskreditieren sich die UN mit dieser Politik in immer stärkerem Maße, sodass Absatzbewegungen und Wi-

Termine

November 2011, Nottuln, Bremen, Wetzlar, Erlangen, Halle, Gelnhausen, Mainz, München, Karlsruhe u.a.: Veranstaltungen **Waffenexporte ins**

auch die Gefahr, einer weiteren Militarisierung und sich verschärfender Konflikte. Dieses Spannungsverhältnis wollen wir anhand verschiedener Themenbereiche auf dem diesjährigen IMI-Kongress diskutieren.

Was bedeutet der machtpolitische Abstieg des Westens? Eröffnet er Perspektiven für eine friedlichere Welt oder ist er Ausgangspunkt für neue geopolitische Konfliktkonstellationen? Ist die zunehmende Militarisierung der Weltmeere ein

nicht mehr gewährleistet werden kann?

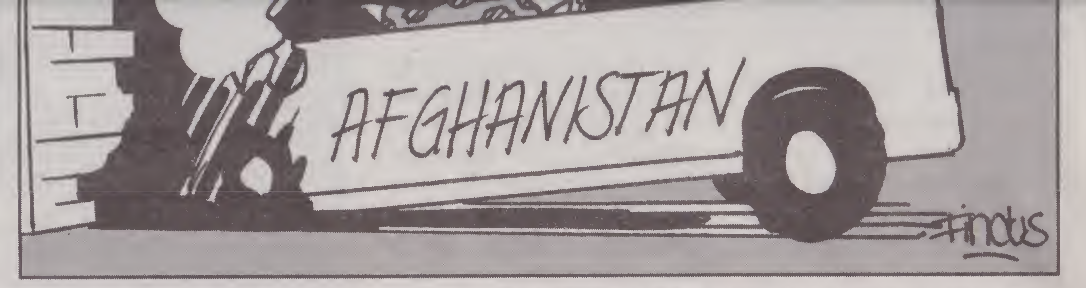
Auch die nordafrikanisch-arabischen Revolutionen bergen sowohl große Chancen als auch Gefahren. Verliert der Westen durch die Demokratiebewegungen in der Region seine Kontrolle über die dortigen Volkswirtschaften und Gesellschaften oder dienen sie ihm als Gelegenheit, seine Kontrollstrategien zu intensivieren und neue Formen der Unterdrückung zu entwickeln? Muss man nicht angesichts der verheerenden Bilanz der Kriege in Afghanistan und dem Irak von einem Scheitern des westlichen Interventionismus sprechen oder sollte diese Antwort nicht differenzierter ausfallen? Vor allem aber: welche Folgen haben diese Interventionen für die künftige westliche Kriegspolitik?

Ein wesentlicher westlicher Versuch, sich neue Interventionsmöglichkeiten zu erschließen und bestehende Interventionsformen zu „effektivieren", stellt die Militarisierung der Vereinten Nationen dar. Auch hier sind die „Erfolge" aber zwiespältig. Einerseits gelingt es zwar immer häufiger, die Vereinten Nationen zu instrumentalisieren, wie u.a. ihre Rolle bei den Interventionen in Libyen und der Elfenbeinküste zeigt. Andererseits diskreditieren sich die UN mit dieser Politik in immer stärkerem Maße, sodass Absatzbewegungen und Widerstände zunehmen. Wird es also gelingen, die UN vor den (westlichen) Kriegskarren zu spannen oder ist dieser Versuch über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt?

Diese und viele weitere Fragen wollen wir auf dem diesjährigen IMI-Kongress diskutieren und abschließend auch die Auswirkungen dieser Umbrüche auf die künftige Rolle Deutschlands, insbesondere vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Umbaus der Bundeswehr, in den Blick nehmen.

IMI

Weitere Infos/Programm:
www.imi.de



10 JAHRE AFGHANISTAN-EINSATZ - WENN DAS KEIN GRUND IST, STOLZ ZU SEIN!

Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. **Koordinationsredaktion Graswurzelrevolution:** Breul 43, D-48143 Münster, Tel.: 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: redaktion@graswurzel.net. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Bernd Drücke, Henriette Keller, Slipperman, Findus (Cartoons), Sebastian U. Kalicha, Horst Blume, Andreas Speck, Ralf Dreis, Rüdiger Haude, Elvira Pöschko, Henriette Keller, Michael Seidman, Wolfgang Haug, Gabriel Kuhn, Ismail Küpeli, Cécile Lecomte, Lea Hinze, Philippe Kellermann, Bewi, KP Flügel, Gernot, IMI, Südwestdeutsche Anti-Atom-Initiativen, u.a.; **GWR-Finanzen:** E-Mail: finanzen@graswurzel.net; **GWR-Vertrieb & GWR-Buchverlag:** Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, Tel.: 02440/959-250, Fax: 02440/959-351, E-Mail: abo@graswurzel.net (Abo- & Vertriebsangelegenheiten) & buchverlag@graswurzel.net (Buchverlag); **Druck:** Caro-Druck, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt. Die Zeitung Graswurzelrevolution steht der War Resisters' International (WRI) nahe und ist Mitglied beim linken Politik- und Wissenschaftsportal www.linksnet.de.

Termine

November 2011, Nottuln, Bremen, Wetzlar, Erlangen, Halle, Gelnhausen, Mainz, München, Karlsruhe u.a.: Veranstaltungen **Waffenexporte ins südliche Afrika - Ein Geschäft mit dem Tod**, Infos: www.Connection-eV.de/z.php?ID=1469

5.11. - 26.11. Horber Friedenstage. Infos: www.pz-horb.de

18.-19.11., Anarchismus zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit, Anarchistische Bibliothek, Lerchenfelder Str. 124-126, Hof 3, Tür 1A, **Wien**. Tel.: ++43-1-31336-4713

26.11., Düsseldorf, Linkes Zentrum, Diskussionsveranstaltung „Queer- feministische Kapitalismuskritik", http://beta.linkes-zentrum.de/termine/2011-11-queer-feministische-kapitalismuskritik-workshops-und-diskussionen

3.12. – 5.12. Proteste gegen „Petersberg II", Bonn:

3.12., Bonn, Bundesweite Demo „Sie reden vom Frieden, sie führen Krieg", Auftaktkundgebung um 11.30 Uhr, Schlusskundgebung 14 Uhr am Bonner Kaiserplatz (Nähe Hauptbahnhof) Demonstration durch die Bonner Innenstadt

4.12., Internationale Antikriegskonferenz

5.12. Phantasievolle Begleitaktionen

Info:www.afghanistanprotest.de

❍ Geschenkabo (10 Ausgaben für 30 €) an.

Name, Vorname: ....

Straße, Nr.: ....

PLZ, Ort ....

Tel. (für evtl. Rückfragen)

* Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden.
** Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich. Bitte Vorkasse.
*** Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch.

Zum Jahresabo hätte ich gerne eine **Abo-Prämie**:
ein Buch, und zwar

❍ Robert Halbach (Hg.): Der Rebell Anarchik! – Weshalb schwingen die Anarchisten eine schwarze Fahne? (Karin Kramer Verlag, Berlin 2008, 94 Seiten)

❍ Achim von Borries: Rebell wider den Krieg. Bertrand Russell 1914 - 1918 (Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, 95 Seiten)

❍ Bernd Drücke, Luz Kerkeling, Martin Baxmeyer (Hg.): Abel Paz und die Spanische Revolution (Verlag Edition AV, Frankfurt/M. 2004; 116 Seiten)

❍ Graswurzelrevolution-Sonderheft „Parlamentarismuskritik" (2. Aufl. 1994, 99 Seiten)

❍ Graswurzelrevolution-Sonderheft „Anarchismus und Gewaltlose Revolution heute" (94 S.)

❍ Ich möchte als **WiederverkäuferIn** helfen, die GWR zu verbreiten. Ich bestelle ab der nächsten Nummer .... Exemplare. Rabatte: ab 2 Exemplaren: 20%; ab 5 Ex.: 30%; ab 15 Ex.: 35 %; ab 30 Ex.: 50%; Buchhandel: generell 30 %. Zahlungen nach Erhalt der Rechnung oder per Lastschrift. Rückgabe unverkaufter Exemplare möglich.

❍ Bitte schickt ein kostenloses **GWR-Probeexemplar** an ...

❍ **Ich möchte die GWR unterstützen und spende .... € (auf das Konto GWR KtoNr. 266 57-207 BLZ 200 100 20 Postbank Hamburg)**

❍ Ich zahle nach Erhalt der **Rechnung**.

❍ Ich lege **Scheck/Briefmarken/Bargeld** bei.

❍ Ich ermächtige euch hiermit, die Rechnung für Abo und/oder Wiederverkauf per **Lastschrift** (nur bei inländischer Bankverbindung möglich) einzuziehen.

Konto: BLZ:

Bank:

Die Ermächtigung wird sofort ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe. Diese Bestellung kann zehn Tage lang rückgängig gemacht werden.

Datum, Unterschrift: ....

Ausschneiden oder kopieren, faxen oder in einen Umschlag stecken und ab gehts an:
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250; Fax: -351

Versuch, sich neue Interventionsmöglichkeiten zu erschließen und bestehende Interventionsformen zu „effektivieren", stellt die Militarisierung der Vereinten Nationen dar. Auch hier sind die „Erfolge" aber zwiespältig. Einerseits gelingt es zwar immer häufiger, die Vereinten Nationen zu instrumentali-

die künftige Rolle Deutschlands, insbesondere vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Umbaus der Bundeswehr, in den Blick nehmen.

IMI

Weitere Infos/Programm:
www.imi.de

Impressum

Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. **Koordinationsredaktion Graswurzelrevolution**: Breul 43, D-48143 Münster, Tel.: 0251/48290-57, Fax: 0251/48290-32, E-Mail: redaktion@graswurzel.net. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Bernd Drücke, Henriette Keller, Slipperman, Findus (Cartoons), Sebastian U. Kalicha, Horst Blume, Andreas Speck, Ralf Dreis, Rüdiger Haude, Elvira Pöschko, Henriette Keller, Michael Seidman, Wolfgang Haug, Gabriel Kuhn, Ismail Küpeli, Cécile Lecomte, Lea Hinze, Philippe Kellermann, Bewi, KP Flügel, Gernot, IMI, Südwestdeutsche Anti-Atom-Initiativen, u.a.; **GWR-Finanzen**: E-Mail: finanzen@graswurzel.net; **GWR-Vertrieb & GWR-Buchverlag:** Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim, Tel.: 02440/959-250, Fax: 02440/959-351, E-Mail: abo@graswurzel.net (Abo- & Vertriebsangelegenheiten) & buchverlag@graswurzel.net (Buchverlag); **Druck:** Caro-Druck, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt. Die Zeitung Graswurzelrevolution steht der War Resisters' International (WRI) nahe und ist Mitglied beim linken Politik- und Wissenschaftsportal www.linksnet.de. Dies ist **Nummer 363** im **40. Jahrgang**. Verantwortlich sind wir im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechtes ist dies: Bernd Drücke, c/o Redaktion Graswurzelrevolution Münster. Alle Beiträge erscheinen in Eigenverantwortlichkeit der AutorInnen. Über die Redaktion können auch AutorInnen schriftlich erreicht werden, die ihre Artikel nicht namentlich kennzeichnen. **Die Auflage** ist diesmal 3.500. Es gilt die **Anzeigen**preisliste 14 vom 1.1.2002. Die ISSN ist 0344/2683, das Vertriebskennzeichen D 4025 E. Die GWR erscheint monatlich mit einer Sommerpause im Juli/August. **Redaktionsschluß** für die nächste Ausgabe ist der **10. November 2011**. Über unverlangte Manuskripte und Fotos freuen wir uns, können aber keinen Abdruck garantieren. Honorare zahlen wir nicht. Wir arbeiten mit **PC** mit dem Programm PageMaker 6.5 für Windows und können die gängigsten Textverarbeitungsprogramme verarbeiten. **Nachdruck** nur mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar freut uns. **Abo und Wiederverkauf:** siehe nebenstehenden Aboschnippsel. **Konto:** 26657207, Postbank Hamburg, BLZ 20010020. **Internet:** www.graswurzel.net (E-Mail: webmaster@graswurzel.net – alles, was die Website betrifft)

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Graswurzelrevolution

bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert und benachteiligt werden. Wir streben an, dass Hierarchie und Kapitalismus durch eine selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden. Schwerpunkte unserer Arbeit lagen bisher in den Bereichen Antimilitarismus und Ökologie. Unsere Ziele sollen – soweit es geht – in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden. Um Herrschafts- und Gewaltstrukturen zurückzudrängen und zu zerstören, setzen wir gewaltfreie Aktionsformen ein. In diesem Sinne bemüht sich die anarchistische Zeitung Graswurzelrevolution, seit 1972, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.

31336-4713

26.11., Düsseldorf, Linkes Zentrum, Diskussionsveranstaltung „Queer- feministische Kapitalismuskritik", http://beta.linkes-zentrum.de/termine/2011-11-queer-feministische-kapitalismuskritik-workshops-und-diskussionen

3.12. – 5.12. Proteste gegen „Petersberg II", Bonn:

3.12., Bonn, Bundesweite Demo „Sie reden vom Frieden, sie führen Krieg", Auftaktkundgebung um 11.30 Uhr, Schlusskundgebung 14 Uhr am Bonner Kaiserplatz (Nähe Hauptbahnhof) Demonstration durch die Bonner Innenstadt

4.12., Internationale Antikriegskonferenz

5.12. Phantasievolle Begleitaktionen

Info: www.afghanistanprotest.de

17. & 18.12., 10 – 17 Uhr, Filmwerkstatt **Münster, Workshop mit Filmregisseur Peter Lilienthal.** Der Workshop nimmt u.a. den Text von Étienne de La Boétie ‚Von der freiwilligen Knechtschaft' zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen. Untersucht werden Mechanismen von Herrschaft und Handlungsmöglichkeiten, diese aufzubrechen. Anmeldung/Infos: redaktion@graswurzel.net www.filmwerkstatt.muenster.de

Kleinanzeige